Grundlagen der GWK

2022
Inhaltsübersicht

Grundlagen
Artikel 91b des Grundgesetzes ................................................................. 5
GWK-Abkommen ..................................................................................... 7
Geschäftsordnung der GWK .................................................................. 17
Delegation von abschließenden Entscheidungen auf den Ausschuss
der GWK ................................................................................................... 25
Delegation von abschließenden Entscheidungen auf die Fachausschüsse
der GWK ................................................................................................... 27

Förderung außeruniversitärer Forschung
acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften .................... 31
DFG - Deutsche Forschungsgemeinschaft ............................................. 35
DZHW - Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung .. 39
FhG - Fraunhofer-Gesellschaft ............................................................... 43
HGF - Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. ............................................................. 55
MPG - Max-Planck-Gesellschaft ............................................................. 57
Union der Akademien - Akademienprogramm .................................... 67
WGL - Leibniz-Gemeinschaft ................................................................. 71

Pakt für Forschung und Innovation
Fortschreibung 2021-2030 .................................................................... 85

Förderung von Hochschulen
Forschungsbauten, Großgeräte und Nationales Hochleistungsrechnen ...... 93
Innovation in der Hochschullehre ............................................................ 105
Innovative Hochschule ............................................................................ 115
Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung ....................................... 123
Professorinnenprogramm III ................................................................. 129
Qualitätsoffensive Lehrerbildung ............................................................ 139
Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken ........................................... 147
Hochschulpakt 2020, III. Programmphase ........................................... 165
Förderung von Fachhochschulen / Hochschulen für angewandte Wissenschaften
Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen .............................. 179
Personal an Fachhochschulen .......................................................... 183

Förderung von Universitäten
Exzellenzstrategie ........................................................................... 195
Wissenschaftlicher Nachwuchs ......................................................... 205

Übergreifende Themen und Förderung
Gleichstellung von Frauen und Männern bei der gemeinsamen
Forschungsförderung ......................................................................... 215
KFiD - Kommission für Forschungsinformationen in Deutschland .......... 227
NFDI - Nationale Forschungsdateninfrastruktur ................................. 235
NAKO-Gesundheitsstudie ................................................................. 245

Finanzierung von Wissenschaft und Forschung
Finanzierungsschlüssel bei gemeinsamen Bund-Länder-Förderungen ...... 253
Königsteiner Schlüssel ...................................................................... 257
Grundlagen
Artikel 91b


(2) Bund und Länder können auf Grund von Vereinbarungen zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich und bei diesbezüglichen Berichten und Empfehlungen zusammenwirken.

(3) Die Kostenträgerung wird in der Vereinbarung geregelt.
Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland schließen auf der Grundlage des Artikels 91b des Grundgesetzes folgendes Abkommen:

**Artikel 1**

**Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz**


**Artikel 2**

**Aufgaben der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz**

(1) Die Mitglieder der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz

1. streben unter Wahrung ihrer Kompetenzen bei gemeinsam berührenden Fragen eine enge Koordination auf dem Gebiet der nationalen, europäischen und internationalen Wissenschafts- und Forschungspolitik mit dem Ziel an, die Leistungsfähigkeit des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschland im internationalen Wettbewerb zu steigern;

2. wirken in Fällen überregionaler Bedeutung bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre nach näherer Bestimmung dieses Abkommens zusammen;

3. unterrichten sich gegenseitig auch über wesentliche eigene Planungen und Entscheidungen, die nicht Gegenstand gemeinsamer Förderung sind.
(2) Die Regierungschefinnen und -chefs des Bundes und der Länder können der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz durch Beschluss weitere Aufgaben übertragen.

(3) Die Vertragschließenden übernehmen Verpflichtungen nach diesem Abkommen vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel durch ihre gesetzgebenden Körperschaften.


Artikel 3

Gemeinsame Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre

(1) Die gemeinsame Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre erstreckt sich auf die in der Anlage zu diesem Abkommen genannten Fälle von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse.

(2) Einzelheiten der gemeinsamen Förderung, die Voraussetzungen und Folgen des Ausscheidens aus der gemeinsamen Förderung sowie die Anteile des Bundes und der Länder an der gemeinsamen Finanzierung werden in Ausführungsvereinbarungen von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz geregelt.

Artikel 4

Vorsitz und Verfahren der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz

(1) Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz wählt für die Dauer von zwei Jahren je ein Mitglied aus dem Kreis der Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und aus dem Kreis der Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierungen, die sich im Vorsitz jährlich abwechseln und einander vertreten.

(2) Die Mitglieder können jeweils ein stellvertretendes Mitglied benennen.

(3) Die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung führen sechzehn Stimmen, die einheitlich abgegeben werden, die Vertreterinnen und Vertreter jeder Landesregierung eine Stimme.

(5) Vereinbarungen, die im Schwerpunkt Hochschulen betreffen, bedürfen der Zustimmung der Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und aller Länder. Dies gilt nicht für Vereinbarungen über Forschungsbauten einschließlich Großgeräten. Findet eine Vereinbarung nicht die erforderliche Zustimmung, ist sie auf Antrag eines Mitglieds den Regierungscheffinnen und -chefs zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.


(7) Das Nähere über das Verfahren regelt die von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz zu beschließende Geschäftsordnung.

**Artikel 5**

**Aufgaben des Ausschusses**

(1) Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz wird bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Artikel 2 von einem Ausschuss unterstützt.

(2) Der Ausschuss bereitet die Beratungen und Beschlüsse der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vor.

(3) Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz kann dem Ausschuss durch Beschluss Angelegenheiten zur abschließenden Entscheidung übertragen.

**Artikel 6**

**Zusammensetzung, Vorsitz und Verfahren des Ausschusses**

(1) Dem Ausschuss gehören je eine Vertreterin oder je ein Vertreter auf der Amtschefs- oder Abteilungsleitungsebene der für Wissenschaft und Forschung

(2) Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz bestimmt für die Dauer von zwei Jahren den Vorsitz auf Vorschlag des Bundes und auf Vorschlag der Länder, die sich im Vorsitz jährlich abwechseln und einander vertreten.

(3) Für Abstimmungen gilt Artikel 4 Absatz 3 und 4 entsprechend.

(4) Beschlüsse des Ausschusses in Angelegenheiten nach Artikel 5 Absatz 3 gelten als Beschlüsse der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, wenn und soweit sie einstimmig gefasst werden.

Artikel 7

Büro

(1) Zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz und zur Vor- und Nachbereitung ihrer Beratungen wird ein Büro am Sitz der Bundesregierung in Bonn eingerichtet.

(2) Die Leitung des Büros wird von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz gewählt und vom Bund bestellt.

(3) Das Büro untersteht den fachlichen Weisungen des Vorsitzes der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz.


Artikel 8

Änderung von Ausführungsvereinbarungen


werden aufgehoben.

Artikel 9
Änderung
der Ausführungsvereinbarung
Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten
und des Abkommens zwischen Bund und Ländern
über die Errichtung eines Wissenschaftsrates

(1) Die Ausführungsvereinbarung Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten vom 21. Mai 2007 (BAnz. S. 5863) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 2 werden die Wörter „Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)“ durch die Wörter „Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)“ ersetzt.

2. In § 3 Absatz 4 Satz 2 und 4, § 5 Absatz 1 Satz 3, § 6 Absatz 1, § 8 Absatz 5 Satz 6, § 9 Absatz 2 Satz 3 und 4, § 9 Absatz 3 Satz 1, § 9 Absatz 4, § 10
Satz 1, § 12 Satz 1, § 13 Absatz 1 Satz 3 und § 13 Absatz 2 Satz 2 wird jeweils die Angabe „BLK“ durch die Angabe „GWK“ ersetzt.


Artikel 10
Laufzeit, Inkrafttreten, Außerkrafttreten


(2) Artikel 8 dieses Akommens tritt in Kraft, wenn alle Vertragschließenden es unterzeichnet haben. Im übrigen tritt dieses Abkommen mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens treten


außer Kraft.

(3) Solange in den noch zu schließenden Ausführungsvereinbarungen nichts anderes geregelt ist, gelten die Schlüssel der Finanzierung nach Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 RV-Fo für die Anteile des Bundes und der Länder fort.
§ 1

Gegenstand der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre, Abweichung von festgelegten Finanzierungsanteilen des Bundes und der Länder

(1) Gegenstand der gemeinsamen Förderung sind Wissenschaft, Forschung und Lehre an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen in Fällen überregionaler Bedeutung, insbesondere:

1. die Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V.
2. die Mitgliedseinrichtungen der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V.
3. die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.
4. die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V.
5. die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.
6. die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften
7. das Wissenschaftskolleg zu Berlin e. V.
8. acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften
9. andere Forschungseinrichtungen und Einrichtungen mit Servicefunktion für die Forschung, Trägerorganisationen derartiger Einrichtungen sowie Forschungsförderungsorganisationen, sofern ihr jährlicher Zuwendungsbedarf zu den laufenden Kosten eine bestimmte Größenordnung übersteigt
10. das von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. koordinierte Akademienprogramm
11. Forschungsbauten, Großgeräte und Nationales Hochleistungsrechnen an Hochschulen.
(2) Über den jeweiligen, in dieser Vereinbarung oder in den Ausführungsvereinbarungen festgelegten Finanzierungsanteil hinausgehende Leistungen können in den Fällen von

1. Absatz 1 Nummer 1, 3, 4 und 8 mit Zustimmung des Bundes und aller Länder, im Falle des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik (IPP) der MPG mit Zustimmung des Bundes und der beteiligten Länder,

2. Absatz 1 Nummer 2, 6, 7, 10 und 11 mit Zustimmung des Bundes und der beteiligten Länder,

3. Absatz 1 Nummer 5 und 9 mit Zustimmung des Bundes und der Mehrheit der Länder

erbracht werden.

**Protokollnotiz zu § 1 Absatz 1:**

Die gemeinsame Förderung erstreckt sich auch auf mehrere zu einem Programm gebündelte Vorhaben, nicht jedoch auf Forschungseinrichtungen und Forschungsvorhaben der Ressortforschung und der Industrieforschung.

---

**§ 2**

**Beteiligung und Finanzierungsanteil der Länder**

(1) Die Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V., die Fraunhofer-Gesellschaft e. V., die Max-Planck-Gesellschaft e. V. (ohne Max-Planck-Institut für Plasmaphysik – IPP), die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V., die acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften sowie andere Einrichtungen (§ 1 Absatz 1 Nummer 9) werden von allen Vertragschließenden gemeinsam finanziert. Der auf die einzelnen Länder entfallende Finanzierungsanteil wird in der Ausführungsvereinbarung festgelegt.

(2) Die Mitgliedseinrichtungen der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. sowie das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) des MPG e. V. werden vom Bund und den beteiligten Ländern finanziert. Der auf die einzelnen Länder entfallende Finanzierungsanteil wird in der Ausführungsvereinbarung festgelegt.
(3) Das von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. koordinierte Akademienprogramm (§ 1 Absatz 1 Nummer 10) wird vom Bund und von allen beteiligten Ländern finanziert. Der auf die einzelnen Länder entfallende Finanzierungsanteil wird in der Ausführungsvereinbarung festgelegt.

(4) Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften (§ 1 Absatz 1 Nummer 6), das Wissenschaftskolleg zu Berlin (§ 1 Absatz 1 Nummer 7) und Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten (§ 1 Absatz 1 Nummer 11) werden vom Bund und dem jeweiligen Sitzland finanziert.

§ 3

Umfang der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre

Die finanzielle Förderung umfasst in den Fällen von § 1 Absatz 1 Nummer 1 bis 9 die Betriebs- und Investitionskosten. In den übrigen Fällen des § 1 Absatz 1 umfasst die finanzielle Förderung die jeweiligen Kosten nach näherer Bestimmung der entsprechenden Bund-Länder-Vereinbarung. Die anteiligen Förderungsbeträge werden, sofern nichts anderes vereinbart ist, unmittelbar an die Zuwendungsempfänger geleistet.

§ 4

Kriterien der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre

(1) Entscheidungen über die gemeinsame Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre sind vorrangig an Maßstäben wissenschaftlicher Qualität auszurichten; regionale Strukturentwicklungen sind angemessen zu berücksichtigen.

Geschäftsordnung
für die
Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
vom 18. Februar 2008,
zuletzt geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vom 22. Oktober 2021

Präambel


I. Konferenz

§ 1

Benennungen

(1) Der Bund und die Länder benennen der oder dem Vorsitzenden der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (Konferenz) die Mitglieder (Artikel 1 GWK-Abkommen) und die stellvertretenden Mitglieder (Artikel 1 GWK-Abkommen i.V.m. Artikel 4 Abs. 2 GWK-Abkommen).

(2) Stellvertretende Mitglieder sollen der Amtschefs- oder Staatssekretärs-ebene angehören.

§ 2

Weitere Sitzungsteilnehmer

(1) An den Sitzungen können mit beratender Stimme

– eine Vertreterin/ein Vertreter des Wissenschaftsrates und

– eine Vertreterin/ein Vertreter der Kultusministerkonferenz der Länder teilnehmen.

(2) Die Leitung des Büros der Konferenz nimmt an den Sitzungen beratend teil.
(3) Die oder der Vorsitzende kann die Teilnahme weiterer Personen zulassen.

§ 3
Einberufung


§ 4
Tagesordnung und Vorbereitung der Sitzungen

(1) Das Büro der Konferenz stellt im Einvernehmen mit den Vorsitzenden die vorläufige Tagesordnung auf. Von einem Mitglied beantragte Beratungsgegenstände sind in die vorläufige Tagesordnung aufzunehmen.

(2) Beschlüsse des FhG-Ausschusses, des für das IPP zuständigen Fachausschusses mit besonderen Zuständigkeiten und des Ausschusses der Zuwendungsgeber der HGF können als Beratungsgegenstand dann in die vorläufige Tagesordnung der GWK aufgenommen werden, wenn die Beschlussfassung im Fachausschuss nicht einvernehmlich erfolgte. Das gilt auch, wenn ein Mitglied der GWK dies ausdrücklich verlangt. Dabei muss das antragstellende Mitglied die grundsätzliche Bedeutung des Themas für Bund und Länder darlegen. Den Vorsitzenden obliegt die Entscheidung, ob eine Aufnahme in die vorläufige Tagesordnung und eine Vorbereitung der GWK durch den Ausschuss erfolgen soll.


(4) Das Büro der Konferenz soll die Einladungen unter Beifügung einer vorläufigen Tagesordnung mindestens drei Wochen vor dem Sitzungstermin versenden. Die Beratungsunterlagen sollen spätestens zwei Wochen vor dem
Sitzungstermin den Mitgliedern vorliegen. In begründeten Ausnahmefällen können Beratungsunterlagen nachgereicht werden.

(5) In den Arbeitsabläufen sind elektronische Verfahren und virtuelle Sitzungsformate (Video- und Telefonkonferenzen) soweit wie möglich zu nutzen.

§ 5
Vorsitz


§ 6
Beschlussfähigkeit

(1) Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn der Bund und mindestens dreizehn Länderstimmen vertreten sind. Die oder der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

(2) Ein Mitglied kann im Falle seiner Verhinderung und der seines Stellvertreters ein anderes Mitglied (§ 1 Abs. 1) schriftlich zur Stimmabgabe ermächtigen.

(3) Abstimmungen und Wahlen erfolgen offen.

§ 7
Beschlussfassung

(1) Beschlüsse der Konferenz und die Minderheitsvoten werden den Regierungscheifs des Bundes und der Länder vorgelegt.

(2) Das Büro der Konferenz übermittelt einstimmig gefasste Beschlüsse der Konferenz sowie einstimmig gefasste Beschlüsse des Ausschusses nach Artikel 6 Abs. 4 GWK-Abkommen unter Hinweis auf Artikel 4 Abs. 6 Satz 2 GWK-Abkommen unverzüglich dem Bundeskanzleramt und den Staats- und Senatskanzleien der Länder.

(3) Das Büro der Konferenz übermittelt nicht einstimmig gefasste Beschlüsse der Konferenz unter Hinweis auf Artikel 4 Abs. 6 Satz 3 GWK-Abkommen unverzüglich dem Bundeskanzleramt und den Staats- und Senatskanzleien der Länder. Es teilt mit, wenn einer der Vertragschließenden die Beratung und
Beschlussfassung der Regierungschefinnen und -chefs beantragt (Artikel 4 Abs. 6 Satz 3 GWK-Abkommen).

§ 8
Umlaufverfahren, Dringlichkeitsausschuss


§ 9
Sitzungsprotokoll


(2) Das Protokoll muss enthalten:

   a) die Namen der Teilnehmenden,

   b) die Beratungsgegenstände,

   c) die zu Protokoll gegebenen Erklärungen im Wortlaut,

   d) die Anträge,

   e) die Beschlüsse,
f) das zahlenmäßige Ergebnis von Abstimmungen,
g) die zu den Beschlüssen gegebenenfalls vorgelegten besonderen Voten gemäß Artikel 4 Abs. 4 GWK-Abkommen.

II. Ausschuss

§ 10
Ausschuss

(1) Bund und Länder benennen die Mitglieder des Ausschusses (Artikel 6 Abs. 1 GWK-Abkommen) und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter.

(2) Der Ausschuss bereitet die Beratungen und Beschlüsse der Konferenz vor (Artikel 5 Abs. 2 GWK-Abkommen).

(3) In ihm übertragenen Angelegenheiten (Artikel 5 Abs. 3 GWK-Abkommen) entscheidet der Ausschuss abschließend. Wird die Zustimmung zu einem Beschluss mit einem entsprechenden Vorbehalt versehen, kann sie binnen drei Wochen nach Ende der Sitzung durch schriftliche Erklärung gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Ausschusses widerrufen und die Stimmabgabe geändert werden. Die Erklärung ist nachrichtlich den anderen Mitgliedern des Ausschusses und dem Büro der Konferenz mitzuteilen.

(4) Der Ausschuss kann für Daueraufgaben Fachausschüsse oder Arbeitskreise einsetzen. Er kann Sachverständige hinzuziehen.


(6) Die Vorschriften der §§ 2 und 3 Satz 3 und 4, des § 4 Abs. 1, Abs. 3 bis 5 der §§ 5 und 6 sowie der §§ 8 und 9 gelten entsprechend.

(8) Es gelten die Vorschriften des Absatzes 3 Satz 2 und 3, des Absatzes 4 Satz 2, des Absatzes 7, des § 2 Abs. 3, des § 3 Satz 3 und 4, des § 4 Abs. 1, Abs. 3 bis 5, der §§ 5, 6 Abs. 2 und 3, sowie der §§ 8 und 9 sinngemäß auch für Fachausschüsse und Arbeitskreise, soweit für sie nicht besondere Regeln gelten.

III. Büro

§ 11

Büro


§ 12

Haushalt

(1) Die für das Büro erforderlichen Planstellen und Stellen sowie die Einnahmen und Ausgaben werden in einem besonderen Kapitel des Einzelplans 01 des Bundeshaushalts zusammengefasst.

(3) Für die Haushaltswirtschaft sind die Vorschriften des Bundes maßgebend. Das Ergebnis der Rechnungsprüfung wird den Ländern mitgeteilt.

IV. Sonstiges

§ 13

Abweichung von der Geschäftsordnung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Angelegenheiten</th>
<th>Datum und TOP der Delegierung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Zustimmung zu Sonderfinanzierungen</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 18.02.2008: GWK 08.07 in Verbindung mit GWK 08.14 (TOP 8)</td>
</tr>
<tr>
<td>- der DFG</td>
<td>27.06.2014: GWK 14.20 in Verbindung mit GWK 14.27 (2) (TOP 3f)</td>
</tr>
<tr>
<td>- der MPG</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- der Mitgliedseinrichtungen der WGL</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- des DZHW</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Haushaltsvollzug bei</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 18.02.2008: GWK 08.07 in Verbindung mit GWK 08.14 (TOP 8)</td>
</tr>
<tr>
<td>- der DFG</td>
<td>27.06.2014: GWK 14.20 in Verbindung mit GWK 14.27 (2) (TOP 3f)</td>
</tr>
<tr>
<td>- der MPG</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- den Mitgliedseinrichtungen der WGL</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- acatech</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- dem DZHW</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Entscheidungen über den Fortbestand der Voraussetzungen für die Förderung der Mitgliedseinrichtungen der WGL</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 20.04.2012: GWK 12.06 in Verbindung mit GWK 12.15 (TOP 4.1)</td>
</tr>
<tr>
<td>Höhe der von der DFG und der MPG vergebenen Stipendien</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 18.02.2008: GWK 08.07 in Verbindung mit GWK 08.14 (TOP 8)</td>
</tr>
<tr>
<td>Bewilligungsbedingungen, Grundsätze für Haushalts- u. Wirtschaftspläne, Beschäftigungsbedingungen für - die DFG - die MPG - die Mitgliedseinrichtungen der WGL - acatech - das Akademienprogramm - das DZHW</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 27.06.2014 GWK 14.20 in Verbindung mit GWK 14.27 (2) (TOP 3f)</td>
</tr>
<tr>
<td>Angelegenheiten</td>
<td>Datum und TOP der Delegierung</td>
</tr>
<tr>
<td>---------------------------------------------------------------------------------</td>
<td>---------------------------------------------------------------------------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>Überregionale Fachinformationssysteme</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 18.02.2008: GWK 08.07 in Verbindung mit GWK 08.14 (TOP 8)</td>
</tr>
<tr>
<td>Fortschreibung des Datenmaterials zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 02.11.2009: GWK 09.64 in Verbindung mit GWK 09.79</td>
</tr>
<tr>
<td>- Feststellung der Höhe der gemeinsamen Zuwendung des Bundes und der Länder an das DZHW</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 17.04.2015: GWK 15.06 in Verbindung mit GWK 15.11 (2) (TOP 3c)</td>
</tr>
<tr>
<td>- Genehmigung der Wirtschaftspläne des DZHW</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Änderungen/Ergänzungen der FGH-Verfahrensgrundsätze, soweit es sich nicht um solche von grundsätzlicher oder von wesentlicher finanzieller Bedeutung handelt (die der Beschlussfassung durch die GWK vorbehalten bleiben)</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 16.11.2018: GWK 18.39 in Verbindung mit GWK 18.60 (2) (TOP 2b)</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Delegierte Angelegenheiten (Fachausschüsse)

Delegation von abschließenden Entscheidungen auf die Fachausschüsse der GWK

<table>
<thead>
<tr>
<th>Angelegenheiten</th>
<th>Datum und TOP der Delegierung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Delegierung von Aufgaben auf den Fachausschuss FhG und den Fachausschuss HGF.</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 18.02.2008: GWK 08.07 in Verbindung mit GWK 08.14 (TOP 8).</td>
</tr>
<tr>
<td>- Beide Ausschüsse entscheiden abschließend ihre selbständig wahrgenommenen Aufgaben gemäß den bisherigen Regelungen (gem. § 10 Abs. 5, Satz 2 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 der GO der GWK).</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Der Unterausschuss IPP entscheidet abschließend seine selbständig wahrgenommenen Aufgaben gemäß § 10 Abs. 5 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 der GO der GWK.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Delegierung auf den Fachausschuss DFG/MPG (Soweit die Beschlüsse im Fachausschuss einstimmig gefasst werden und kein Mitglied des Ausschusses innerhalb der festgelegten Frist zur Genehmigung des Fachausschussprotokolls widerspricht.)</td>
<td>Delegiert durch den Ausschuss am 09.02.2010: A 10.18 in Verbindung mit A 10.35 (TOP 14).</td>
</tr>
<tr>
<td>- alle Details der finanziellen Förderung der DFG und der MPG</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- haushalts-/zuwendungs-/förderrechtliche Punkte,</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Einsprüche gegen Beschlussvorschläge zu MPG-Baumaßnahmen, die im Umlaufverfahren des Ausschusses erhoben werden.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Angelegenheiten</td>
<td>Datum und TOP der Delegierung</td>
</tr>
<tr>
<td>---------------------------------------------------------------------------------</td>
<td>---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Unbefristet verlängert am 30.09.2014: A 14.87 in Verbindung mit A 14.110 (2) (TOP 3c)</td>
</tr>
<tr>
<td>Delegierung an den Fachausschuss Akademien (soweit dort einstimmig verabschiedet) - Zustimmung der Zuwendungsgeber, soweit diese nach den Bewirtschaftungsgrundsätzen für den Haushalt der acatech erforderlich ist</td>
<td>Delegiert durch den Ausschuss am 17.06.2008: A 08.55 und A 08.55 (1) in Verbindung mit A 08.69 (TOP 6)</td>
</tr>
<tr>
<td>Delegierung an den Fachausschuss &quot;Nationale Kohorte&quot; mit abschließender Entscheidungskompetenz (alle Angelegenheiten der Nationalen Kohorte)</td>
<td>Delegiert durch die GWK am 29.06.2012: GWK 12.26 in Verbindung mit GWK 12.28 (TOP 5)</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Delegierte Angelegenheiten (Fachausschüsse)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Delegierung an den Fachausschuss DZHW (soweit die Beschlüsse einstimmig gefasst werden und sofern kein Mitglied des Ausschusses innerhalb einer Frist von zwei Wochen die Befassung des Ausschusses verlangt) - Modifikationen redaktioneller Art der Bewirtschaftungsgrundsätze für den Wirtschaftsplan des DZHW</th>
<th>Delegiert durch den Ausschuss am 13.05.2014: A 14.48 in Verbindung mit A 14.69 (2) (TOP 8a)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Delegierung an den Fachausschuss WGL (wenn und soweit die Beschlussfassung einstimmig erfolgt) - Bestimmung der notwendigen Rate für die Berechnung der Wettbewerbsabgabe gemäß Ziff. 2.4 Satz 1 der Anlage zu Nr. 1.2 WGL-Beschlüsse - Feststellung der Ist-Abrechnung des Länderanteils an den Zuwendungen (Nr. 2.7 WGL-Beschlüsse) - Redaktionelle Anpassung der WGL-Beschlüsse und der Handreichung für die Haushaltsaufstellung - Wahrnehmung der Aufgaben nach Nr. 2.13.3 der WGL-Beschlüsse</td>
<td>delegiert durch den Ausschuss am 10.03.2015: A 15.33 in Verbindung mit A 15.54 (2) (TOP 13)</td>
</tr>
<tr>
<td>delegiert durch den Ausschuss am 08.03.2016: A 16.20 in Verbindung mit A16.44 (2) (TOP 8)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Förderung außeruniversitärer Forschung
Ausführungsvereinbarung
zum GWK-Abkommen
über die gemeinsame Förderung der
acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

– Ausführungsvereinbarung acatech (AV-acatech) –
BAnz. Nr. 18a vom 4. Februar 2009
zuletzt geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz
(GWK) vom 2. Juli 2021, BAnz. AT 03. Dezember 2021, B3

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) beschließt auf Grund des
Artikels 3 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern
über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Ab-
kommen) zu § 1 Absatz 1 Nummer 8 der Anlage zu diesem Abkommen fol-
gende Ausführungsvereinbarung:

§ 1
Gegenstand der gemeinsamen Förderung

Bund und Länder fördern gemeinsam die „acatech – Deutsche Akademie der
Technikwissenschaften e.V." (acatech).

§ 2
Ziele und Voraussetzungen der gemeinsamen Förderung

(1) Bund und Länder verfolgen bei der gemeinsamen Förderung von acatech
insbesondere den Zweck, Initiativen zur Förderung der Technik in Deutschland
und dabei vor allem das öffentliche Verständnis für die Bedeutung zukunfts-
weisender Technologien zu stärken.

(2) Die GWK geht davon aus, dass die gemeinsame institutionelle Förderung
nach § 3 Absatz 1 in der Regel die Einnahmen aus privaten Mitteln im Durch-
schnitt der jeweils vorausgegangenen fünf Jahre nicht übersteigt.

(3) Bund und Länder fördern neue Aufgaben von acatech, die wesentliche zu-
sätzliche Mittel erfordern können, nur, wenn der Übernahme vorher durch die
GWK nach Artikel 4 des GWK-Abkommens zugestimmt wurde.

(4) Die GWK geht davon aus, dass acatech ihre wissenschaftspolitisch und
finanziell bedeutsamen Planungen rechtzeitig mit ihr erörtert.
**Protokollnotiz zu § 2 Absatz 4:**

Die GWK geht davon aus, dass sie im Senat von acatech angemessen vertreten ist und dass dem Bund die gleiche Anzahl von Vertretern oder Stimmen zusteht wie den Vertretern der Länder.

### § 3

**Zuwendungen**


(2) Sofern der Bund oder einzelne Länder acatech auf Grund einer Vereinbarung mit ihr Leistungen zur Abgeltung der Kosten von Einzelaufträgen gewähren, ist dazu nicht die Zustimmung nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 der Anlage zum GWK-Abkommen erforderlich.


(5) Bund und Länder treten rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen, um den festgestellten Zuwendungsbedarf bei der Aufstellung ihrer Haushalte zu berücksichtigen.
§ 4
Länderanteil


§ 5
Laufzeit, Inkrafttreten


(2) Bei Außerkrafttreten des GWK-Abkommens tritt auch diese Vereinbarung außer Kraft.

Ausführungsvereinbarung
zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung
der Deutschen Forschungsgemeinschaft

– Ausführungsvereinbarung DFG (AV-DFG) –

BAnz. Nr. 18a vom 4. Februar 2009
zuletzt geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz
(GWK) vom 2. Juli 2021, BAnz. AT 03. Dezember 2021 B5

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) beschließt auf Grund des
Artikels 3 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern
über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-
Abkommen) zu § 1 Absatz 1 Nummer 1 der Anlage zu diesem Abkommen
folgende Ausführungsvereinbarung:

§ 1
Gegenstand der gemeinsamen Förderung

Bund und Länder fördern gemeinsam die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“
e. V. (DFG). Die DFG dient der Wissenschaft in allen ihren Zweigen durch die
finanzielle Unterstützung von Forschungsaufgaben und durch die Förderung
der Zusammenarbeit unter den Forscherinnen und Forschern.

§ 2
Voraussetzungen der Förderung

(1) Bund und Länder fördern neue Aufgabenbereiche der DFG, die wesentliche
zusätzliche öffentliche Mittel erfordern, sofern der Übernahme oder Einführung
vorher nach Artikel 4 des GWK-Abkommens zugestimmt wurde.

(2) Die GWK geht davon aus, dass die DFG ihre wissenschaftspolitisch und
finanziell bedeutsamen Fragen der Weiterentwicklung der Forschungsförde-
rung regelmäßig mit ihr erörtert.

Dabei strebt die GWK an,

1. fachliche Schwerpunkte, auch unter Berücksichtigung regionaler Gesichts-
punkte, zu entwickeln und die hierzu notwendige Zusammenfassung von
Personal und Sachmitteln zu bewirken,
2. die Zusammenarbeit in der Forschung zwischen den Hochschulen sowie zwischen Hochschulen, anderen Forschungseinrichtungen und Einrichtungen der überregionalen und internationalen Forschungsplanung und Forschungsförderung zu verstärken.

§ 3 Zuwendungen


(3) Sofern der Bund oder einzelne Länder der DFG auf Grund einer Vereinbarung mit ihr Leistungen zur Abgeltung der Kosten von Einzelaufträgen gewähren, ist dazu nicht die Zustimmung nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 der Anlage zum GWK-Abkommen erforderlich.


(6) Bund und Länder werden die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den festgestellten Zuwendungsbedarf bei der Aufstellung der Haushalte zu berücksichtigen.

§ 4
Länderanteil


* Königsteiner Schlüssel; wird jährlich vom Büro der GWK fortgeschrieben.
§ 5
Koordinierte Programme
Vor der Einführung eines Fördervorhabens im Rahmen eines koordinierten Programms gibt die DFG dem Sitzland Gelegenheit zur Stellungnahme.

§ 6
Laufzeit, Inkrafttreten


(2) Bei Außerkrafttreten des GWK-Abkommens tritt auch diese Vereinbarung außer Kraft.

Ausführungsvereinbarung
zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung
des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
(DZHW)

– Ausführungsvereinbarung DZHW (AV-DZHW) –

vom 28. Juni 2013, Bekanntmachung vom 27. August 2013,
BAnz. AT 27. September 2013 B5
zuletzt geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz
(GWK) vom 2. Juli 2021, BAnz. AT 03. Dezember 2021 B6

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) beschließt auf Grund des
Artikels 3 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern
über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-
Abkommen) in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Nummer 9 der Anlage zu diesem
Abkommen folgende Ausführungsvereinbarung:

§ 1

Gegenstand und Ziele der gemeinsamen Förderung

(1) Bund und Länder fördern gemeinsam das Deutsche Zentrum für Hochschul-
und Wissenschaftsforschung (DZHW).

(2) Mit der Förderung des DZHW verfolgen Bund und Länder die Ziele, die
Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Deutschland zu stärken und die
Erfüllung des Bedarfs an forschungsbasierten Dienstleistungen seitens der
Akteure der Hochschul- und Wissenschaftspolitik sicherzustellen. Das DZHW
stellt wissenschaftliche Infrastrukturen für die Hochschul- und Wissenschafts-
forschung bereit.

(3) Das DZHW kooperiert mit Hochschulen und besetzt die wissenschaftlichen
Leitungspositionen gemeinsam mit Hochschulen im Rahmen gemeinsamer
Berufungsverfahren.

Protokollnotiz zu § 1 Absatz 3:

Die gemeinsamen Berufungen sollen im Sinne der Stellungnahme des Wissen-
schaftsrates zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover,
§ 2
Zuwendungen

(1) Die zuwendungsfähigen Ausgaben des Grundhaushalts des DZHW werden über Zuwendungen des Bundes und der Länder gemäß den einschlägigen Vorschriften der BHO bzw. jeweiligen LHO im Verhältnis 70 zu 30 gedeckt.

(2) Das DZHW kann darüber hinaus weitere Mittel einwerben und Aufträge gegen Entgelt übernehmen, soweit dies mit den satzungsgemäßen Zwecken vereinbar ist.

(3) Zweckfreie Spenden sowie hieraus erwirtschaftete Erträge werden nicht zuwendungsmindernd auf die Grundfinanzierung angerechnet, sofern sie in angemessener Frist zur Deckung von Ausgaben für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.


(5) Bund und Länder werden die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den festgestellten Zuwendungsbedarf bei der Aufstellung der Haushalte zu berücksichtigen.

(6) Sofern der Bund oder einzelne beteiligte Länder dem DZHW aufgrund einer Vereinbarung Leistungen zur Abgeltung der Kosten von Aufträgen oder Projekten gewähren, ist dazu nicht die Zustimmung nach § 1 Absatz 2 Nummer 3 der Anlage zum GWK-Abkommen erforderlich.

§ 3
Länderanteil

(1) Der auf die Länder entfallende Teil des Zuwendungsbetrags wird zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen, zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen der Länder aufgebracht. Als Steuereinnahmen gelten die im Finanzkraftausgleich zugrunde gelegten Steuereinnahmen der Länder. Die Steuereinnahmen erhöhen oder vermindern sich um
die zum Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder geregelten Zu-
schläge zu und Abschläge von der jeweiligen Finanzkraft (horizontaler Finanz-
kraftausgleich). Maßgebend sind die Steuereinnahmen, der horizontale Finanz-
kraftausgleich und die vom Statistischen Bundesamt für den 30. Juni festge-
stellten Bevölkerungszahlen der Länder des dem Haushaltsjahr zwei Jahre vor-
hergehenden Haushaltsjahres.*

(2) Sofern ein Land nach § 6 Absatz 1 kündigt, wird der auf das Land entfal-
lende Teil des Zuwendungs betrags von den anderen Ländern erbracht.

§ 4
Nichtanwendung der AV-WGL

Die Regelungen der Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die
gemeinsame Förderung der Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemein-
schaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (AV-WGL) finden keine Anwendung.

§ 5
Übergangsvorschriften

(1) Für die Abteilung Hochschulforschung und die Abteilung Hochschulentwick-
lung werden getrennte Wirtschaftspläne aufgestellt.

(2) Die Abteilung Hochschulentwicklung wird längstens bis zum 31. Dezember
2014 vom DZHW weitergeführt und von den Ländern allein gemäß § 3 finan-
ziert.

(3) Der durch die Überführung des iFQ in das DZHW bedingte Mehrbedarf wird,
höchstens in Höhe von 2 015 T€, gemäß § 2 Absatz 1 im Verhältnis
70 zu 30 (Bund:Länder) gedeckt; im Übrigen wird der Grundhaushalt des
DZHW in der Zeit vom Beginn der Förderung bis zum 31. Dezember 2016 über
Zuwendungen des Bundes und der Länder abweichend von § 2 Absatz 1 im
Verhältnis 90 zu 10 (Bund:Länder) gedeckt.

Protokollnotiz zu § 5 Absatz 2:
Spätestens ab dem 1. Januar 2015 wird die Abteilung Hochschulentwicklung
sowie anteilig deren Verwaltung auch institutionell vom DZHW getrennt und
von den Ländern allein weitergeführt und finanziert.

* Königsteiner Schlüssel; wird jährlich vom Büro der GWK fortgeschrieben.
§ 6
Laufzeit, Inkrafttreten


(2) Bei Außerkrafttreten des GWK-Abkommens tritt auch diese Vereinbarung außer Kraft.

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) beschließt auf Grund des Artikels 3 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) zu § 1 Absatz 1 Nummer 4 der Anlage zu diesem Abkommen folgende Ausführungsvereinbarung:

§ 1

Gegenstand der gemeinsamen Förderung

(1) Bund und Länder fördern gemeinsam die "Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V." (FhG).


(3) Mit Ausnahme der Vertragsforschungsabteilungen unterliegen verteidigungsbezogene Forschungseinrichtungen der FhG nicht der gemeinsamen Förderung.

Protokollnotiz zu § 1

Zu Absatz 1

Bund und Länder gehen davon aus, dass bei Änderung der Rechtsform der FhG die Förderung nur im gemeinsamen Einvernehmen fortgesetzt wird.

Zu Absatz 2 und 3

Die verteidigungsbezogenen Einrichtungen der FhG sind in der anliegenden Liste nachrichtlich genannt.
§ 2
Forschungspolitische Zielsetzungen

(1) Bund und Länder verfolgen bei der gemeinsamen Förderung der FhG insbesondere den Zweck, die praktische Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der angewandten Forschung dadurch zu fördern, dass die FhG mit ihren Einrichtungen in die Lage versetzt wird,

– Vertragsforschungen und Dienstleistungen für private und öffentliche Auftraggeber zur Sicherung der technologischen Entwicklung und zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben durchzuführen und

– anwendungsorientierte Eigenforschungen zu betreiben.

(2) Bund und Länder streben im Übrigen an,

– die Zusammenarbeit der FhG mit Einrichtungen der Grundlagenfor- schung, insbesondere den Hochschulen, zu verstärken,

– bei der Festlegung des Standortes neuer Einrichtungen der FhG neben wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten auch eine ausgewogene regionale Verteilung zu berücksichtigen.

(3) Zur Erreichung dieser Ziele soll als Leistungsanreiz die öffentliche Finanzierung vom Umfang der Gesamterlöse der FhG aus Forschung und Entwicklung abhängig gemacht werden.

§ 3
Zuwendungen


(3) Sofern der Bund oder einzelne Länder der FhG auf Grund einer Vereinbarung mit ihr Leistungen zur Abgeltung der Kosten von Aufträgen oder Projekten gewähren, ist dazu nicht die Zustimmung nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 der Anlage zum GWK-Abkommen erforderlich.


(5) Bund und Länder werden die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den festgestellten Zuwendungsbedarf bei der Aufstellung der Haushalte zu berücksichtigen.

**Protokollnotiz zu § 3 Absatz 1**

Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben der finanziellen Förderung gehören auch die so genannten zentral veranschlagten Kosten.

### § 4

**Länderanteil**

(1) Der auf die Länder entfallende Teil des Zuwendungs betrages wird auf die Länder


- in Höhe von zwei Dritteln entsprechend dem Verhältnis des Zuwendungs bedarfs aller Einrichtungen der FhG, die in einem Land ihren Sitz

---

¹ Königsteiner Schlüssel; wird jährlich vom Büro der GWK fortgeschrieben.
haben,² umgelegt. Ausgaben für die Zentralverwaltung werden dabei nicht in Ansatz gebracht.

(2) Die Länder können von den Bestimmungen des Absatzes 1 abweichende Regelungen vereinbaren, die jedoch vorsehen müssen, dass ein nicht unbedeutender Teil des Zuwendungsbetrages auf die Länder umgelegt wird.

§ 5
"Ausschuss Fraunhofer-Gesellschaft"

(1) Der Ausschuss besteht als Fachausschuss der GWK mit besonderen Zuständigkeiten.³

(2) Dem Ausschuss gehören bis zu drei Vertreter der Bundesregierung und bis zu je zwei Vertreter der Regierungen der Länder an.

(3) Die Vertreter der Landesregierungen führen je Land eine Stimme; die Vertreter der Bundesregierung führen gleich viel Stimmen wie die Vertreter der Landesregierungen. Die Stimmen der Vertreter der Bundesregierung werden einheitlich abgegeben.

(4) Der Ausschuss beschließt mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen der Mitglieder.


Protokollnotiz zu § 5 Absatz 5

Die erneute Behandlung soll in der GWK stattfinden.

---

² Sitzlandschlüssel.
§ 6
Aufgaben des "Ausschusses Fraunhofer-Gesellschaft"

Der Ausschuss trifft die nach dieser Vereinbarung vorgesehenen Maßnahmen und Entscheidungen. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Er genehmigt den Wirtschaftsplan und stellt den jährlichen Zuwendungsbedarf der FhG fest, vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel durch die gesetzgebenden Körperschaften oder die an deren Stelle hierzu ermächtigten Organe. Die mittelfristigen Finanzplanungen des Bundes und der Länder für den Bereich Forschungsförderung sind dabei zu berücksichtigen.

2. Er entscheidet über Beginn und Ende der gemeinsamen finanziellen Förderung von Einrichtungen der FhG.

3. Er regelt Einzelheiten der finanziellen Förderung.


§ 7
Laufzeit, Inkrafttreten


(3) Bei Außerkrafttreten des GWK-Abkommens tritt auch diese Vereinbarung außer Kraft.

**Anlage zur Ausführungsvereinbarung Fraunhofer-Gesellschaft**

Liste der Fraunhofer-Forschungseinrichtungen gemäß § 1 Absatz 2 AV-FhG

(Stand: 1. Januar 2022)

\[ FhI \quad = \quad \text{Fraunhofer-Institut} \]
\[ FhE \quad = \quad \text{Fraunhofer-Einrichtung} \]
\[ * \quad = \quad \text{teilweise Förderung nach AV-FhG, vgl. Protokollnotiz zu § 1 Abs. 2, 3 AV-FhG} \]

**ZV** Zentrale der Fraunhofer-Gesellschaft, München

**Baden-Württemberg**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Abkürzung</th>
<th>Beschreibung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>IAF</td>
<td>FhI für Angewandte Festkörperphysik, Freiburg*</td>
</tr>
<tr>
<td>IAO</td>
<td>FhI für Arbeitswirtschaft und Organisation, Stuttgart</td>
</tr>
<tr>
<td>IBP</td>
<td>FhI für Bauphysik, Institutsteil Stuttgart, Stuttgart</td>
</tr>
<tr>
<td>ICT</td>
<td>FhI für Chemische Technologie, Teilinstitut für Polymertechnik, Pfinztal</td>
</tr>
<tr>
<td>IGB</td>
<td>FhI für Grenzflächen- und Bioverfahrenstechnik, Stuttgart</td>
</tr>
<tr>
<td>EMI</td>
<td>FhI für Kurzzeitdynamik – Ernst-Mach-Institut –, Freiburg*</td>
</tr>
<tr>
<td>IOSB</td>
<td>FhI für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung, Karlsruhe/Ettlingen*</td>
</tr>
<tr>
<td>IPM</td>
<td>FhI für Physikalische Messtechnik, Freiburg</td>
</tr>
<tr>
<td>IPA</td>
<td>FhI für Produktionstechnik und Automatisierung, Stuttgart</td>
</tr>
<tr>
<td>ISE</td>
<td>FhI für Solare Energiesysteme, Freiburg</td>
</tr>
<tr>
<td>ISI</td>
<td>FhI für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe</td>
</tr>
<tr>
<td>IWM</td>
<td>FhI für Werkstoffmechanik, Freiburg</td>
</tr>
<tr>
<td>IRB</td>
<td>Fraunhofer-Informationszentrum Raum und Bau, Stuttgart</td>
</tr>
<tr>
<td>Bayreuth</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>------------------</td>
<td>--------------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>AISEC</td>
<td>FhG für Angewandte und Integrierte Sicherheit, Garching bei München</td>
</tr>
<tr>
<td>IGCV</td>
<td>FhE für Gießerei-, Composite- und Verarbeitungstechnik, Augsburg/Garching</td>
</tr>
<tr>
<td>IIS</td>
<td>FhI für Integrierte Schaltungen, Erlangen</td>
</tr>
<tr>
<td>IISB</td>
<td>FhI für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie, Erlangen</td>
</tr>
<tr>
<td>IKS</td>
<td>FhI für Kognitive Systeme, München</td>
</tr>
<tr>
<td>EMFT</td>
<td>FhE für Mikrosysteme und Festkörper-Technologien, München</td>
</tr>
<tr>
<td>ISC</td>
<td>FhI für Silicatforschung, Würzburg</td>
</tr>
<tr>
<td>IWKS</td>
<td>FhE für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie – Institutsteil Alzenau, Alzenau</td>
</tr>
<tr>
<td>IVV</td>
<td>FhI für Verfahrenstechnik und Verpackung, Freising</td>
</tr>
<tr>
<td>IBP</td>
<td>FhI für Bauphysik – Institutsteil Holzkirchen, Holzkirchen</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Berlin</th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>HHI</td>
<td>FhI für Nachrichtentechnik – Heinrich-Hertz-Institut –, Berlin</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>FOKUS</td>
<td>FhI für Offene Kommunikationssysteme, Berlin</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>IPK</td>
<td>FhI für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik, Berlin</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>IZM</td>
<td>FhI für Zuverlässigkeit und Mikrointegration, Berlin</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Brandenburg</th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>IAP</td>
<td>FhI für Angewandte Polymerforschung, Potsdam/Golm</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bremen</th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>MEVIS</td>
<td>FhI für Digitale Medizin, Bremen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>IFAM</td>
<td>FhI für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung, Bremen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Institution</td>
<td>Location</td>
<td>Field of Study</td>
</tr>
<tr>
<td>----------------------------</td>
<td>--------------------</td>
<td>----------------------------------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>IWES</td>
<td>Bremerhaven</td>
<td>FH SE für Windenergiesysteme</td>
</tr>
<tr>
<td>IAPT</td>
<td>Hamburg</td>
<td>FH E für Additive Produktionstechnologien</td>
</tr>
<tr>
<td>LBF</td>
<td>Darmstadt</td>
<td>FH I für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit</td>
</tr>
<tr>
<td>IGD</td>
<td>Darmstadt</td>
<td>FH I für Graphische Datenverarbeitung</td>
</tr>
<tr>
<td>SIT</td>
<td>Darmstadt</td>
<td>FH I für Sichere Informationstechnologie</td>
</tr>
<tr>
<td>IEE</td>
<td>Kassel</td>
<td>FH I für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik</td>
</tr>
<tr>
<td>ITMP</td>
<td>Frankfurt</td>
<td>FH I für Translationale Medizin und Pharmakologie</td>
</tr>
<tr>
<td>IWKS</td>
<td>Hanau, Hanau</td>
<td>FH E für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie</td>
</tr>
<tr>
<td>IGP</td>
<td>Rostock</td>
<td>FH I für Großstrukturen in der Produktionstechnik</td>
</tr>
<tr>
<td>WKI</td>
<td>Braunschweig</td>
<td>FH I für Holzforschung – Wilhelm-Klauditz-Institut</td>
</tr>
<tr>
<td>IST</td>
<td>Braunschweig</td>
<td>FH I für Schicht- und Oberflächentechnik</td>
</tr>
<tr>
<td>ITEM</td>
<td>Hannover</td>
<td>FH I für Toxikologie und Experimentelle Medizin</td>
</tr>
<tr>
<td>SCAI</td>
<td>St. Augustin</td>
<td>FH I für Algorithmen und Wissenschaftliches Rechnen</td>
</tr>
<tr>
<td>FIT</td>
<td>St. Augustin</td>
<td>FH I für Angewandte Informationstechnik</td>
</tr>
<tr>
<td>IEM</td>
<td>Paderborn</td>
<td>FH I für Entwurfstechnik Mechatronik</td>
</tr>
</tbody>
</table>
AV-FhG

FHR  FhG für Hochfrequenzphysik und Radartechnik, Wachtberg*
IAIS  FhG für Intelligente Analyse- und Informationssysteme, St. Augustin
FKIE  FhG für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie, Wachtberg bei Bonn*
ILT  FhG für Lasertechnik, Aachen
IML  FhG für Materialfluss und Logistik, Dortmund
IMS  FhG für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme, Duisburg
IME  FhG für Molekularbiologie und Angewandte Ökologie, Schmallenberg/Aachen
INT  FhG für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen, Euskirchen*
IPT  FhG für Produktionstechnologie, Aachen
ISST  FhG für Software- und Systemtechnik, Dortmund
UMSICHT  FhG für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik, Oberhausen

Rheinland-Pfalz
IESE  FhG für Experimentelles Software Engineering, Kaiserslautern
ITWM  FhG für Techno- und Wirtschaftsmathematik, Kaiserslautern
IMM  FhG für Mikrotechnik und Mikrosysteme, Mainz

Saarland
IBMT  FhG für Biomedizinische Technik, Sulzbach
IZFP  FhG für Zerstörungsfreie Prüfverfahren, Saarbrücken

Sachsen
FEP  FhG für Organische Elektronik, Elektronenstrahl- und Plasmatechnik, Dresden
ENAS  FhG für Elektronische Nanosysteme, Chemnitz
Sachsen-Anhalt

IFF  FhI für Fabrikbetrieb und -automatisierung, Magdeburg
IMWS  FhI für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen, Halle

Schleswig-Holstein

IMTE  FhE für Individualisierte und zellbasierte Medizintechnik, Lübeck
ISIT  FhI für Siliziumtechnologie, Itzehoe

Thüringen

IOF  FhI für Angewandte Optik und Feinmechanik, Jena
IDMT  FhI für Digitale Medientechnologie, Ilmenau

Nachrichtlich ¹

IAF  FhI für Angewandte Festkörperphysik, Freiburg (Baden-Württemberg)
ICT  FhI für Chemische Technologie, Teilinstitut für Chemische Energieträger, Pfinztal (Baden-Württemberg)

¹ Vgl. Protokollnotiz zu § 1 Absatz 2, 3 AV-FhG. Teilweise Förderung nach der AV-FhG, siehe oben unter Baden-Württemberg bzw. Nordrhein-Westfalen.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Institution</th>
<th>Description</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>IOSB</td>
<td>FhI für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung, Karlsruhe/Ettlingen (Baden-Württemberg)</td>
</tr>
<tr>
<td>EMI</td>
<td>FhI für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut, Freiburg (Baden-Württemberg)</td>
</tr>
<tr>
<td>FHR</td>
<td>FhI für Hochfrequenzphysik und Radartechnik, Wachtberg (Nordrhein-Westfalen)</td>
</tr>
<tr>
<td>FKIE</td>
<td>FhI für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie, Wachtberg (Nordrhein-Westfalen)</td>
</tr>
<tr>
<td>INT</td>
<td>FhI für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen, Euskirchen (Nordrhein-Westfalen)</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Liste
der nach Artikel 3 GWK-Abkommen und
§ 1 Absatz 1 Nr. 2 der Anlage zum GWK-Abkommen
geförderten Mitgliedseinrichtungen
der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft
Deutscher Forschungszentren e. V.

– Helmholtz-Zentren –

(Stand: 1. Januar 2022)

AWI Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung
Stiftung des öffentlichen Rechts, Bremerhaven

CISPA CISPA – Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit gGmbH
Saarbrücken

DESY Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Stiftung des bürgerlichen Rechts, Hamburg

DKFZ Deutsches Krebsforschungszentrum
Stiftung des öffentlichen Rechts, Heidelberg

DLR Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V.
Bonn

DZNE Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen e. V.
Bonn

FZJ Forschungszentrum Jülich GmbH
Jülich

GEOMAR GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel
Stiftung des öffentlichen Rechts

GFZ Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungszentrum – GFZ
Stiftung des öffentlichen Rechts, Potsdam

GSI GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH
Darmstadt

HMGU Helmholtz Zentrum München – Deutsches Forschungszentrum
für Gesundheit und Umwelt (GmbH)
München

HZB Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH
Berlin
<table>
<thead>
<tr>
<th>Institution</th>
<th>Address</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Hereon Helmholtz-Zentrum Hereon GmbH</td>
<td>Geesthacht</td>
</tr>
<tr>
<td>HZDR Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf e. V.</td>
<td>Dresden</td>
</tr>
<tr>
<td>HZI Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH</td>
<td>Braunschweig</td>
</tr>
<tr>
<td>KIT Karlsruher Institut für Technologie</td>
<td>Körperschaft des öffentlichen Rechts, Karlsruhe¹</td>
</tr>
<tr>
<td>MDC Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in der Helmholtz-Gemeinschaft</td>
<td>rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts, Berlin-Buch</td>
</tr>
<tr>
<td>UFZ Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UfZ</td>
<td>Leipzig</td>
</tr>
</tbody>
</table>

¹ Die gemeinsame Förderung beschränkt sich auf den Bereich der Großforschung.
Ausführungsvereinbarung
zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung
der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.
– Ausführungsvereinbarung MPG (AV-MPG) –
zuletzt geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz
(GWK) vom 2. Juli 2021, BAnz. AT 04. November 2021 B8

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) beschließt auf Grund des
Artikels 3 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern
über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-
Abkommen) zu § 1 Absatz 1 Nummer 3 der Anlage zu diesem Abkommen
folgende Ausführungsvereinbarung:

§ 1
Gegenstand der gemeinsamen Förderung

(1) Bund und Länder fördern gemeinsam die „Max-Planck-Gesellschaft zur
Förderung der Wissenschaften“ e. V. (MPG).

(2) Die von der MPG bei Abschluss dieser Vereinbarung unterhaltenen oder
betreuten Einrichtungen sind in der anliegenden Liste aufgeführt. Die Liste wird
fortgeschrieben.

§ 2
Voraussetzung der Förderung

(1) Bund und Länder fördern neue Aufgabenbereiche der MPG, die wesentliche
zusätzliche öffentliche Mittel erfordern können, und neue Einrichtungen der
MPG nur, wenn der Übernahme oder der Errichtung vorher nach Artikel 4 des
GWK-Abkommens zugestimmt wurde.

(2) Die GWK geht davon aus, dass die MPG ihre wissenschaftspolitisch und
finanziell bedeutsamen Planungen rechtzeitig mit ihr erörtert. Dabei strebt die
GWK an,

1. die personelle Verbindung der MPG mit den Hochschulen zu verstärken,

2. bei der Festlegung des Standortes neuer Einrichtungen der MPG neben
wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten auch eine ausgewogene regio-
nale Verteilung zu berücksichtigen.
§ 3
Zuwendungen


(2) Sofern der Bund oder einzelne Länder der MPG oder einer ihrer Einrichtungen auf Grund einer Vereinbarung mit ihnen Leistungen zur Abgeltung der Kosten von Einzelaufträgen gewähren, ist dazu nicht die Zustimmung nach § 1 Absatz 2 Nummer 1 der Anlage zum GWK-Abkommen erforderlich.

(3) Die finanzielle Förderung wird gewährt auf der Grundlage eines jährlichen, nach Artikel 4 des GWK-Abkommens gebilligten Wirtschaftsplans der MPG, der alle ihre Einnahmen und Ausgaben ausweist. Die GWK wird darauf hinwirken, dass die MPG ihren Wirtschaftsplan auf der Grundlage der jährlich fortzuschreibenden mehrjährigen Finanzplanung der MPG aufstellt, die die Forschungsplanung der MPG berücksichtigt.


(5) Bund und Länder werden die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den festgestellten Zuwendungsbedarf bei der Aufstellung der Haushalte zu berücksichtigen.

¹ Derzeit Bayern und Mecklenburg-Vorpommern.
§ 4

Länderanteil


§ 5

Laufzeit, Inkrafttreten


(2) Bei Außerkrafttreten des GWK-Abkommens tritt auch diese Vereinbarung außer Kraft.

\(^2\) Königsteiner Schlüssel; wird jährlich vom Büro der GWK fortgeschrieben.
Anlage zur Ausführungsvereinbarung MPG
Liste der Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft
gemäß § 1 Absatz 2 AV-MPG

(Stand: 1. Januar 2022)

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., München (Generalverwaltung)
Max Planck Computing and Data Facility, Garching
Max Planck Digital Library, München

Baden-Württemberg

Max-Planck-Institut für Astronomie, Heidelberg
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg
Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht, Freiburg
Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik, Tübingen
Max-Planck-Institut für Entwicklungsbiologie, Tübingen
Max-Planck-Institut für Festkörperforschung, Stuttgart
Friedrich-Miescher-Laboratorium für biologische Arbeitsgruppen in der Max-Planck-Gesellschaft, Tübingen
Max-Planck-Institut für Immunbiologie und Epigenetik, Freiburg
Max-Planck-Institut für intelligente Systeme, Stuttgart, Tübingen
Max-Planck-Institut für Kernphysik, Heidelberg
Max-Planck-Institut für medizinische Forschung, Heidelberg
Max-Planck-Institut für Verhaltensbiologie, Radolfzell, Konstanz

Bayern

Max-Planck-Institut für Astrophysik, Garching
Max-Planck-Institut für Biochemie, Martinsried
Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik, Garching
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München
Max-Planck-Institut für Neurobiologie, Martinsried
Max-Planck-Institut für Ornithologie, Seewiesen
Max-Planck-Institut für Physik (Werner-Heisenberg-Institut), München
Max-Planck-Institut für die Physik des Lichts, Erlangen
Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, Teilinstitut Garching
Max-Planck-Institut für Psychiatrie (Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie), München
Max-Planck-Institut für Quantenoptik, Garching
Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München
Max-Planck-Institut für Steuerrecht und öffentliche Finanzen, München

Berlin

Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin
Max-Planck-Forschungsstelle für die Wissenschaft der Pathogene
Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie, Berlin
Max-Planck-Institut für molekulare Genetik, Berlin
Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin

Brandenburg

Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik (Albert-Einstein-Institut), Potsdam/Teilinstitut in Hannover, Niedersachsen
Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung, Potsdam
Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie, Potsdam
**Bremen**

Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie, Bremen

**Hamburg**

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg

Max-Planck-Institut für Meteorologie, Hamburg

Max-Planck-Institut für Struktur und Dynamik der Materie, Hamburg

**Hessen**

Max-Planck-Institut für Biophysik, Frankfurt/Main

Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik, Frankfurt/Main

Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt/Main

Max-Planck-Institut für Herz- und Lungenforschung (W. G. Kerckhoff-Institut), Bad Nauheim

Max-Planck-Institut für Hirnforschung, Frankfurt/Main

Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie, Marburg

Max-Planck-Forschungsstelle für Neurogenetik, Frankfurt/Main

**Mecklenburg-Vorpommern**

Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, Teilinstitut Greifswald

**Niedersachsen**

Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation, Göttingen

Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, Göttingen
Max-Planck-Institut für Multidisziplinäre Naturwissenschaften, Göttingen
Max-Planck-Institut für Sonnensystemforschung, Göttingen

Nordrhein-Westfalen
Max-Planck-Institut für Biologie des Alterns, Köln
Max-Planck-Institut für chemische Energiekonversion, Mülheim/Ruhr
Max-Planck-Institut für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre, Bochum
Max-Planck-Institut für Eisenforschung GmbH, Düsseldorf
Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim/Ruhr (rechtsfähige Stiftung)
Max-Planck-Institut für Mathematik, Bonn
Max-Planck-Institut für molekulare Biomedizin, Münster
Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie, Dortmund
Max-Planck-Institut für Neurobiologie des Verhaltens – caesar, Bonn
Max-Planck-Institut für Pflanzenzüchtungsforschung, Köln
Max-Planck-Institut für Radioastronomie, Bonn
Max-Planck-Institut für Stoffwechselforschung, Köln

Rheinland-Pfalz
Max-Planck-Institut für Chemie (Otto-Hahn-Institut), Mainz
Max-Planck-Institut für Polymerforschung, Mainz
Max-Planck-Institut für Softwaresysteme, Kaiserslautern
Saarland
Max-Planck-Institut für Informatik, Saarbrücken
Max-Planck-Institut für Softwaresysteme, Saarbrücken

Sachsen
Max-Planck-Institut für Chemische Physik fester Stoffe, Dresden
Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie, Leipzig
Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften, Leipzig
Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften, Leipzig
Max-Planck-Institut für molekulare Zellbiologie und Genetik, Dresden
Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme, Dresden

Sachsen-Anhalt
Max-Planck-Institut für Dynamik komplexer technischer Systeme, Magdeburg
Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle
Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik, Halle

Schleswig-Holstein
Max-Planck-Institut für Evolutionsbiologie, Plön

Thüringen
Max-Planck-Institut für Biogeochemie, Jena
Max-Planck-Institut für chemische Ökologie, Jena
Max-Planck-Institut für Menschheitsgeschichte, Jena
Max-Planck-Institute im Ausland

Bibliotheca Hertziana – Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte, Rom/Italien
Kunsthistorisches Institut in Florenz – Max-Planck-Institut, Florenz/Italien
Max-Planck-Institut für Psycholinguistik, Nimwegen/Niederlande
Ausführungsvereinbarung
zum GWK-Abkommen
über die gemeinsame Förderung
des von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. koordinierten Programms

– Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm (AV-AK) –

geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vom 2. Juli 2021, BAnz. AT 03. Dezember 2021 B4

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) beschließt auf Grund des Artikels 3 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) zu § 1 Absatz 1 Nummer 10 der Anlage zu diesem Abkommen folgende Ausführungsvereinbarung:

§ 1
Gegenstand der gemeinsamen Förderung

Bund und Länder finanzieren gemeinsam ein Programm zur Förderung von Forschungsvorhaben, die von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse sind und in Trägerschaft einer wissenschaftlichen Akademie durchgeführt werden (Akademienprogramm).

§ 2
Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung

In das Akademienprogramm können geisteswissenschaftliche Vorhaben* aufgenommen werden,

a) die nicht zweckmäßiger von einer Hochschule, einer anderen Forschungseinrichtung oder in einer anderen Organisationsform durchgeführt werden können und

b) die von der wissenschaftlichen Kommission der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. (im Folgenden: Union) aufgrund einer

offenen Ausschreibung zur Aufnahme in das Programm empfohlen und vom Präsidium der Union vorgeschlagen werden,

c) die in Trägerschaft einer Mitgliedsakademie der Union oder der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina durchgeführt werden,

d) deren voraussichtliche Bearbeitungsdauer in der Regel mindestens zwölf und höchstens 25 Jahre beträgt,

e) deren Zuwendungsbedarf jährlich mindestens 120 000 Euro beträgt,

f) deren Aufnahme in das Programm das den Länderanteil aufbringende Land (§ 4 Absatz 1) zugestimmmt hat.

§ 3
Zuwendungsfähige Ausgaben

Die finanzielle Förderung des Programms wird zur Deckung folgender zuwendungsfähiger Ausgaben geleistet:

a) Aufwand für die zur Durchführung der Vorhaben des Akademienprogramms unmittelbar erforderlichen Personal- und Sachmittel.

b) Verwaltungskosten der Union für die Durchführung des Programms; als Verwaltungskosten der Union sind jährlich bis zu 1,3 v. H. der Gesamtzuwendung zum Programm vorzusehen.

§ 4
Finanzierungsschlüssel, Zuwendungen

(1) Die zuwendungsfähigen Ausgaben des Akademienprogramms werden von Bund und Ländern im Verhältnis 50 zu 50 aufgebracht; jedes einzelne Land trägt dabei nur den Anteil an den zuwendungsfähigen Ausgaben für die im jeweiligen Land durchgeführten Vorhaben sowie die anteiligen Verwaltungskosten.


(4) Der Bund und die an der Finanzierung beteiligten Länder stellen den für das gemeinsam geförderte Programm erforderlichen Finanzbedarf durch Zuwendungen im Sinne der einschlägigen Vorschriften der BHO bzw. jeweiligen LHO an die Union zur Verfügung.

§ 5
Durchführung des Programms

(1) Das Akademienprogramm wird von der Union durchgeführt. Die Union trifft die die Durchführung des Akademienprogramms betreffenden Entscheidungen in ihrem Präsidium, in dem Bund und Länder durch bis zu drei vom Ausschuss benannte Personen als Gäste vertreten sind. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Vorhaben des Akademienprogramms liegt bei der durchführenden Akademie.


(3) Die Union berichtet jährlich anlässlich der Beratungen über die gemeinsame Zuwendung (§ 4 Absatz 3) über die Durchführung des Programms. In regelmäßigen Abständen nimmt der Wissenschaftsrat zu den Berichten der Union Stellung.
§ 6

Laufzeit, Inkrafttreten


(2) Bei Außerkrafttreten des GWK-Abkommens tritt auch diese Vereinbarung außer Kraft.

Ausführungsvereinbarung
zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung
der Mitgliedseinrichtungen der
Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.
– Ausführungsvereinbarung WGL (AV-WGL) –
zuletzt geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) beschließt auf Grund des
Artikels 3 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern
über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) zu § 1 Absatz 1 Nummer 5 der Anlage zu diesem Abkommen
folgende Ausführungsvereinbarung:

§ 1
Gegenstand und Voraussetzung der gemeinsamen Förderung

(1) Die gemeinsame Förderung durch Bund und Länder erstreckt sich auf
selbständige Einrichtungen der Forschung und der wissenschaftlichen Infra-
struktur von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschafts-
politischem Interesse. Ein gesamtstaatliches wissenschaftspolitisches
Interesse verlangt unter anderem, dass die Höhe des von der öffentlichen Hand
dazu deckenden Zuwendungsbedarfs der Einrichtung ein Zusammenwirken von
Bund und Ländern bei der Förderung der Einrichtung rechtfertigt.1

(2) Die Einrichtungen, auf die sich die gemeinsame Förderung erstreckt, sind
in der anliegenden Liste aufgeführt. Die Liste wird fortgeschrieben. Sofern eine
Einrichtung Institute in mehreren Ländern hat oder wenn sich mehrere Länder
an der Aufbringung des in § 5 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Teils des Zu-
wendungsbetrages beteiligen, werden in der Liste das Sitzland der Einrichtung
und die Sitzländer der weiteren Standorte angegeben.

(3) Beabsichtigt der Bund oder ein Land, eine unabhängige wissenschaftliche
Evaluation mit dem Ziel zu veranlassen, das Vorliegen der Voraussetzungen

1 Der Ausschuss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz hat am 16. September
2008 festgestellt, dass ein Zusammenwirken dann gerechtfertigt sein kann, wenn der
Zuwendungsbedarf bei der Neuaufnahme in der Regel 5 Millionen Euro (Einrichtungen
ingenieur-, natur-, biowissenschaftlicher oder medizinischer Fachrichtungen) bzw.
1,5 Millionen Euro (Einrichtungen geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher
Fachrichtungen) überschreitet. In begründeten Fällen kann ein Abweichen von diesen
Beträgen gerechtfertigt sein. Die Beträge werden erforderlichenfalls auf ihre Ange-
messenheit hin überprüft.
für die gemeinsame Förderung nach dieser Ausführungsvereinbarung zu prüfen, gibt er/es dem Ausschuss der GWK (Ausschuss) Gelegenheit zur vorherigen Stellungnahme. Der Ausschuss berichtet über sein Votum an die GWK. Stellt der Ausschuss auf der Grundlage der Evaluation und nach Anhörung der Leibniz-Gemeinschaft e.V. fest, dass diese Einrichtung die Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung (Absatz 1) nicht nur vorübergehend erfüllt, kann er der GWK die Aufnahme in die gemeinsame Förderung nach dieser Ausführungsvereinbarung vorschlagen.


§ 2
Ziele der gemeinsamen Förderung

Die GWK strebt an,

– bei der Neuaufnahme von Einrichtungen in die gemeinsame Förderung neben wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten auch eine ausgewogene regionale Verteilung zu berücksichtigen,
– die Zusammenarbeit der geförderten Einrichtungen und die Abstimmung ihrer Vorhaben untereinander zu verbessern,
– den wissenschaftlichen Wettbewerb zu fördern, soweit er der Fortentwicklung der Wissenschaft dient.

§ 3
Zuwendungen


(2) Sofern der Bund oder einzelne Länder einer gemeinsam geförderten Einrichtung auf Grund einer Vereinbarung mit ihr Leistungen zur Abgeltung der Kosten von Einzelaufträgen gewähren, ist dazu nicht die Zustimmung nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 der Anlage zum GWK-Abkommen erforderlich.
(3) Die gemeinsame Förderung erfolgt auf der Grundlage eines jährlichen Haushalts- oder Wirtschaftsplans in Form eines Programmbudgets.


(5) Bund und Länder werden die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den festgestellten Zuwendungsbedarf bei der Aufstellung der Haushalte zu berücksichtigen.


§ 4

Vertretung des Bundes und der Länder

(1) Bei der Durchführung dieser Vereinbarung vertritt das Sitzland den Bund und die übrigen Länder gegenüber der geförderten Einrichtung, soweit nichts anderes vereinbart ist.

(2) Die GWK geht davon aus, dass in den Aufsichtsgremien der geförderten Einrichtungen das Sitzland vertreten ist und dem Bund das Recht eingeräumt wird, in diesen Aufsichtsgremien vertreten zu sein. Wenn der Bund dieses Recht wahrnimmt, so steht ihm die gleiche Anzahl von Vertretern oder Stimmen wie dem Sitzland zu. In begründeten Fällen, insbesondere bei Einrichtungen, die in erheblichem Umfang wissenschaftliche Infrastrukturaufgaben wahrnehmen, kann der Ausschuss die Entsendung weiterer Vertreter des Bundes und/oder der Länder in Aufsichtsgremien der geförderten Einrichtungen empfehlen. Der Bund und das Sitzland werden darauf hinwirken, dass
Beschlüsse in den Aufsichtsgremien der Einrichtungen zu Fragen von forschungs- und wissenschaftspolitischer Bedeutung, mit erheblichen finanziellen Auswirkungen oder in Bezug auf das Leitungspersonal der Einrichtungen nicht gegen die Stimme des Landes- oder des Bundesvertreters gefasst werden können.

§ 5

Länderanteil

Der auf die Länder entfallende Teil des Zuwendungs betrages abzüglich des auf die Länder entfallenden Teils des Zuwendungs betrages für Bauinvestitionen wird


2. in Höhe von 75 vom Hundert, bei Einrichtungen, die in erheblichem Um fange wissenschaftliche Infrastrukturaufgaben wahrnehmen, in Höhe von 25 vom Hundert von dem jeweiligen Sitzland aufgebracht.

Der auf die Länder entfallende Teil des Zuwendungs betrages für Bauinvestitionen wird vom Sitzland aufgebracht. In Fällen von Bauinvestitionen durch Dritte oder in Partnerschaft mit Dritten entscheidet der Ausschuss.

2 Königsteiner Schlüssel; wird jährlich vom Büro der GWK fortgeschrieben.
§ 6

Ende der gemeinsamen Förderung

(1) Kommt die GWK bei der Prüfung nach § 1 Absatz 4 zu einem negativen Ergebnis, so entscheidet sie über das Ausscheiden der Einrichtung aus der gemeinsamen Förderung. Die Entscheidung erfolgt gemäß Artikel 4 des GWK-Abkommens. Die gemeinsame Förderung endet mit dem Ablauf des Haushaltsjahres, in dem die Entscheidung getroffen wird, und geht in die Abwicklungsfinanzierung gemäß Absatz 4 über.


(3) entfallen.

(4) Wird die gemeinsame Förderung einer Einrichtung gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 eingestellt, wird die Abwicklung dieser Einrichtung in einem Zeitraum von bis zu drei Jahren gemeinsam finanziert; diese Abwicklungsfinanzierung ist eine gemeinsame Förderung gemäß § 1 Absatz 1 der Anlage zum GWK-Abkommen. Die Höhe der gemeinsamen Abwicklungsfinanzierung beträgt im ersten und im zweiten Haushaltsjahr nach dem Ende der gemeinsamen Förderung jeweils 100 vom Hundert der Bezugsgröße; im dritten Jahr beträgt die Höhe 100 vom Hundert der Bezugsgröße, sofern der Ausschuss im Einzelfall nichts anderes beschließt. Der Ausschuss berücksichtigt bei seinem Beschluss maßgeblich die durch das Land darzulegenden voraussichtlichen tatsächlichen Ausgaben. Bezugsgröße ist der auf den Kernhaushalt der Einrichtung entfallende Anteil an dem nach § 3 Absatz 1 für das Haushaltsjahr, mit dessen Ablauf die gemeinsame Förderung beendet wird, festgestellten Zuwendungsbetrag. Über die gemeinsame Abwicklungsfinanzierung hinausgehende Zahlungsverpflichtungen sind nicht Gegenstand der gemeinsamen Finanzierung.

(5) Im Fall der vollständigen oder teilweisen Auflösung der Einrichtung findet eine Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern über erzielbare Erlöse


Protokollerklärung zu Absatz 4, Satz 2 und 3:

Eine durch Beschluss des Ausschusses gemäß Satz 2 und 3 festgestellte Abwicklungsfinanzierung deckt alle künftig anfallenden Finanzierungslasten – darunter beispielsweise auch noch nicht rechtskräftig gewordene Zahlungsverpflichtungen gegenüber der VBL – ab; die Entscheidung des Ausschusses ist abschließend.

§ 7
Geltungsbereich

Die Bestimmungen dieser Ausführungsvereinbarung finden auf die gemeinsame Förderung von Einrichtungen nach § 1 Absatz 1 Nummer 9 der Anlage zum GWK-Abkommen entsprechend Anwendung.

§ 8
Laufzeit, Inkrafttreten


(2) Bei Außerkrafttreten des GWK-Abkommens tritt auch diese Vereinbarung außer Kraft.

Anlage
zur Ausführungsvereinbarung WGL
(Liste gemäß § 1 Abs. 2)
(Stand: 1. Januar 2022)

Finanzierungsschlüssel Bund: Länder im allgemeinen 50 zu 50; abweichende Schlüssel in Klammern
* Einrichtung, die in erheblichem Umfange wissenschaftliche Infrastrukturaufgaben wahrnimmt
** die gemeinsame Förderung nach dieser Ausführungsvereinbarung beschränkt sich auf die Wahrnehmung von Aufgaben der Wissenschaft und Forschung

Baden-Württemberg

FIZ KA     FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur GmbH, Eggenstein-Leopoldshafen (75 zu 25)*
GESIS      GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e. V., Mannheim (80 zu 20)*
            Standorte in Mannheim (Baden-Württemberg), Köln (Nordrhein-Westfalen)
IDS        Leibniz-Institut für Deutsche Sprache, Mannheim
KIS        Leibniz-Institut für Sonnenphysik (KIS), Freiburg
IWM        Leibniz-Institut für Wissensmedien, Tübingen
MFO        Mathematisches Forschungsinstitut Oberwolfach gGmbH, Oberwolfach*
ZEW        ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, Mannheim

Bayern

DM         Deutsches Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik, München**
GNM        Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg**
Ifo        ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., München
IfZ        Institut für Zeitgeschichte, München
LlfBi      Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e. V., Bamberg*
LIT Leibniz-Institut für Immuntherapie, Regensburg
Leibniz-LSB@TUM Leibniz-Institut für Lebensmittel-Systembiologie an der Technischen Universität München, München
IOS Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS), Regensburg

Berlin

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin (Institut für Konjunkturforschung), Berlin* (teilweise) Bund/Länder-Finanzierungsschlüssel für die Abteilung "Sozioökonomisches Panel": 2/3 zu 1/3
DRFZ Deutsches Rheuma-Forschungszentrum Berlin, Berlin
FBH Ferdinand-Braun-Institut gGmbH, Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik, Berlin
FMP Leibniz-Forschungsinstitut für Molekulare Pharmakologie (FMP), Berlin
IGB Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB), Berlin
IKZ Leibniz-Institut für Kristallzüchtung (IKZ), Berlin*
IZW Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW), Berlin
ZAS Leibniz-Zentrum Allgemeine Sprachwissenschaft (ZAS), Berlin
ZfL Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL), Berlin
ZMO Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO), Berlin
MBI Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie (MBI), Berlin
MfN Museum für Naturkunde – Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin**
PDI Paul-Drude-Institut für Festkörperphysik, Leibniz-Institut im Forschungsverbund Berlin e. V. (PDI), Berlin
<table>
<thead>
<tr>
<th>Institution</th>
<th>Description</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>WIAS</td>
<td>Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik, Leibniz-Institut im Forschungsverbund Berlin e. V. (WIAS), Berlin</td>
</tr>
<tr>
<td>WZB</td>
<td>Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH, Berlin (75 zu 25)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

### Brandenburg

<table>
<thead>
<tr>
<th>Institution</th>
<th>Description</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>DlfE</td>
<td>Deutsches Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke, Bergholz-Rehbrücke</td>
</tr>
<tr>
<td>IHP</td>
<td>IHP GmbH – Innovations for High Performance Microelectronics/Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik, Frankfurt (Oder)</td>
</tr>
<tr>
<td>ATB</td>
<td>Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie e. V. (ATB), Potsdam</td>
</tr>
<tr>
<td>AIP</td>
<td>Leibniz-Institut für Astrophysik Potsdam (AIP), Potsdam</td>
</tr>
<tr>
<td>IGZ</td>
<td>Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) e. V., Großbeeren</td>
</tr>
<tr>
<td>IRS</td>
<td>Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) e. V., Erkner</td>
</tr>
<tr>
<td>ZALF</td>
<td>Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V., Müncheberg</td>
</tr>
<tr>
<td>ZZF</td>
<td>Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) e. V., Potsdam</td>
</tr>
<tr>
<td>PIK</td>
<td>Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung e. V., Potsdam</td>
</tr>
</tbody>
</table>

### Bremen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Institution</th>
<th>Description</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>DSM</td>
<td>Deutsches Schiffahrtsmuseum/Leibniz-Institut für Maritime Geschichte, Bremerhaven**</td>
</tr>
<tr>
<td>BIPS</td>
<td>Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie – BIPS GmbH, Bremen</td>
</tr>
<tr>
<td>IWT</td>
<td>Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien – IWT, Bremen</td>
</tr>
<tr>
<td>ZMT</td>
<td>Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung (ZMT) GmbH, Bremen</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Hamburg

BNITM  Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin, Hamburg

GIGA  GIGA German Institute for Global and Area Studies, Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Hamburg

HPI  Heinrich-Pette-Institut, Leibniz-Institut für Experimentelle Virologie, Hamburg

HBI  Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI), Hamburg

Hessen

DIPF  DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Frankfurt (Main)*

* Standorte in Frankfurt/Main (Hessen), Berlin

HI  Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Marburg*

LIF-SAFE  Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE, Frankfurt/Main

HSFK  Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/Main

SGN  Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, Frankfurt (Main)* (teilweise)

* Die gemeinsame Förderung beschränkt sich auf die Instituts- und Museumsstandorte in Frankfurt/Main (Hessen); Tübingen (Baden-Württemberg); Müncheberg (Brandenburg); Hamburg; Wilhelmshaven (Niedersachsen); Dresden, Görlitz (Sachsen); Jena (Thüringen)

Mecklenburg-Vorpommern

IAP  Leibniz-Institut für Atmosphärenphysik an der Universität Rostock, Kühlungsborn

LIKAT  Leibniz-Institut für Katalyse e. V., Rostock

IOW  Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW), Warnemünde
INP  Leibniz-Institut für Plasmaforschung und Technologie e. V., Greifswald

Niedersachsen

ARL  Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover (30 zu 70)*

DPZ  Deutsches Primatenzentrum GmbH – Leibniz-Institut für Primatenforschung, Göttingen*

DSMZ  Leibniz-Institut DSMZ – Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH, Braunschweig*

GEI  Leibniz-Institut für Bildungsmedien | Georg-Eckert-Institut, Braunschweig*

TIB  Technische Informationsbibliothek (TIB), Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften, Hannover (30 zu 70)*

Nordrhein-Westfalen

DBM  Deutsches Bergbau-Museum Bochum – Leibniz-Forschungsmuseum für Georessourcen, Bochum**

DDZ  Deutsches Diabetes-Zentrum (DDZ), Leibniz-Zentrum für Diabetes-Forschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf

DIE  Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V., Bonn*

DWI  DWI – Leibniz-Institut für Interaktive Materialien e. V., Aachen

IUF  IUF – Leibniz-Institut für umweltmedizinische Forschung GmbH, Düsseldorf

ISAS  Leibniz-Institut für Analytische Wissenschaften – ISAS – e. V., Dortmund

   Standorte in Dortmund (Nordrhein-Westfalen), Berlin

IfADo  Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund, Dortmund

RWI  RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e. V., Essen
ZFMK  
Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig  
– Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere, Bonn**  
Standorte in Bonn (Nordrhein-Westfalen), Hamburg

Rheinland-Pfalz

IEG  
Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Mainz

ZPID  
Leibniz-Institut für Psychologie, Trier*

LIR  
Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR) gGmbH, Mainz

IVW  
Leibniz-Institut für Verbundwerkstoffe GmbH, Kaiserslautern

RGZM  
Römisch-Germanisches Zentralmuseum – Leibniz-Forschungsinstitut für Archäologie –, Mainz**

Saarland

INM  
Leibniz-Institut für Neue Materialien gGmbH, Saarbrücken

LZI  
Schloss Dagstuhl – Leibniz Zentrum für Informatik GmbH, Wadern*

Beteiligung Rheinland-Pfalz an der Sitzlandfinanzierung

Sachsen

GWZO  
Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) e. V., Leipzig

IFW  
Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden e. V. (IFW Dresden e. V.), Dresden

DI  
Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow (DI) e. V., Leipzig

IfL  
Leibniz-Institut für Länderkunde e. V., Leipzig

IOM  
Leibniz-Institut für Oberflächenmodifizierung e. V., Leipzig

IÖR  
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V., Dresden

IPF  
Leibniz-Institut für Polymerforschung Dresden e. V., Dresden

TROPOS  
Leibniz-Institut für Troposphärenforschung e. V., Leipzig
Sachsen-Anhalt

IAMO Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO), Halle (Saale)
LIN Leibniz-Institut für Neurobiologie (LIN), Magdeburg
IPB Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie (IPB), Halle (Saale)
IPK Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK), Gatersleben
IWH Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle e. V., IWH, Halle (Saale)

Schleswig-Holstein

FZB Forschungszentrum Borstel, Leibniz Lungenzentrum, Borstel
IfW Institut für Weltwirtschaft, Kiel
IPN Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik, Kiel
**Standorte in Kiel (Schleswig-Holstein), Berlin**
ZBW ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, Kiel*
**Standorte in Kiel (Schleswig-Holstein), Hamburg**

Thüringen

FLI Leibniz-Institut für Alternsforschung – Fritz-Lipmann-Institut e. V. (FLI), Jena
HKI Leibniz-Institut für Naturstoff-Forschung und Infektionsbiologie e. V. – Hans-Knöll-Institut –, Jena
IPHT Leibniz-Institut für Photonische Technologien e. V., Jena
Pakt für Forschung und Innovation


I. Forschungspolitische Ziele

Die forschungspolitischen Ziele des Paktes bilden die Leitplanken für das strategische Handeln der Wissenschaftsorganisationen. In Zielvereinbarungen verpflichten sich die Organisationen auf die forschungspolitischen Ziele und entwickeln organisationsspezifische Maßnahmen zu deren Umsetzung.

1. Dynamische Entwicklung fördern

Um relevante Erkenntnisse zu erzielen, identifizieren und erschließen die Wissenschaftsorganisationen frühzeitig, auch zusammen mit den Hochschulen, neue Fragestellungen. Interne strategische Prozesse und organisationsübergreifende Abstimmung, Vernetzung und Vermittlung sind dazu essentiell. Um die Chancen der Digitalisierung der Wissenschaft zu nutzen, ermöglichen die Organisationen verstärkt den Zugang und die Nutzung digitaler Informationen, insbesondere durch den Ausbau von open access und open data.

2. **Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft stärken**


3. **Vernetzung vertiefen**

Die Organisationen werden sich untereinander sowie mit Hochschulen und Unternehmen intensiver vernetzen. Aufbauend auf den bisherigen, erfolgreichen Maßnahmen wie gemeinsamen Berufungen, Kooperationsverträgen, kooperativen Forschungsprojekten, gemeinsamen Infrastrukturplattformen und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses werden die Wissenschaftsorganisationen gemeinsam mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen

4. **Die besten Köpfe gewinnen und halten**


5. **Infrastrukturen für die Forschung stärken**

II. Rahmenbedingungen


Bund und Länder verfolgen die Absicht, die Einrichtung eines Strategieentwicklungsraums weiter in der GWK zu beraten, um gemeinsam ggf. Vorhaben mehrerer Organisationen zur Verbesserung der internationalen Sichtbarkeit und zur Umsetzung strategischer Ziele zu unterstützen.


III. Zielvereinbarungen

Zusammenfassung Deutsche Forschungsgemeinschaft


Zusammenfassung Fraunhofer-Gesellschaft

Fraunhofer steht für anwendungsorientierte Forschung sowie den Transfer zum unmittelbaren Nutzen für die Wirtschaft und zum Vorteil für die Gesellschaft. Die spezifische Expertise im Transfer wird weiter vertieft; über zu intensivierende Kooperationen mit den anderen Wissenschaftsorganisationen profitieren auch diese davon. Enge Transferkooperationen bestehen mit Unternehmen, wobei Leistungszentren regionale Nuclei darstellen. Hierbei wird die bereits erfolgreiche Zusammenarbeit mit KMU weiter ausgeweitet und

1 Redaktionelle Anmerkung: Den Text des Pakts für Forschung und Innovation (IV) (PFI IV) - einschl. der vollständigen Zielvereinbarungen mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Fraunhofer-Gesellschaft (Fhg), der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) sowie der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) - finden Sie unter:
intensiviert. Auch will Fraunhofer noch erfolgreicher im Bereich der Ausgrün-
dungen werden. Mit Fachhochschulen und Universitäten wird die Kooperation
weiter intensiviert. Dies betrifft sowohl die Forschung als auch den Transfer.
Die gemeinsame Nachwuchsförderung stellt ein besonderes Augenmerk für
die Zukunft dar. Die Erhöhung der Frauenanteile auf allen Karrierestufen, v. a.
aber in Führungspositionen bleibt weiterhin vordringliche Aufgabe Fraunhofers.
Neue Lösungen und Geschäftsmodelle auf Basis digitaler Technologien
werden nicht nur für Wirtschaft und Gesellschaft erforscht, sondern auch
intern konsequent angewandt.

Zusammenfassung Helmholtz-Gemeinschaft

Die Weiterentwicklung des Forschungsportfolios erfolgt auf Basis der Helm-
holtz-Zukunftsagenda, die im Kontext der Programmorientierten Förderung
umgesetzt wird. Ein Querschnittsthema von fundamentaler Bedeutung ist die
Erschließung des Potentials von Informationsverarbeitung und Informations-
technologien für alle Helmholtz-Forschungsbereiche und entlang der gesamten
Datenwertschöpfungskette, u.a. durch Technologieplattformen und Aus-
bildungsprogramme. Weitere Wissenstransfer-Initiativen, verstärkte Innovations-
- und Validierungsförderung, Entwicklungspartnerschaften mit Unterneh-
men und breit ausgerollte Formate der Entrepreneurship Education fördern eine
Kultur des Wissens- und Technologietransfers. Die Vernetzung im Wissen-
chaftssystem wird durch den Ausbau von international hoch wettbewerbs-
fähigen Standorten mit lokalen Partnern und die Zusammenarbeit in Nationalen
Forschungskonsortien auf ausgewählten Forschungsgebieten vertieft. Im inter-
nationalen Bereich werden strategische institutionelle Partnerschaften
geschlossen. Das Talentmanagement baut auf hochkarätige nationale und
internationale Rekrutierung sowie aktive Laufbahnentwicklung. Wichtige Ziele
im Bereich der Forschungsinfrastrukturen sind die Fortentwicklung der Strate-
gieprozesse insbesondere zu Photonen und Neutronen und der Verfahren rund
um Bau und Betrieb der Infrastrukturen mit allen Stakeholdern.

Zusammenfassung Leibniz-Gemeinschaft

Die Leibniz-Gemeinschaft steht für wissenschaftliche Einrichtungen, die fach-
lich und methodisch Spitzenstellungen einnehmen und aus ihrem Zusam-
menwirken ein Mehr an wissenschaftlicher Erkenntnis und Wirksamkeit zur
Lösung drängender Fragestellungen im Dialog mit Wirtschaft und Gesellschaft
generieren. Aufbauend auf der hohen Leistungsfähigkeit sowohl der
Leibniz-Einrichtungen als auch der Gemeinschaftsebene, die durch eine ange-
messene und verlässliche Finanzierung erhalten wird, stehen für eine nächste
Paktperiode die Themen Vernetzung, Transfer, Personal und Führungskultur
sowie übergreifend Wissenschaft im Digitalen Wandel im Vordergrund: Leibniz-
WissenschaftsCampi und Leibniz-Forschungsverbünde sollen als wesentliche

Zusammenfassung Max-Planck-Gesellschaft

Förderung von Hochschulen
Übergreifende Ziele und Gegenstand der gemeinsamen Förderung

§ 1
Ziele

Durch die Förderung von Investitionsvorhaben von besonderer wissenschaftlicher Qualität und überregionaler Bedeutung sollen die infrastrukturellen Voraussetzungen der deutschen Hochschulen und die Möglichkeiten des Hochleistungsrechnens für eine erfolgreiche Teilnahme am nationalen und internationalen Wettbewerb in der Forschung verbessert werden. Die Investitionsvorhaben können solche an staatlichen und nichtstaatlichen institutionell akkreditierten Hochschulen sein, beim Nationalen Hochleistungsrechnen (NHR) auch an Rechenzentren, die von Verbünden solcher Hochschulen getragen werden, bzw. an Rechenzentren, die dauerhaft originäre Aufgaben einer Hochschuleinrichtung wahrnehmen (NHR-Zentren).

§ 2
Gegenstand der gemeinsamen Förderung

(1) Die Vertragschließenden fördern gemeinsam, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften, nach Maßgabe von Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes an Hochschulen
1. die Realisierung von Forschungsbauten
2. die Beschaffung von Großgeräten
3. das Nationale Hochleistungsrechnen.
(2) Bei der Vorbereitung von Förderentscheidungen nach Absatz 1 Nr. 1 und bei der Vorbereitung von Förderentscheidungen und der Durchführung der Förderung nach Absatz 1 Nr. 2 wird die GWK vom Wissenschaftsrat (WR) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt. Der WR führt das vorbereitende Verfahren zu Absatz 1 Nr. 1, die DFG das vorbereitende Verfahren und die Durchführung zu Absatz 1 Nr. 2 durch. Beide Organisationen verpflichten sich, in den jeweiligen Gutachtergruppen die Expertise der jeweils anderen Organisation zu berücksichtigen.

(3) Bei der Vorbereitung von Förderentscheidungen nach Absatz 1 Nr. 3 wird die GWK von einem Strategieausschuss (§ 12 Absatz 1) gemäß dem Verfahren in § 13 unterstützt.

Forschungsbauten an Hochschulen

§ 3

Förderung von Forschungsbauten

(1) Forschungsbauten sind eine für die Forschung benötigte, abgrenzbare und zusammenhängende Infrastruktur (Neu-, Um- und Erweiterungsbauten mit Ersteinrichtung einschließlich Großgeräten). Gegenstand der Förderung sind Forschungsbauten mit Investitionskosten ab 5.000.000 Euro, die weit überwiegend der Forschung dienen und durch eine Forschungsprogrammatik bestimmt werden. Erfüllen Großgeräte die Voraussetzungen nach Satz 2, gelten sie als Forschungsbauten, wenn ihre Investitionskosten mindestens 7.500.000 Euro betragen.

(2) Die Förderung erfolgt thematisch offen und im Rahmen in der GWK vereinbarter programmatisch-struktureller Linien.

§ 4

Verfahren


(2) Für Großgeräte in Forschungsbauten ist mit der Antragstellung für den Bau ein Konzept vorzulegen, welches die DFG bewertet. Die DFG leitet das Bewertungsergebnis dem WR vor dessen Entscheidung über den Antrag zu.
(3) Der WR empfiehlt der GWK, welche Maßnahmen nach Absatz 1 realisiert werden sollen. Die Empfehlungen enthalten eine Darstellung und Bewertung aller beantragten Vorhaben einschließlich ihres finanziellen Umfangs sowie eine qualitative Reihung nach Maßgabe der Förderkriterien (§ 1 und § 3 Absatz 2).


(5) Der Förderbeschluss der GWK verfällt, sofern mit der Realisierung des Vorhabens nicht bis zum Ende des ersten Kalenderjahres nach Beschluss der GWK begonnen wird.

§ 5

Finanzierung


§ 6

Berichtspflichten und Nachweise


(2) Nach Ende des Förderzeitraums erbringen die Länder gegenüber dem fachlich zuständigen Bundesressort jeweils einen Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung der Mittel.
(3) Der WR führt innerhalb von sieben Jahren eine zweistufige Nachverfolgung zur Feststellung der zweckentsprechenden Nutzung der Forschungsbauten durch.

**Großgeräte an Hochschulen**

**§ 7**

**Förderung von Großgeräten**

(1) Großgerät ist die Summe der Geräteteile (Grundgerät) einschließlich Zubehör ohne Baukosten, die für einen vorgesehenen Betriebszustand eine Funktionseinheit bildet. Förderfähig sind auch vernetzte Infrastrukturplattformen.

(2) Gefördert werden kann die Beschaffung von Großgeräten, die weit überwiegend der Forschung dienen und die nicht im Rahmen eines nach § 3 Absatz 1 geförderten Forschungsbaus beantragt werden, sofern die Kosten mindestens 200.000 Euro und weniger als 7.500.000 Euro betragen. Für die Beschaffung an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften liegt der Mindestwert bei 100.000 Euro. Die Kosten können 7.500.000 Euro und mehr betragen, wenn ein Forschungsgroßgerät ohne spezifische Forschungsprogrammatik für verschiedene Anwendungen an der Hochschule genutzt werden soll.

**§ 8**

**Verfahren**

(1) Förderanträge können zu jeder Zeit nach Maßgabe der jeweiligen Landesregelungen bei der DFG eingereicht werden. Die Länder oder die Hochschulen bestätigen mit der Antragstellung die Mitfinanzierung gemäß § 10.

(2) Die DFG begutachtet die Anträge nach Maßgabe der Kriterien gemäß § 7 Absatz 2 und entscheidet über die Bewilligung von Fördermitteln. Sie stellt auf Anforderung die anteiligen Bundesmittel zweckgebunden zur Verfügung. Die Beschaffung erfolgt durch die Hochschulen.

**§ 9**

**Berichtspflichten und Nachweise**

Sechs Monate nach Inbetriebnahme des Gerätes legt die begünstigte Hochschule der DFG einen Nachweis vor. Die DFG berichtet der GWK auf Anforderung.
§ 10

Finanzierung


Nationales Hochleistungsrechnen an Hochschulen

§ 11

Förderung des Nationalen Hochleistungsrechnens

(1) Das Nationale Hochleistungsrechnen besteht aus einem koordinierten Verbund (NHR-Verbund) von in die Förderung aufgenommenen Hochleistungsrechenzentren der Ebene 2 (NHR-Zentren).

(2) Mit der Errichtung und dem Betrieb eines Verbunds von NHR-Zentren soll deren überregional bedeutsamer, nachhaltiger und ressourceneffizienter Einsatz im Dienst der Wissenschaft gefördert werden.

Zentrale Ziele der Förderung sind

1. die flächendeckende und bedarfsgerechte Bereitstellung von Hochleistungsrechenkapazitäten für wissenschaftliche Forschung an Hochschulen,

2. die Förderung der standortübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit und von Kooperationen in einer gemeinsamen Koordinationsstruktur, die für eine deutschlandweite Nutzung geöffnet ist,

3. die Stärkung der Methodenkompetenz der Nutzerinnen und Nutzer, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie die Aus- und Weiterbildung im Wissenschaftlichen Rechnen,

4. die Förderung und Weiterentwicklung des Wissenschaftlichen Rechnens.

§ 12

Struktur des NHR

(1) Die GWK setzt einen Strategieausschuss als unabhängiges, selbständiges Gremium ein. Ihm gehören an:
acht von der DFG und dem WR vorgeschlagene wissenschaftliche Mitglieder, die jeweils zwei Stimmen führen,
der Bund, der acht Stimmen führt, sowie
acht Mitglieder von Länderseite, die jeweils eine Stimme führen. Mindestens fünf der Mitglieder von Länderseite vertreten Sitzländer/Trägerländer von NHR-Zentren. Es wird eine Rotation vorgesehen.

Die GWK beruft die wissenschaftlichen Mitglieder und beschließt die Mitgliedschaft der staatlichen Mitglieder. Den Vorsitz führt ein wissenschaftliches Mitglied. Der Strategieausschuss stellt Regelungen zum Umgang mit Befangenheiten auf.

Der Strategieausschuss gibt gegenüber der GWK Empfehlungen ab zu
1. der mittelfristigen Planung von Strukturen, Verfahren und Finanzierung des Nationalen Hochleistungsrechnens,
2. einem Ausschreibungskonzept einschließlich der Kriterien für die Antragstellung und Auswahl der NHR-Zentren,
3. der Aufnahme von Rechenzentren in die Förderung,
4. der Evaluierung der NHR-Zentren (§ 18 Absatz 2),
5. der Weiterförderung von NHR-Zentren,
6. der Weiterentwicklung des Nationalen Hochleistungsrechnens und der Auswahl künftiger NHR-Zentren,
7. den Kriterien für das Antrags- und Auswahlverfahren hinsichtlich der Anträge auf Nutzung der NHR-Zentren,
8. dem Gesamtwirtschaftsplan des NHR-Verbunds.

Die Entscheidungen trifft die GWK. Der Strategieausschuss wird durch die Geschäftsstelle des NHR-Verbunds (Absatz 2) administrativ unterstützt.

(2) Bund und Länder werden darauf hinwirken, dass die rechtlichen Träger der in die Förderung nach dieser Ausführungsvereinbarung aufgenommenen NHR-Zentren einen Verbund in der Rechtsform eines rechtlich selbständigen Vereins bilden, der sich eine Satzung nach Maßgabe der von der GWK hierzu beschlossenen Grundsätze gibt (NHR-Verbund). Der NHR-Verbund soll insbesondere einen Betreiberausschuss zur Koordinierung der NHR-Zentren sowie einen Nutzungsausschuss zur Sicherstellung eines fairen, wissenschaftsgeleiteten und nationalen Vergabeverfahrens für Rechenzeiten einrichten.

(3) Der NHR-Verbund koordiniert die NHR-Zentren nach Maßgabe der Entscheidungen der GWK gemäß Absatz 1. Dazu gehört die Koordinierung von
Zeitpunkt und Kosten von Großrechnerinvestitionen und anderen Beschaffungen, der technischen und operativen Weiterentwicklung der Zentren (Kompetenzfelder), der wissenschaftlichen Fachberatung sowie der Weiterbildung des Personals der Zentren.

(4) In der Gründungsphase gilt das folgende Verfahren: Der Strategieausschuss bereitet die Gründung des NHR vor. Hierzu gibt er gegenüber der GWK Empfehlungen zu einem Ausschreibungskonzept einschließlich der Kriterien für die Auswahl der NHR-Zentren und zur Aufnahme von Rechenzentren in die Förderung ab. Er bittet die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) auf Grundlage des von der GWK beschlossenen Ausschreibungskonzepts, die Ausschreibung und Begutachtung der Anträge durchzuführen und ihm Empfehlungen zur Aufnahme von Rechenzentren in die Förderung vorzulegen. In der Gründungsphase wird der Strategieausschuss durch eine vorläufige Geschäftsstelle administrativ unterstützt; Einzelheiten beschließt die GWK. Im Übrigen gelten Absatz 1 und § 13 Absatz 3 entsprechend.

§ 13
Verfahren zur Aufnahme von Rechenzentren in die Förderung

(1) Die Aufnahme von Rechenzentren in die Förderung erfolgt im Rahmen eines wettbewerblichen und wissenschaftsgeleiteten Auswahlverfahrens.

(2) Der NHR-Verbund bittet die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) auf Grundlage des von der GWK beschlossenen Ausschreibungskonzepts, die Ausschreibung und Begutachtung der Anträge durchzuführen und dem Strategieausschuss Empfehlungen zur Aufnahme von Rechenzentren in die Förderung vorzulegen. Die Antragstellung auf Aufnahme in die Förderung erfolgt über das Sitzland der Hochschule bzw. die Trägerländer eines Hochschulverbunds.

(3) Die Empfehlungen des Strategieausschusses gemäß § 12 Absatz 1 Nr. 3 und 5 enthalten eine Darstellung und Gesamtbewertung aller Anträge einer Ausschreibungsrunde einschließlich ihres finanziellen Umfangs sowie einer qualitativen Reihung.

(4) Die Entscheidung über die Aufnahme von Rechenzentren in das Nationale Hochleistungsrechnen und über Weiterförderungen trifft die GWK.

§ 14

Verfahren zur Durchführung von Rechenvorhaben


(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 2 steht die Nutzungskapazität der einzelnen NHR-Zentren bis fünf Jahre nach Konstituierung des NHR zu 50 vom Hundert für Nutzungsberechtigte aus dem Sitzland bzw. den Trägerländern des jeweiligen NHR-Zentrums zur Verfügung; ab dem sechsten Haushaltsjahr der Förderung erhalten Nutzungsberechtigte aus dem Sitzland bzw. den Trägerländern des jeweiligen NHR-Zentrums zunächst ein Erstzugriffsrecht bis zur Höhe von 25 vom Hundert der Rechenkapazität, das ausschließlich bei einer Überbuchung der Rechenkapazität des jeweiligen NHR-Zentrums zum Tragen kommt; Absatz 1 Satz 1 bleibt unberührt.

(3) Der NHR-Verbund gestaltet das wissenschaftsgeleite nationale Verfahren zur Auswahl der Anträge auf Durchführung von Rechenvorhaben im Rahmen der von der GWK vorgegebenen Kriterien unter Berücksichtigung der fachlichen, instrumentellen und zeitlichen Kapazitäten der einzelnen Zentren sowie der Durchführungswünsche der Antragstellenden und legt der GWK ein regelmäßiges Monitoring der Rechenzeitvergabe vor.

§ 15

Finanzierung


(2) Bund und Länder stellen zu Beginn der gemeinsamen Förderung bis zu 62,5 Mio. Euro je zur Hälfte pro Jahr zur Verfügung. Die Aufbringung des Länderanteils und die finanzielle Abwicklung der Förderung werden in den FGH-Verfahrensgrundsätzen zu dieser Vereinbarung geregelt. Über die Bewirtschaftung der in Satz 1 enthaltenen Mittel des NHR-Verbunds (Verein) und der Gemeinkosten treffen Bund und NHR-Verbund (Verein) eine Vereinbarung, die der Zustimmung der GWK bedarf. Sofern sich aufgrund der wissenschaftlichen Bedarfe oder der Kostenentwicklung ein Anpassungsbedarf abzeichnet, spätestens jedoch nach fünf Jahren, berät die GWK erneut.

(4) Bund und Länder werden die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den festgestellten Zuwendungsbedarf bei der Aufstellung der Haushalte von Bund und Ländern zu berücksichtigen.

§ 16
Mittelverwendung


(2) Die Verwendung der Mittel des NHR-Verbunds ist dem Bund nachzuweisen.

(3) Die Zuwendungsgeber sowie der Bundesrechnungshof und die Landesrechnungshöfe sind berechtigt, bei den Zuweisungs- und Zuwendungsempfängern zu prüfen.

Übergreifende Bestimmungen

§ 17
Erstattungen von Bundesmitteln


(2) Nach Feststellung des Verfalls eines Förderbeschlusses über einen Forschungsbau gemäß § 4 Absatz 5 erstattet das jeweilige Land die ausgezahlten Bundesmittel an den Bund.

(3) Wird ein gemäß § 3 gefördeter Forschungsbau nicht zweckentsprechend genutzt, erstattet das jeweilige Land dem Bund die ausgezahlten Bundesmittel, es sei denn, die GWK billigt eine andere Nutzung des Forschungsbau.
(4) Der DFG obliegen die Verfahren gemäß Absatz 1 und Absatz 3 für die Förderung von Großgeräten gemäß § 7 entsprechend.

(5) Bund und Länder unterrichten einander über wesentliche Beanstandungen durch einen Landes- oder den Bundesrechnungshof.

§ 18
Evaluationen

(1) Die Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsbauten und Großgeräte wird im Jahr der Systemevaluierung des Nationalen Hochleistungsrechnens (Absatz 3) evaluiert.

(2) Der Strategieausschuss des NHR (§ 12 Absatz 1) evaluiert jedes NHR-Zentrum innerhalb dessen zehnjährigen Förderzeitraums nach jeweils vier und acht Jahren. An der Durchführung dieser Evaluierungen kann er externe wissenschaftliche Sachverständige beteiligen. Er gibt gegenüber der GWK Empfehlungen zur weiteren Förderung ab.

(3) Spätestens im siebten Jahr der gemeinsamen Förderung des NHR nach dieser Vereinbarung nimmt der Wissenschaftsrat eine externe Systemevaluierung des Nationalen Hochleistungsrechnens vor, über deren Ausgestaltung die GWK spätestens im Vorjahr der Durchführung entscheidet.

§ 19
Aufteilung der Bundesmittel

Die Aufteilung der für die Förderung von Forschungsbauten gemäß § 5 Absatz 1 und Großgeräten gemäß § 10 insgesamt in einem Jahr zur Verfügung stehenden Bundesmittel kann bei Bedarf durch Beschluss der GWK geändert werden.

§ 20
Einzelheiten der Ausgestaltung

Zu den Einzelheiten der Ausgestaltung der Verfahren zur Förderung von Forschungsbauten an Hochschulen, von Großgeräten an Hochschulen sowie des Nationalen Hochleistungsrechnens beschließt die GWK Verfahrensgrundsätze.¹

§ 21
Laufzeit, Inkrafttreten


Präambel

Um eine qualitativ hochwertige und international wettbewerbsfähige Lehre an deutschen Hochschulen dauerhaft zu stärken, beschließen die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage von Artikel 91b Absatz 1 Grundgesetz, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften, nachfolgende Vereinbarung.


§1

Ziele und Instrumente der Förderung

(1) Die Förderung adressiert die deutsche Hochschullandschaft in der Breite und verfolgt langfristige staatliche und gesellschaftliche Bildungsziele. Sie setzt Anreize für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie für Hochschulleitungen, sich weiterhin verstärkt für Qualitätsverbesserungen in
Innovation in der Hochschullehre

Studium und Lehre einzusetzen. Die Förderung soll die Fähigkeit der Hochschullehre stärken, sich laufend und nachhaltig zu erneuern, um den jeweiligen Herausforderungen eines sich kontinuierlich wandelnden Umfeldes noch besser gerecht zu werden.

(2) Zur Erreichung der Ziele werden Projekte mit zukunftsweisendem Charakter gefördert, der Austausch und die Vernetzung relevanter Akteure unterstützt und der Wissenstransfer für einen breiten Anwenderkreis organisiert. Einzelheiten regelt eine Teilsatzung.

(3) Die Ausführung erfolgt durch eine Organisationseinheit unterstützt durch eine eigene Geschäftsstelle.

§ 2

Förderung von Projekten zur Erreichung der Ziele

(1) Die Förderung von Projekten erfolgt im Rahmen von Förderlinien, insbesondere

(a) zur strategisch-strukturellen Stärkung der Hochschulen in Studium und Lehre; dies umfasst auch die Verbesserung der Studienbedingungen und konzeptionell-strukturelle Weiterentwicklungen in Studium und Lehre;

(b) zu aktuellen, themenbezogenen Herausforderungen in Studium und Lehre;

(c) zur themenoffenen Erprobung von neuen Ideen bzw. dem Transfer erprobter Ansätze auf andere Fächer und Hochschulen.

Der Schwerpunkt der Förderung liegt bei a) und b). Die Projektförderung kann Personal- und Sachmittel sowie ggf. projektbezogene Investitionen nicht baulicher Art umfassen.

(2) Die Förderlinien ermöglichen insbesondere

a) Projekte zur Umsetzung neuer Ideen in der Hochschullehre;

b) Projekte zur (fach- oder methodenbezogenen) Erprobung innovativer Lehr-Lernansätze und innovativer Strukturen;

c) Projekte zur Übertragung bewährter Lehr-Lernansätze und zur Gestaltung des Lehr-Lernumfeldes auf andere Fächer, auf andere Studienarten oder andere Hochschulen im Sinne der Erneuerungsfähigkeit der Lehre;
d) Projekte zum Transfer neuer Erkenntnisse aus der Hochschulfor- 
schung in die Praxis;

e) Projekte zur nachhaltigen Förderung und Weiterqualifizierung von 
Personal im Sinne der Erneuerungsfähigkeit der Lehre;

f) Projekte zur Evaluation und Wirkungsforschung konkreter Maßnahmen 
in der Hochschullehre;

g) gemeinsame Projekte mehrerer Hochschulen (Verbundprojekte).

(3) Die Auswahl der Projekte erfolgt in einem wissenschaftsgeleiteten Verfah- 
ren, nach Maßgabe der Förderbekanntmachungen, die u. a. Einzelheiten zu 
den konkreten Zielen und zu den Voraussetzungen der Förderung inklusive 
Antragsberechtigung beinhalten. Hochschulen, die über den Qualitätspakt 
Lehre gefördert worden sind, können innerhalb der Förderbekanntmachungen 
einen Antrag stellen.

§3

Förderung des Austauschs und der Vernetzung

Die Organisationseinheit stärkt dauerhaft den Austausch zu fachbezogenen 
und themenübergreifenden Fragestellungen sowie die Vernetzung zwischen 
Hochschulen, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern untereinander und 
mit anderen Akteuren im In- und Ausland. Das umfasst insbesondere:

a) den strukturierten Austausch auf Initiative einzelner Hochschul-
lehrerinnen und Hochschullehrer, Hochschulen oder Verbünden von 
Hochschulen sowie auf Initiative der Organisationseinheit zu einzelnen 
Themen und Fragestellungen;

b) den strukturierten Austausch beispielsweise von Mitarbeiterinnen und 
Mitarbeitern, die in Studium und Lehre, in den geförderten Projekten, 
in der Hochschuldidaktik oder dem Qualitätsmanagement für Studium 
und Lehre beschäftigt sind;

c) bestehende oder neue Netzwerke von besonderer nationaler (oder 
internationaler) Bedeutung und den dort etablierten Wissenstransfer; 
das betrifft auch in der Aufbauphase vor allem durch den Qualitäts-
pakt Lehre angestoßene Vernetzungen.
§ 4

Förderung des Wissenstransfers

Die Organisationseinheit unterstützt den Transfer von Wissen, indem sie relevante Ergebnisse, Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem strukturierten Dialog und den Netzwerk-Treffen adressatengerecht aufbereitet und kontextualisiert einem breiten Anwenderkreis öffentlich zur Verfügung stellt.

§ 5

Antragsberechtigung


§ 6

Etablierung einer Organisationseinheit

(1) Zur Verwirklichung der Ziele nach § 1 finanzieren Bund und Länder gemeinsam eine rechtlich unselbständige Organisationseinheit. Die Organisationseinheit wird unter dem Dach einer bestehenden Institution eingerichtet.

(2) Die Organisationseinheit fördert Projekte gemäß § 2. Sie unterstützt den Austausch zwischen relevanten Akteuren gemäß § 3 und organisiert den Wissenstransfer für einen breiten Anwenderkreis gemäß § 4.

(3) Die Organisationseinheit gibt sich eine Teilsatzung, die der Zustimmung von Bund und Ländern bedarf.

§ 7
Auswahl einer Trägerinstitution für die Organisationseinheit

(1) Bund und Länder wählen in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) eine geeignete bestehende rechtsfähige Trägerinstitution aus, unter deren Dach eine rechtlich unselbständige Organisationseinheit eingerichtet wird. Grundlage für die Auswahl ist ein Interessensbekundungsverfahren der GWK auf Basis einer Ausschreibung. Die Ausschreibung berücksichtigt insbesondere das wahrzunehmende Aufgabenportfolio und notwendige Voraussetzungen der Trägerinstitution.

(2) Für die Auswahl einer geeigneten Institution kann externe Fachexpertise unter Ausschluss von Interessenskonflikten hinzugezogen werden.

(3) Wenn das Interessenbekundungsverfahren nicht erfolgreich abgeschlossen wird, verständigen sich Bund und Länder in der GWK zeitnah über das weitere Vorgehen. Dies beinhaltet auch die Prüfung, ob eine eigenständige Einrichtung gegründet werden soll.

§ 8
Notwendige Voraussetzungen der Trägerinstitution

(1) Die Trägerinstitution muss nachweislich in der Lage und dazu bereit sein, die Organisationseinheit als organisatorisch getrennte Einheit einzurichten und ihr und ihren Vertreterinnen und Vertretern im Rahmen ihrer Satzung oder vergleichbarer rechtlicher Grundlagen und des beschlossenen Teilwirtschaftsplans inhaltliche, wirtschaftliche, personelle und organisatorische Eigenständigkeit zu gewährleisten.

(2) Die Trägerinstitution schafft die internen Voraussetzungen für die Errichtung der Organisationseinheit; diese gibt sich eine Teilsatzung.

(3) Die Trägerinstitution erhält die Zuwendungen, die für die Organisationseinheit vorgesehen sind, und stellt sie der Organisationseinheit ohne Abzüge bereit. Die Pflicht zum Nachweis der Mittelverwendung wird im Innenverhältnis abschließend durch die Organisationseinheit wahrgenommen. Bund und Länder tragen hierfür im Rahmen ihrer Mitwirkung an der Organisationseinheit Sorge.

(4) Für die interne Berechnung von wechselseitig erbrachten Leistungen treffen die Trägerinstitution und die Organisationseinheit allgemeine Regelungen.

§ 9

Ausgestaltung der Organisationseinheit


(2) Zur Sicherstellung ihres Auftrages und der zweckentsprechenden Mittelverwendung werden in diesem durch Satzung und Teilsatzung gewährleisteten Rahmen Gremien eingerichtet, die in ihrem Handeln unabhängig von der Trägerinstitution sind.

(3) Für die Organisationseinheit werden folgende Gremien eingerichtet: Leitung der Organisationseinheit, Bund-Länder-Gremium, externer wissenschaftlicher Beirat, Ausschüsse zur Projektauswahl.

(4) Die Leitung der Organisationseinheit vertritt die Organisationseinheit auf Basis der Teilsatzung und im Einklang mit der Satzung der Trägerinstitution sowie mit Wirkung für den Teilwirtschaftsplan und des hieraus finanzierten Personals zur Verfolgung der Ziele der Organisationseinheit rechtsverbindlich nach innen und außen. Sie leitet die Geschäftsstelle.


Alle wesentlichen Entscheidungen der Organisationseinheit bedürfen der Zustimmung des Bund-Länder-Gremiums, insbesondere zur strategischen
Ausrichtung, zur Teilsatzung, zu allen allgemeinen Regelungen zur Fördertätigkei
(inklusive Förderbekanntmachungen mit den ausschreibungsspezifischen Förderkriterien)
zu den Geschäftsordnungen aller weiteren Gremien der Organisationseinheit sowie die a
regelungen nach § 8 Absatz 3.

Das Bund-Länder-Gremium beschließt über die Annahme des Teilwirtschafts-
plans, stellt den Teiljahresabschluss fest und entlastet die Leitung der Organisa
seinheit.

Das Bund-Länder-Gremium beschließt über die Besetzung der übrigen
Gremien. Es kann zur Verfolgung der Ziele der Organisationseinheit weitere
gemien einrichten. Es setzt Ausschüsse zur Projektauswahl ein.

(6) Ein unabhängiger externer wissenschaftlicher Beirat mit international
ausgewiesenen Expertinnen und Experten berät das Bund-Länder-Gremium
und ggf. weitere Gremien der Organisationseinheit zu strategischen Fragen.

(7) Ausschüsse zur Projektauswahl bestehen aus renommierten Expertinnen
und Experten aus Hochschulen (inklusive Studierende) und Wissenschaft
und vier Vertreterinnen und Vertretern der Länder und zwei des Bundes.
Vorschlagsrechte Dritter werden in der Teilsatzung geregelt unter ausgewo
ger Berücksichtigung aller Hochschularten. In den jeweiligen Ausschüssen
prüfen zunächst die Expertinnen und Experten die Förderwürdigkeit der
beantragten Projekte und geben eine Empfehlung ab. Die abschließende
Entscheidung treffen die jeweiligen Ausschüsse in ihrer Gesamtheit. Die
Expertinnen und Experten führen die Mehrheit der Stimmen. Die Stimmen
verteilung zwischen Bund und Ländern ist paritätisch. Entscheidungen werden
mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen getroffen. Enthaltungen
gelten als abgegebene Stimmen.

(8) Die Organisationseinheit wird durch eine eigene Geschäftsstelle unterstützt.

§10
Zuwendungen/Mittelbereitstellung

(1) Die finanzielle Förderung der Organisationseinheit wird von Bund und
Ländern zur Deckung der zuwendungsähnigen Ausgaben geleistet. Die zu-
wendungsfähigen Ausgaben werden in den Jahren 2021 bis 2023 vom Bund
und ab 2024 von Bund und Ländern aufgebracht. Die Länder erbringen ihren
Anteil nach dem Königsteiner Schlüssel. In besonders zu begründenden
Einzelfällen bei zusätzlichen Aufgaben, die durch die Organisationseinheit vor-
genommen werden, können Bund und Länder eine abweichende Regelung
treffen.


(4) Bund und Länder werden die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den festgestellten Zuwendungsbedarf bei der Aufstellung der Haushalte zu berücksichtigen.

§ 11

Evaluation


(2) Die Leitung der Organisationseinheit übersendet der GWK spätestens nach fünf Jahren einen Bericht über ihre Erfahrungen mit der strukturellen Gestaltung der Organisationseinheit einschließlich Gremien, Binnenstrukturen und Verfahren und deren Auswirkung auf die inhaltliche Arbeit hinsichtlich der Ziele der Förderung nach § 1.
§ 12

Prüfrechte


(2) Bund und Länder wirken darauf hin, dass die Trägerorganisation in ihrer Satzung sicherstellt, dass die Haushalts- und Wirtschaftsführung der eingerichteten rechtlich unselbstständigen Organisationseinheit der Prüfung durch den Bundesrechnungshof und die Landesrechnungshöfe unterliegt.

§ 13

Laufzeit, Inkrafttreten


(2) Diese Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung durch alle Vertragschließen- den in Kraft.
Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern
gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes
zur Förderung des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und
Technologietransfers an deutschen Hochschulen
– „Innovative Hochschule“ –
gemäß Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs

BAnz. AT 27. Oktober 2016 B7

Präambel
Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik
Deutschland beschließen, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre
gesetzgebenden Körperschaften, eine Förderinitiative „Innovative Hochschule“
zur Förderung des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologie-
transfers an deutschen Hochschulen auf der Grundlage von Artikel 91b Absatz
1 des Grundgesetzes.

Die Förderinitiative soll insbesondere Fachhochschulen sowie kleine und
mittlere Universitäten in Fällen überregionaler Bedeutung im Leistungsbereich
des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfers stärken,
die regionale Verankerung von Hochschulen unterstützen und einen Beitrag zu
Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft leisten. Sie nimmt damit die
„dritte Mission“ der Hochschulen im Wissensdreieck – Bildung, Forschung und
Innovation – in den Blick. Hochschulen soll ermöglicht werden, ihre Rolle als
Innovationspole mit regionaler und überregionaler Ausstrahlung weiter aus-
zubauen. Dabei soll der Transfer von Forschungsergebnissen aus allen
Wissenschaftsdisziplinen zum Nutzen von Wirtschaft und Gesellschaft gestärkt
werden.

Die „Innovative Hochschule“ soll für Hochschulen die Möglichkeit schaffen, ihr
Profil im Ideen-, Wissens- und Technologietransfer strategisch weiterzuent-
wickeln und umzusetzen. Die Initiative soll die Hochschulen darin unterstützen,
ihre Transferstrukturen zu optimieren, deren Vernetzung mit dem regionalen
Umfeld zu stärken, bereits etablierte Instrumente für den Ideen-, Wissens- und
Technologietransfer strategisch auszurichten sowie insbesondere innovative
und sichtbare Aktivitäten der Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gesellschaft
auf- bzw. auszubauen.
§ 1

Programmziele

(1) Ziele der Förderinitiative sind:

a) Stärkung der strategischen Rolle der Hochschulen im regionalen Innovationssystem,


(3) Die zu fördernden Vorhaben müssen in eine kohärente Transferstrategie der Hochschulen eingebunden sein, gemeinsame fachliche Schwerpunkte der Hochschule und ihrer Partner, Stärken und Schwächen vorhandener Transferstrukturen und -aktivitäten sowie Bedarfe, Beiträge und die Bereitschaft zur längerfristigen Zusammenarbeit der Kooperationspartner adressieren.

§ 2

Gegenstand der Förderung


§ 3

Antragsberechtigung

(1) Antragsberechtigt sind staatliche Hochschulen, einschließlich Hochschulen in Trägerschaft einer Stiftung des öffentlichen Rechts, und staatlich anerkannte Hochschulen, die staatlich refinanziert werden. Eine gemeinsame
Antragstellung mehrerer Hochschulen als Verbund ist möglich, wenn eine Hochschule als Koordinatorin benannt ist. Jede Hochschule kann entweder nur einen Antrag als Einzelbewerberin oder als Koordinatorin eines Verbundes stellen.

(2) Im Rahmen eines gemeinsamen Antrags einer Hochschule oder eines Verbundes von Hochschulen können auch Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, außeruniversitäre Bildungs- und Forschungseinrichtungen oder gemeinnützige Organisationen und Vereine in räumlicher Nähe gefördert werden. Hochschulen müssen mindestens 70 vom Hundert der insgesamt beantragten Zuwendung erhalten.

(3) Bei der Profilierung in thematischen Schwerpunkten in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften können gegebenenfalls auch überregionale Partner eingebunden werden.

(4) Ausländische Partner in räumlicher Nähe können grundsätzlich eingebunden werden; eine Förderung ausländischer Partner ist jedoch ausgeschlossen.

(5) Mit ihrem Antrag erklärt die Hochschule ihre Bereitschaft, im Falle der Förderung an der Vorbereitung und Durchführung von Fachtagungen bzw. Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch und an der Verbreitung guter Praxis mitzuwirken.

§ 4

Förderkriterien

Die Hochschulen stellen im Antragsverfahren eine ausgearbeitete und tragfähige Strategie für den Austausch mit Wirtschaft und Gesellschaft (Transferstrategie) sowie ein Konzept zur Umsetzung des angestrebten Profils im Ideen-, Wissens- und Technologietransfer dar. Beantragte Vorhaben werden danach bewertet, ob sie mit Blick auf die spezifische Ausgangslage und den begründeten Bedarf der einzelnen Hochschule bzw. des Verbundes von Hochschulen zur Erreichung der in § 1 genannten Ziele geeignet sind. Dabei werden insbesondere folgende Kriterien berücksichtigt:

a) Qualität und Kohärenz der Strategie im forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfer,

b) Qualität der strategischen, strukturellen und operativen Voraussetzungen der Hochschule für die Umsetzung der geplanten Vorhaben,

c) Qualität, Innovationsgrad und Kohärenz der geplanten Vorhaben zur Umsetzung des angestrebten Profils im Ideen-, Wissens- und Technologietransfer sowie deren Einbindung in die Transferstrategie der Hochschule,
d) Angemessenheit der beantragten Mittel bezüglich der bedarfsgerechten Durchführung der geplanten Vorhaben,

e) Orientierung an Bedarfen und Potenzialen der regionalen Kooperationspartner und gegebenenfalls der Kooperationspartner außerhalb der Region,

f) Leistungsfähigkeit der beteiligten Kooperationspartner, belegt durch Bereitschaftserklärungen der Partner zur Umsetzung der Zusammenarbeit oder durch Erklärungen über das Vorhandensein konkreter Kooperationsvereinbarungen,

g) zu erwartende profilbildende Wirkung (Potenzial) der Vorhaben auf die Hochschule,

h) im Falle einer gemeinsamen Antragstellung mehrerer Hochschulen die Synergie und der strukturelle Mehrwert des Verbundes,

i) zu erwartende Wirkung der Vorhaben auf das regionale Innovationssystem.

§ 5

Verfahren


(2) Unter Berücksichtigung der nach § 4 maßgeblichen Kriterien legt das Auswahlgremium die Ausgestaltung des Begutachtungsverfahrens fest und konsultiert zu diesem Zwecke Wissenschaftsrat und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

(3) Die Förderinitiative wird in zwei Auswahlrunden durchgeführt. In der ersten Auswahlrunde werden Vorhaben für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren gefördert. An der zweiten Auswahlrunde können sich sowohl bereits in der ersten Auswahlrunde geförderte Hochschulen zur Fortsetzung der Förderung als auch bisher nicht geförderte Hochschulen beteiligen. Über Neu- und Fort-

(4) Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) veröffentlicht auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung in Abstimmung mit den Ländern eine Förderbekanntmachung.

(5) Die administrative Betreuung der Förderinitiative erfolgt durch einen vom BMBF beauftragten Projektträger, der auch das Begutachtungs- und Auswahlverfahren administrativ unterstützt.

(6) Förderanträge der Hochschulen, vertreten durch ihre jeweilige Leitung, und ihrer Kooperationspartner sind über die zuständige Wissenschaftsbehörde des Sitzlandes an den beauftragten Projektträger zu richten.


(8) Förderanträge werden auf der Grundlage der nach § 4 maßgeblichen Kriterien in einem wissenschaftsgeleiteten Verfahren von den Expertinnen und Experten des Auswahlgremiums begutachtet und auf ihre Förderwürdigkeit hin bewertet.

(9) Über die Förderung der als förderwürdig bewerteten Anträge und über die Förderhöhe entscheidet das Auswahlgremium im Rahmen der für die Förderinitiative verfügbaren Mittel.

(10) Die Förderung erfolgt als Zuwendung durch das BMBF an die Hochschulen und ihre förderberechtigten Kooperationspartner. Das BMBF stellt bei der Bewilligung in geeigneter Weise dar, dass es sich um eine gemeinsame Förderung von Bund und Ländern handelt.
§ 6

Mittelbereitstellung, Umfang und Dauer der Förderung


(3) Zuwendungen werden im Wege der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt.


§ 7

Evaluation

Bund und Länder behalten sich vor, die Förderinitiative und ihre Wirkung durch eine unabhängige Evaluation bewerten zu lassen.

§ 8

Laufzeit, Inkrafttreten

(1) Diese Vereinbarung wird bis zum 31. Dezember 2027 geschlossen.

(2) Die Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung durch alle Vertragschließenden in Kraft.
Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung

Bund-Länder-Vereinbarung
gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes
über die Förderinitiative
„Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung“

Präambel

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland beschließen auf Grundlage von Artikel 91b Absatz 1 Grundgesetz, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaf-
ten, eine Förderinitiative „Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung“, um das akademische Fachkräfteangebot für Wirtschaft und Wissenschaft im Be-
reich Künstlicher Intelligenz auszubauen sowie die Nutzung von Künstlicher Intelligenz zur Verbesserung der Hochschulbildung zu fördern.

Künstliche Intelligenz (KI) wird in den kommenden Jahren weltweit Gesell-
schaft, Wirtschaft und den Alltag der Menschen verändern. KI wird als Techno-
logie betrachtet, die in fast allen Sektoren einsetzbar ist, erhebliche produktivi-
tätserhöhende Effekte entfalten kann und damit eine entscheidende Wirkung auf die technologische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland hat. Damit Deutschland ein weltweit führender Standort für die Erforschung, Ent-
wicklung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz werden kann, bedarf es einer breiten und bestens ausgebildeten Fachkräftebasis.

§ 1

Ziele der gemeinsamen Förderung

Um in der Vielfalt und Breite des Hochschulsystems wirksame Effekte in Stu-
dium und Lehre zu erreichen, sind Ziele der Förderinitiative

a) die Qualifizierung von zukünftigen akademischen Fachkräften durch die Implementierung von KI als Studieninhalt,

b) die Verbesserung der Qualität, Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit der Hochschulbildung durch den Einsatz von KI.
§ 2
Gegenstand der gemeinsamen Förderung

Die gemeinsame Förderung von Bund und Ländern bezieht sich auf die folgenden Fördergegenstände:

a) Stärkung der KI-Kompetenzen bei Studien- und Qualifizierungsangeboten

Hochschulen oder Hochschulverbünde können einmalig Unterstützung bei der Erarbeitung von Studien- und Qualifizierungsangeboten im Bereich Künstlicher Intelligenz erhalten. Unterstützung wird gewährt für die Entwicklung neuer oder die Weiterentwicklung bestehender KI-bezogener Studienangebote (wie zum Beispiel Studiengänge, Module, Kurse) bzw. von KI-Kursen zur Integration in bestehende Studien- und Qualifizierungsangebote oder für KI-bezogene Berufungen zur Erreichung der unter § 1 formulierten Ziele.

b) Verbesserung der Hochschulbildung durch den Einsatz von KI


§ 3
Antragsberechtigung


(2) Staatlich anerkannte Hochschulen, die nicht überwiegend staatlich refinanziert werden, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, andere außerhochschulische Einrichtungen, Unternehmen und ausländische Partner können sich als Kooperationspartner mit einer oder mehreren Hochschulen an diesem Programm beteiligen, ihre Förderung ist jedoch ausgeschlossen.
Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung

(3) Mit ihrem Antrag erklärt die Hochschule ihre Bereitschaft, im Fall der Förderung an der Vorbereitung und Durchführung von Fachtagungen bzw. Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch, an der Evaluation der Förderinitiative (etwa durch Beteiligung an Befragungen der Evaluatoren) und an der Verbreitung guter Praxis mitzuwirken.

(4) Um eine Nachnutzung der Ergebnisse für Dritte zu ermöglichen, erklärt die Hochschule mit ihrem Antrag, geeignete Nutzungsrechte über freie Lizenzen (z. B. Open-Source-Lizenzen oder Creative-Commons-Lizenzen) sicherzustellen und darüber hinaus die Interoperabilität mit bestehenden Lösungen anzustreben sowie eine entsprechende Dokumentation bereitzustellen.

§ 4
Förderkriterien
Die Förderung erfolgt ausschließlich auf der Grundlage einer Begutachtung und Förderempfehlung durch das in § 5 genannte Auswahlgremium zu den einzelnen Einreichungen hinsichtlich:
- Passung des Vorhabens zu einem oder beiden der in § 1 genannten Förderziele bzw. der in § 2 genannten Fördergegenstände,
- qualitativem Mehrwert und Innovationsgrad im Vergleich zur dargelegten Ausgangslage,
- Konsistenz sowie Einbettung in das Profil und die Entwicklungsplanung der Einrichtung,
- Nachhaltigkeit der Maßnahmen bzw. breite Nutzbarkeit der Ergebnisse,
- Relevanz im Hinblick auf hochschul- und bildungspolitische Herausforderungen (Potentiale und Effekte von KI- und Big-Data-Anwendungen in der Hochschulbildung),
- Angemessenheit der beantragten Mittel bezüglich der bedarfsgerechten Durchführung der geplanten Vorhaben,
- im Fall einer gemeinsamen Antragstellung mehrerer Hochschulen die Synergie und der strukturelle Mehrwert des Verbundes.

§ 5
Verfahren
(1) Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) veröffentlicht auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung in Abstimmung mit den Ländern eine Förderbekanntmachung.
Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung


(3) Unter Berücksichtigung der nach § 4 maßgeblichen Kriterien legt das Auswahlgremium die Ausgestaltung des Begutachtungsverfahrens fest.


(6) Projektbeschreibungen sind in Abstimmung mit der zuständigen Landesbehörde gemäß der in der Förderbekanntmachung vorgesehenen Frist an den Projektträger zu richten.

(7) Das Auswahlgremium begutachtet die durch den Projektträger als formal förderfähig eingestuften Projektbeschreibungen danach, ob sie mit Blick auf die spezifische Ausgangslage und den begründeten Bedarf der einzelnen Hochschule bzw. des Verbundes von Hochschulen zur Erreichung der in § 4 genannten Kriterien geeignet sind. Es entscheidet im Rahmen der für die Förderinitiative verfügbaren Mittel über die Förderung der als förderwürdig bewerteten Projektbeschreibungen und über die Förderhöhe und fordert die Antragsteller zur Einreichung eines Vollantrags auf.

§ 6  
Mittelbereitstellung, Umfang und Dauer der Förderung

(1) Zur Finanzierung der Förderinitiative stellen Bund und Länder, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften, bis zu rund 133 Millionen Euro innerhalb der Laufzeit zur Verfügung. Die Mittel für die Förderung werden vom Bund und vom jeweiligen Sitzland im Verhältnis 90 : 10 getragen.


(5) Die Zuwendungen werden als nicht rückzahlbarer Zuschuss im Rahmen der Projektfinanzierung und in der Regel mit insgesamt bis zu 2 Millionen Euro für Einzelanträge bzw. bis zu 5 Millionen Euro für Verbundanträge, davon nicht mehr als 2 Millionen Euro für eine einzelne am Verbund beteiligte Hochschule, für eine Laufzeit von bis zu 48 Monaten gewährt, höchstens bis zum Ende der Laufzeit der Förderinitiative nach § 8 Absatz 1.


§ 7
Evaluation

Bund und Länder werden die Förderinitiative und ihre Wirkung im Hinblick auf die unter § 1 formulierten Ziele im Jahr 2024 durch eine unabhängige Evaluation bewerten lassen.

§ 8
Laufzeit, Inkrafttreten

(1) Diese Vereinbarung wird bis zum 31. Dezember 2025 geschlossen.

(2) Die Vereinbarung tritt nach Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz in Kraft.
Präambel


Ausweislich der beiden Evaluationen war das Professorinnenprogramm sowohl im Hinblick auf die Verbesserung der Gleichstellungsstrukturen als auch hinsichtlich der Anzahl der geförderten, mit Frauen besetzten Professuren an den Hochschulen erfolgreich. Um den Professorinnenanteil weiter zu erhöhen und die strukturellen Gleichstellungswirkungen weiter zu verstärken, ist eine Fortführung des Programms seitens des Bundes und der Länder wünschenswert.


Bund und Länder beschließen daher:
§ 1
Gegenstand der Förderung


(2) Antragsteller und Empfänger der Fördermittel sind die Hochschulen.

§ 2
Finanzbereitstellung und Umfang der Förderung


(2) Die Sitzländer der Hochschulen leisten im Falle vorgezogener Berufungen ihren Finanzierungsbeitrag durch eine hälftige Gegenfinanzierung der geförderten Professuren von Frauen. Im Falle der Förderung von Regelberufungen besteht die Gegenfinanzierung aus den an den Hochschulen verbleibenden frei werdenden Finanzmitteln sowie weiteren Mitteln in angemessener Höhe, die jeweils von der Hochschule für die Durchführung ihrer zusätzlichen Gleichstellungsmaßnahmen eingesetzt werden.


(4) Je Hochschule können in der Regel bis zu drei Erstberufungen von Frauen vorrangig als vorgezogene Professur oder als Regelberufung über einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren gefördert werden. Pro Einreichungsverfahren können jeweils bis zu 10 Hochschulen, die für den Bereich Personalentwicklung
und -gewinnung auf dem Weg zur Professur im Rahmen der „Gleichstellungs-
konzepte, Dokumentationen oder Gleichstellungszukunftskonzepte“ eine
Bestbewertung erhalten, eine weitere Förderung für eine vierte Erstberufung
einsprechend Satz 1 erhalten.

§ 3
Förderkriterien

(1) Die Förderung erfolgt ausschließlich auf der Grundlage der positiven Be-
wertung eines Begutachtungsgremiums hinsichtlich

- eines durch die Hochschule beschlossenen Gleichstellungskon-
  zepts (bei erstermaliger Teilnahme),

- einer Dokumentation der erfolgreichen Umsetzung des positiv
  bewerteten Gleichstellungskonzepts (bei zweitermaliger Teilnahme),

- eines Gleichstellungszukunftskonzepts (bei drittermaliger Teilnahme).

(2) Die eingereichten Gleichstellungskonzepte, Dokumentationen bzw. Gleich-
stellungszukunftskonzepte sollen von einem Begutachtungsgremium hinsicht-
lich der in der jeweiligen Hochschule etablierten Gleichstellungsbemühungen
zur strukturell verankerten und nachhaltigen Verbesserung der Repräsentanz
von Frauen auf allen wissenschaftlichen Qualifikationsstufen insbesondere auf
der Grundlage der in der Anlage zu dieser Vereinbarung enthaltenen Kriterien
bewertet werden.

§ 4
Verfahren

(1) Zur Programmdurchführung wird seitens des Bundesministeriums für Bil-
dung und Forschung (BMBF) ein Projektträger beauftragt. Der Projektträger
wirkt dabei mit dem in § 3 genannten Begutachtungsgremium zusammen.

(2) Das Begutachtungsgremium wird vom BMBF im Benehmen mit den Ländern
gesetzt und besteht aus höchstens 15 Mitgliedern. Die Mitglieder sollen in
Gleichstellungsfragen ausgewiesene Expertinnen und Experten aus Wissen-
schaft, Forschung, dem Hochschulmanagement und anderen Bereichen sein.

(3) Das BMBF legt gemeinsam mit dem Begutachtungsgremium die Ausge-
staltung des Begutachtungsverfahrens unter Berücksichtigung der nach § 3
maßgeblichen Kriterien fest.
(4) Antragsberechtigt sind Hochschulen, vertreten durch ihre jeweilige Leitung. Anträge sind über die zuständigen Wissenschaftsbehörden der Länder an den Projekt träger zu richten.


(7) Im Fall der Förderung von Erstberufungen von Frauen auf Regelprofessuren erklären die Hochschulen mit der Ernennung verbindlich, für welche gleichstellungsfördernden Maßnahmen die durch die Förderung frei werdenden sowie die weiteren Mittel verwendet werden sollen.

(8) Scheidet die Professorin, deren Berufung nach diesem Programm gefördert wird, wegen Wechsels an eine andere Hochschule oder aus anderen Gründen aus ihrem Amt, ist die Fördermaßnahme beendet. Der Hochschule können auf Antrag die Mittel für eine weitere Erstberufung für die verbleibende Förderdauer innerhalb der Programmlaufzeit gewährt werden. Für die Bewilligung ist abweichend von der Regelung in § 3 Absatz 1 keine erneute Begutachtung des Gleichstellungskonzeptes der Hochschule erforderlich.

(9) Die Fördermittel werden bedarfsgerecht ausgezahlt.

**Protokollnotiz zu § 4 Absatz 2**

Vertreter aus anderen Bereichen sind nicht Vertreter des Bundes oder der Länder.
§ 5

Zuwendungsfähige Ausgaben


(2) Die Kosten der Projektträgerschaft und der Evaluation werden vom Bund aus dem Programm erbracht.

§ 6

Berichte der Länder

Die Länder berichten der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) bis zum 30. April 2021 über die Durchführung des Programms.

§ 7

Laufzeit, Evaluation, Inkrafttreten


Anlage

t zur Bund-Länder-Vereinbarung über das Professorinnenprogramm
des Bundes und der Länder
zur Förderung der Gleichstellung in Wissenschaft und Forschung
an deutschen Hochschulen

Die nach § 3 erforderlichen Gleichstellungskonzepte, Dokumentationen bzw.
Gleichstellungszukunftskonzepte, die eine hochschulspezifische Analyse der
Gleichstellungsdefizite enthalten sollen, werden insbesondere in Bezug auf Maßnahmen der Hochschule zur

- Erhöhung der Anteile von Frauen in wissenschaftlichen Spitzenpositionen,

- Karriere- und Personalentwicklung, insb. für Nachwuchswissenschaftlerinnen, und

- Akquirierung von Studentinnen für Fächer, in denen Frauen unterrepräsentiert sind

begutachtet.

Für Hochschulen, die sich erstmals am Programm beteiligen oder sich bisher
nicht erfolgreich beteiligt haben, ist Voraussetzung für eine Berechtigung zur
Antragstellung die positive Bewertung eines Gleichstellungskonzepts.

Für Hochschulen, die bereits erfolgreich am Programm nach der Bund-
oder vom 6. Dezember 2012 partizipiert haben oder partizipieren, ist Voraussetzung für eine erneute Berechtigung zur Antragstellung die Dokumentation
der erfolgreichen Umsetzung des positiv bewerteten Gleichstellungskonzepts. Zur zweitmaligen Teilnahme am Professorinnenprogramm wird diese
Umsetzung begutachtet.

Für Hochschulen, die bereits erfolgreich am Programm nach der Bund-
6. Dezember 2012 partizipiert haben oder partizipieren, ist Voraussetzung für
eine erneute Berechtigung zur Antragstellung ein Gleichstellungszukunfts-
konzept.

Das Gleichstellungszukunfts konzept stellt Erfolge und Misserfolge der im
Rahmen des Professorinnenprogramms I und des Professorinnenprogramms II vorgelegten Gleichstellungskonzepte und Dokumentationen dar.
Auf Basis dessen legt es dar, welche Gleichstellungsmaßnahmen in den
Professorinnenprogramm III


Zur drittmaligen Teilnahme am Professorinnenprogramm werden die eingereichten Gleichstellungszukunftskonzepte unter diesen Vorgaben begutachtet.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen hochschultypspezifischen Situation sollen die in der Hochschule verankerten Gleichstellungsbemühungen zur nachhaltigen Verbesserung der Repräsentanz von Frauen auf allen wissenschaftlichen Qualifikationsstufen im Hinblick auf folgende Kriterien bewertet werden:

- Situations- und Defizitanalyse, eigene Zielvorgaben, wo geeignet unter Einbeziehung des Kaskadenmodells,

- Strukturelle Verankerung des Konzepts und Einbindung in die Profil- und Leitbildentwicklung der Hochschule auf zentraler sowie dezentraler Ebene,

- Aussagen zur Personalentwicklung und -gewinnung inkl. personalrechtlicher und personalwirtschaftlicher Maßnahmen mit dem Ziel einer verbesserten Planbarkeit der wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Karriere und zur Verringerung des Ausscheidens von Nachwuchswissenschaftlerinnen auf dem Weg zur Professur (drop-out), z.B.:
  o Maßnahmen zur gezielten, wissenschaftsadäquaten Förderung für Nachwuchswissenschaftlerinnen;
  o Maßnahmen zur Personalgewinnung für Professuren an Fachhochschulen und künstlerischen Hochschulen;
  o Geschlechtergerechte Befristungspolitik hinsichtlich der Auswahl und Dauer der gesetzlichen Befristungsvarianten sowie der Teilzeit-/Vollzeitquote von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern;
  o Berücksichtigung der Befristungsproblematik bei auslaufenden Drittmittelprojekten (aufgrund von Mutterschutz/Elternzeit/Pflegezeit);
  o Realisierung von Vereinbarkeitskonzepten, die in Qualifizierungsphasen Weiterarbeit mit einer Verlängerung von Bewährung verbinden;
  o Maßnahmen zur Sensibilisierung von Führungskräften für Gleichstellungsfragen sowie Sensibilisierung für die Nachwuchsförderung als Führungsaufgabe,
- Anteil von Frauen in Organen und Gremien entsprechend den landesrechtlichen Regelungen mit Zielsetzungen zur Erreichung einer ausgeglichenen Beteiligung von Frauen,

- Familiengerechte Hochschule, insb. Angebote für flexible Arbeitsformen und -zeiten sowie für Kinderbetreuung,

- Qualitätsmanagement, d.h. Evaluierung und Auswertung der gleichstellungspolitischen Aktivitäten mit dem Ziel einer Weiterentwicklung des Gleichstellungskonzepts, der Dokumentation bzw. des Gleichstellungszukunftskonzepts,

- Qualität des Maßnahmenpakets, wo geeignet auch im Hinblick auf quantifizierbare Zielsetzungen, bedarfsorientierte Auswahl und inhaltliche Abstimmung der Maßnahmen untereinander,

- Personelle und finanzielle Ausstattung der getroffenen Maßnahmen unter Berücksichtigung von Größe und Finanzkraft der Hochschule.
Bund-Länder-Vereinbarung über ein gemeinsames Programm "Qualitätsoffensive Lehrerbildung" gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes


Präambel


§ 1
Programmziele

(1) Ziele des Programms sind nachhaltige Verbesserungen vor allem in den folgenden Handlungsfeldern:

a) Profilierung und Optimierung der Strukturen der Lehrerbildung an den Hochschulen,

b) Qualitätsverbesserung des Praxisbezugs in der Lehrerbildung,

c) Verbesserung der professionsbezogenen Beratung und Begleitung der Studierenden in der Lehrerbildung,

d) Fortentwicklung der Lehrerbildung in Bezug auf die Anforderungen der Heterogenität und Inklusion,

e) Fortentwicklung der Fachlichkeit, Didaktik und Bildungswissenschaften und


(2) Bund und Länder streben mit dem Programm auf wettbewerblicher Grundlage eine möglichst breit wirksame Förderung von lehrerausbildenden Hochschulen an, um diese in ihren eigenen Anstrengungen bei der Erreichung der genannten Ziele zu unterstützen und ihre Verbindungen zur Schulpraxis zu stärken.

§ 2
Antragsberechtigung

(2) Mit ihrem Antrag erklärt die Hochschule ihre Bereitschaft, im Falle der Förderung an der Vorbereitung und Durchführung von internen Qualitätszirkeln der geförderten Hochschulen und von Fachtagungen zum Erfahrungsaustausch, der Verbreitung guter Praxis und Koordination der Anerkennungspraxis mitzuwirken.

§ 3

Gegenstand der Förderung

Aus den Mitteln des Programms können (Verbund-)Projekte gefördert werden, die insbesondere

a) die Zusammenarbeit von Fachwissenschaften, Fachdidaktiken, Bildungswissenschaften und schulpraktischen Lernorten verbessern, um eine stärkere Abstimmung und Kooperation unter den für die Ausbildung verantwortlichen Personen und Institutionen zu erreichen,

b) die Inhalte der Ausbildung stärker aufeinander abstimmen, um eine kohärente Lehrerausbildung über alle Phasen hinweg zu ermöglichen,

c) das vielfach bestehende Spannungsverhältnis von fachakademischer Ausbildung einerseits und spezifischen professionsorientierten Angeboten für die Lehrerausbildung andererseits auflösen,

d) eine Fachdidaktik fördern, die die Schulwirklichkeit in die hochschulische Ausbildung angemessen einbezieht,

e) schulpraktische Elemente frühzeitig und zielgerichtet in fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Studienelemente integrieren,

f) eine stärkere Verzahnung aller Phasen der Lehramtsausbildung (Lehramtsstudium, Vorbereitungsdienst, Lernen im Beruf) realisieren,

g) effizientere Strukturen der Lehrerausbildung und -weiterbildung in den Hochschulen so verankern, dass sie als profilbildendes Element der gesamten Hochschule wirken,

h) die Reformmaßnahmen mit begleitender und berufsfeldbezogener Forschung flankieren und insgesamt die Forschungsorientierung innerhalb der Lehrerbildung ausbauen und stärken,

i) Maßnahmen der berufsbiographischen Förderung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst und der mit der Ausbildung im Vorbereitungsdienst Beauftragten sowie von Lehrkräften im Schuldienst entwickeln,

j) den Umgang mit Inklusion und Heterogenität in allen Phasen der Lehrerbildung verbessern,
k) auch die Weiterbildung der Lehrenden an den Hochschulen und in den Studienseminaren fördern,
l) geeignete Maßnahmen zur Förderung von Lehrkräften ohne Lehramtsabschluss („Quereinsteiger“) entwickeln,
m) die Verstetigung und den Transfer der Ergebnisse gem. § 2 Absatz 2 dieser Vereinbarung auf andere Hochschulstandorte berücksichtigen,
n) Verfahren zur gezielten Gewinnung geeigneter Studierender und deren kontinuierlicher Begleitung/Beratung entwickeln und
o) neue Formen und Strukturen der Organisation von Lehrerbildung entwickeln (z.B. Verzahnung von Elementar- und Primärpädagogik oder grenzübergreifende Kooperationen).

§ 4
Förderkriterien

Voraussetzung einer Förderung ist eine evidenzbasierte und datengestützte Bestandsaufnahme der jeweiligen Hochschule über ihre Stärken und Schwächen in der Lehrerausbildung, die sich auf die Orientierungsphase der Studieninteressierten, die Organisation und die Prozesse der Ausbildung in der Hochschule sowie auf die Verknüpfung mit der Schulpraxis, die inhaltliche professioniertene Weiterentwicklung in Hinblick vor allem auf die Aufgaben der Heterogenität und Inklusion sowie den Übergang in die Berufseinstiegsphase beziehen. Forschung und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Bildungswissenschaften sind ebenso wie Prozesse der Qualitätssicherung Teile der Bestandaufnahme.

Darauf aufbauend legt die Hochschule ein Gesamtkonzept für die künftige Entwicklung vor, aus dem hervorgeht, welche Ziele mit welchen Maßnahmen in den Handlungsfeldern nach § 1 überprüfbar in definierten Zeiträumen erreicht werden sollen. Beantragte Maßnahmen werden danach bewertet, ob sie mit Blick auf die spezifische Ausgangslage und den begründeten Bedarf der einzelnen Hochschule geeignet sind, in den in § 1 definierten Handlungsfeldern für nachhaltige Verbesserungen zu sorgen. Dabei werden insbesondere folgende Kriterien berücksichtigt:
a) Qualitativer Mehrwert im Vergleich zur dargelegten Ausgangslage,
b) Konsistenz sowie Einbettung der Lehrerbildung in das Profil der Hochschule,
c) Strategien der Hochschulen zur Prozessbegleitung, Qualitätssicherung und Zielerreichung,
d) Nachhaltigkeit der Maßnahmen,

e) im Falle einer gemeinsamen Antragstellung mehrerer Einrichtungen: Synergie und Mehrwert der Kooperation.

§ 5
Verfahren


(2) Unter Berücksichtigung der nach § 4 maßgeblichen Kriterien legt das Auswahlgremium die Ausgestaltung des Begutachtungsverfahrens fest. Auf dieser Grundlage veröffentlicht das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine Förderbekanntmachung.


(4) Zur Programmdurchführung beauftragt das Bundesministerium für Bildung und Forschung einen Projektträger, der im Begutachtungsverfahren mit dem Auswahlgremium zusammenwirkt.


(7) Über die Förderung der als förderwürdig bewerteten Anträge und über die Förderhöhe entscheidet das Auswahlgremium im Rahmen der verfügbaren Programmmitte.


(9) Ist als Ergebnis der nach den Absätzen 6, 7 und 8 erfolgten Förderentscheidungen der Anteil eines Landes an der Gesamtförderung nach Absatz 8 durch das Mittelvolumen der von den Expertinnen und Experten als förderwürdig bewerteten Anträge nicht ausgeschöpft, so stehen die nicht ausgeschöpften Mittel für von den Expertinnen und Experten als förderwürdig bewertete Anträge anderer Länder zur Verfügung. Die Förderpriorität dieser Anträge empfehlen die Expertinnen und Experten im bundesweiten Vergleich der Anträge.

(10) Die Förderung erfolgt als Zuwendung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an die Hochschulen. Die Zuwendung steht unter dem Vorbehalt, dass das jeweilige Sitzland die Umsetzung der Verpflichtungen aus § 7 nachweist. Wird die Umsetzung der Verpflichtungen aus § 7 nicht bis zur Entscheidung über die Zuwendung nachgewiesen, gilt Absatz 9 entsprechend.

§ 6

Mittelbereitstellung, Umfang und Dauer der Förderung

(2) Projekte werden zunächst für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren geför- 
dert. Vor Ablauf des ersten Förderzeitraums erfolgt eine Zwischenbegutach-
tung der geförderten Maßnahmen durch das Auswahlgremium. Bei positiver 
Empfehlung erfolgt auf Antrag eine Förderung für weitere bis zu fünf Jahre, 
höchstens bis zum Ende der Laufzeit des Programms nach § 10 Abs. 1 Satz 1. 
Bund und Länder legen gemeinsam Ziel und Verfahren der Zwischenbe-
gutachtung fest.

(3) Förderfähig sind die für die Durchführung der bewilligten Maßnahmen 
erforderlichen Personal- und Sachausgaben der Hochschulen. Fördermittel 
werden bedarfsgerecht ausgezahlt. Die Kosten des Verfahrens und der Eval-
uation sowie von Fachtagungen werden aus den Programmmitteln des Bundes 
getragen.

§ 7

Anerkennung der Lehramtsabschlüsse und Studienleistungen

(1) Die Länder und die Hochschulen gewährleisten die gegenseitige Anerken-
nung von lehramtsbezogenen Studien- und Prüfungsleistungen, wenn keine 
wesentlichen Unterschiede zu den an der jeweiligen Hochschule zu erbringenden 
Studien- und Prüfungsleistungen bestehen.

(2) Die Länder gewährleisten den Zugang zum Vorbereitungsdienst, soweit die 
Ausbildung in den entsprechenden Fächern und Lehrämtern vorgesehen ist. 
Die fachlichen Zugangsvoraussetzungen zum Vorbereitungsdienst für ein 
Lehramt erfüllt, wer das für das betreffende Lehramt nach den Vorgaben der 
Kultusministerkonferenz vorgesehene Studium mit einer Ersten Staatsprüfung 
(bzw. einer gleichgestellten lehramtsbezogenen Hochschulprüfung) oder 
einem auf dieses Lehramt bezogenen Mastergrad abgeschlossen hat. Die Län-
der erkennen die verschiedenen Ausbildungszeiträume im Vorbereitungsdienst 
an.

(3) Die Länder gewährleisten allen Absolventinnen und Absolventen eines 
Vorbereitungsdienstes für ein Lehramt, das den Vereinbarungen der Kultus-
ministerkonferenz entspricht, gleichermaßen den Berufszugang für den ihrem 
Abschluss entsprechenden Lehramtstyp. Eine in einem Land der Bundes-
republik Deutschland nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz erwor-
bene Befähigung zu einem Lehramt gilt als Befähigung zu einem Lehramt in 
allen anderen Ländern.
§ 8

Kapazitätsneutralität

Die Länder stellen sicher, dass die aus Mitteln des Programms finanzierten personalwirksamen Maßnahmen nicht zu einer Erhöhung der Aufnahmekapazität an den geförderten Hochschulen führen.

§ 9

Evaluation


§ 10

Laufzeit, Inkrafttreten


BAnz. AT 04. September 2019 B3
geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)vom 2. Juli 2021, BAnz. AT 02. Dezember 2021 B8

Präambel


International wettbewerbsfähige Studienbedingungen und eine hohe Qualität in der Lehre an allen deutschen Hochschulen sind entscheidende Voraussetzungen für eine hochwertige akademische Bildung der Studierenden und die Anziehungskraft des deutschen Hochschulsystems auf zukünftige Fachkräfte aus aller Welt. Der Erhalt bedarfsgerechter, ausreichender Studienkapazitäten bei anhaltend hoher Studiennachfrage wahrt die Chancen der jungen Generation zur Aufnahme des Studiums und sichert den akademisch ausgebildeten Fachkräftenachwuchs für Deutschland.

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland setzen deshalb ihre insbesondere durch den Hochschulpakt 2020 begonnenen Anstrengungen zur Stärkung der Hochschulen durch die Förderung eines angemessenen Studienangebots und eines qualitativ hochwertigen Hochschulstudiums fort und entwickeln diese strategisch weiter, um den Wissensschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Sie beschließen, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften, auf der Grundlage von Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes die folgende, dauerhafte Verwaltungsvereinbarung über den Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken. Die unbefristete Laufzeit des Zukunftsvertrags erhöht die Stabilität und die finanzielle Planungssicherheit für die Hochschulen.
§ 1

Ziele und Maßnahmen

(1) Ziele dieses Zukunftsvertrags sind eine flächendeckend hohe Qualität von Studium und Lehre, gute Studienbedingungen in der Breite der deutschen Hochschullandschaft sowie der bedarfsgerechte Erhalt der Studienkapazitäten in Deutschland, um langfristig ausreichend akademische Fachkräfte für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft auszubilden.


(4) Der Zukunftsvertrag nimmt alle Hochschultypen, Arten des Studiums, Fächergruppen und Abschlussarten (ohne Promotion) in den Blick.

§ 2

Verpflichtungserklärungen der Länder


§ 3

Mittelbereitstellung durch den Bund


(2) Die Mittelbereitstellung erfolgt grundsätzlich zeitlich unbegrenzt.
(3) Der Anteil an den im jeweiligen Jahr bereitgestellten Bundesmitteln, der für ein Land höchstens zur Verfügung steht, bemisst sich nach dem Anteil aller Hochschulen des Landes in staatlicher Trägerschaft, einschließlich der Hochschulen in Trägerschaft oder Rechtsform einer Stiftung oder Körperschaft des öffentlichen Rechts, sowie von staatlich anerkannten Hochschulen, die überwiegend staatlich refinanziert werden, an den bundesweiten Zahlen der folgenden gewichteten Parameter (gemäß amtlicher Statistik):

a) Studienanfängerinnen und Studienanfänger (1. Hochschulsemester) im Studienjahr (Gewichtung: 20 %),

b) Studierende im Wintersemester innerhalb der Regelstudienzeit zuzüglich zwei Semester (ohne sonstige Abschlüsse und Promotion) (Gewichtung 60 %),

c) Absolventinnen und Absolventen (ohne sonstige Abschlüsse und Promotion) (Gewichtung: 20 %); die Hochschulabschlüsse werden mit folgenden Faktoren berücksichtigt: Abschlüsse grundständiger Studiengänge ohne Staatsexamen: Faktor 1; Abschlüsse konsekutiver Master-Studiengänge: Faktor 0,5; Abschlüsse Staatsexamen: Faktor 1,5.


§ 4
Übergangsregelungen


(2) Die Mittel mit Bezug zum Hochschulpakt 2020 (Auslauffinanzierung und Sockel) betrugen im Jahr 2022 insgesamt 60 % und im Jahr 2023 insgesamt 45 % der zur Verfügung stehenden Bundesmittel (inkl. der Mittel für die Ausfinanzierung des Hochschulpakts 2020). Im Jahr 2024 beträgt der Sockel 30 % der zur Verfügung stehenden Bundesmittel und im Jahr 2025 15 %. Nach dem Jahr 2025 ist die Wirkung der Sockelung aufgehoben.
Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken


(4) Von den 40 Mio. Euro erhalten


a) durch die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und das Saarland zusammen in Höhe von jährlich 5 Mio. Euro; die Aufteilung erfolgt anteilig gemäß den bezogenen Bundesmitteln in den Jahren 2025 bis 2027 und


Mit dem Jahr 2027 enden die Pauschalen.
§ 5

Mittelzuweisung durch den Bund


(2) Die einzelnen Länder rufen die jährliche Zuweisung bedarfsgerecht ab.

(3) Die Länder belegen dem Bund die zweckentsprechende Verwendung der Mittel im Rahmen der Berichtspflicht. Sie prüfen die Verwendungsnachweise, soweit die Mittel als Zuwendung nach den einschlägigen Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung bzw. jeweiligen Landeshaushaltsordnung an Dritte, insbesondere nichtstaatliche Hochschulen, weitergegeben werden. Das Land darf aus Bundesmitteln keine Rücklagen bilden.

(4) Das Land prüft die zweckentsprechende Verwendung der Mittel. Die Zuweisung der Bundesmittel ist zu erstatten, soweit die Förderung durch das jeweilige Land nach Verwaltungsverfahrensrecht, insbesondere nach den §§ 48, 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.

(5) Der zuständige Landesrechnungshof ist der des jeweiligen Landes; er unterrichtet den Bundesrechnungshof, dessen Rechte nach § 91 der Bundeshaushaltsordnung unberührt bleiben.

§ 6

Mittelbereitstellung durch die Länder


(2) Die Zusätzlichkeit der nach dieser Vereinbarung zu erbringenden Landesmittel weist jedes Land im Rahmen der Berichterstattung nach § 7 unter Verwendung der Anlage 3 nach, wobei die Grundfinanzierung im Sinne dieser Vereinbarung des Jahres 2020 als Basiswert für den Ausweis der Zusätzlichkeit festgelegt wird.

(3) Die Mittelbereitstellung erfolgt grundsätzlich zeitlich unbegrenzt.


§ 7
Berichterstattung


§ 8
Evaluation


(3) Die Ergebnisse der Evaluation werden nach Beratung in der GWK ver-öffentlicht.

§ 9
Schlussbestimmungen


(2) Ändern sich nachträglich wesentliche Umstände oder Verhältnisse, die für die Inhalte dieser Vereinbarung maßgeblich waren, können der Bund oder mindestens vier Länder eine Anpassung dieser Vereinbarung verlangen.


(4) Kommt es zu einer Kündigung, verständigen sich Bund und Länder in der GWK binnen eines Jahres nach Erklärung der Kündigung über die Abwicklung der in dieser Vereinbarung eingegangenen Verpflichtungen.


(6) Die Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung durch alle Vertragsschlie-ßenden in Kraft.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Ziel</th>
<th>Teilziel</th>
<th>Beispielhafte Maßnahmen</th>
</tr>
</thead>
</table>
| Erhalt der Studienkapazitäten
(Beispielhafte Indikatoren zur Nachverfolgung der Entwicklung: Zahl und Quote der Studienanfänger, Zahl der Studierenden) | Erhalt der Lehrkapazität | Erhalt des hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen Personals |
| | | Bedarfsorientierte Schwerpunktsetzung in bestimmten Fächergruppen |
| | | Erhöhung des Anteils des hauptberuflichen Personals in der Lehre |
| Verbesserung/Erhalt der lehrbezogenen Infrastruktur | lehrbezogene Investitionen | |
| | Mietausgaben | |
| Verbesserung der Betreuungssituation | Ausbau von Dauerbeschäftigungen des hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals auf unterschiedlichen Ebenen (inkl. Professuren) (ohne Drittmittel) | |

Anlage 1 zur Bund-Länder-Vereinbarung (BLV):
Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken
### Anlage 1 zur Bund-Länder-Vereinbarung (BLV):

**Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Hohe Qualität in Studium und Lehre, gute Studienbedingungen / Rahmenbedingungen des Studiums</th>
<th>Weiterentwicklung des Beratungs- und Betreuungsangebots in der Breite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>(Beispielhafte Indikatoren zur Nachverfolgung der Entwicklung: Zahl/Anteil der Studierenden in Regelstudienzeit, Zahl der Absolventen, Absolventenquote, Studienerfolgsquote, Abbruchquote, Betreuungsrelationen)</td>
<td>Weiterentwicklung der Curricula</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Verbesserung der lehrbezogenen Infrastruktur</th>
<th>Digitale Infrastruktur/Ausstattung ausbauen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Einsatz digitaler Lehr- und Lernmedien in der Breite</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Verbesserung der digitalen Verwaltung</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Steigerung der Lehrqualität</th>
<th>Förderung innovativer Lehr- und Lernformen sowie innovativer Studienangebote</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>(je nach Bedarf in bestimmten Fächergruppen (Medizin, MINT, Lehramt,...), Hochschultypen, etc.)</td>
<td>Transfer digitaler Lehrformate in die Breite</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Weiterentwicklung der Curricula in der Breite, Berufsfeldorientierung</td>
</tr>
<tr>
<td>Ergebnisse der Studienverlaufsstatistik</td>
<td>Lernplattformen, die Studierende als Akteure des Lernprozesses besser einbeziehen</td>
</tr>
<tr>
<td>----------------------------------------</td>
<td>--------------------------------------------------------------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Hochschuldidaktische Weiterbildungen von Lehrenden und für Lehrende, z.B. zu Digitalisierung, Heterogenität</td>
</tr>
<tr>
<td>Mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem, Adressierung von Heterogenität (je nach Bedarf in bestimmten Fächerguppen (Medizin, MINT, Lehramt,...), Studienarten, Hochschultypen etc.)</td>
<td>Förderung von Maßnahmen für Studierende</td>
</tr>
<tr>
<td>Verbeserung von Übergängen im Bildungssystem (zwischen Schule und Hochschule, in der Studieneingangsphase, zwischen Studienstufen und nach dem Studium in den Beruf)</td>
<td>Gezielte Stärkung dualer Hochschulen und Ausbau dualer Studiengänge sowie von Fachhochschulen</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Vor- und Brückenkurse, Orientierungsmodule, besondere Studieneingangsphasen</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Career-Center</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Alumni-Arbeit</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Anlage 1 zur Bund-Länder-Vereinbarung (BLV):
Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken
<table>
<thead>
<tr>
<th>Internationalisierung des Studiums und Mobilität</th>
<th>Internationale Gastprofessuren</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Fremdsprachiges, insbesondere englischsprachiges Lehrangebot</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Erhöhung der Zahl der Studiengänge mit verbindlichem Auslandsaufenthalt</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Erhöhung der Studierenden-Mobilität, Erhöhung der Incoming-/ Outgoing-Quoten</td>
</tr>
<tr>
<td>Qualitätssicherung</td>
<td>Monitoring von Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung in der Lehre (bspw. Studienverlaufs- und Prüfungsmonitoring)</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Verbreitung von Leitbildern für die Lehre</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Befragungen von Studierenden und Absolventinnen und Absolventen</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Anlage 1 zur Bund-Länder-Vereinbarung (BLV):
Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken
### Anlage 1 zur Bund-Länder-Vereinbarung (BLV):

**Zukunftsvertrag *Studium und Lehre stärken***

<table>
<thead>
<tr>
<th>Gleichstellung</th>
<th>Erhöhung des Frauenanteils beim hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Zahl der weiblichen Studierenden im MINT-Bereich erhöhen</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Berufserziehung von Studiengängen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Identifizierung und Verbreitung wirksamer und modellhafter Innovationen
Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken

Anlage 2 zur Bund-Länder-Vereinbarung (BLV): Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken

Aufbau und Struktur der Verpflichtungserklärungen der Länder

Gliederung:

1. Darstellung der Ausgangslage des Landes (gemäß § 2 Abs. 2 BLV)

   Qualitative und quantitative Darstellung der spezifischen Herausforderungen und Bedarfe des Landes im Bereich Studium und Lehre (ggf. nach Hochschultypen und Fächergruppen). Dabei sollen Aussagen zu folgenden Punkten getroffen werden: Mischparameter (Studienanfänger, Studierende, Absolventen), ggf. nach Hochschultypen (vgl. § 3 Abs. 3 BLV), wissenschaftliches Personal: befristet/unbefristet, hauptberufliches Personal (vgl. § 1 Abs. 2 BLV), Betreuungsverhältnisse bzw. Betreuungssituation (vgl. § 1 Abs. 2 BLV) und Studienerfolg, Studienabbruch (vgl. § 1 Abs. 3 BLV).

2. Ziele, Schwerpunkte und Maßnahmen (gemäß § 2 Abs. 2 BLV)

   • Aus der Ausgangslage abgeleitet: begründete Ziele und Schwerpunkte für die Laufzeit der Verpflichtungserklärungen der Länder
   • Verbindung mit den hochschulplanerischen Zielstellungen des Landes
   • Pro Schwerpunkt: Zentrale Maßnahmen nach § 1 Abs. 2 und 3 BLV (bspw. aus dem Maßnahmenkatalog)
   • Qualitative bzw. quantitative Indikatoren zur Darstellung der Entwicklung in den Schwerpunkten (zwecks Berichterstattung nach § 7 Abs. 2 BLV) und zum Nachweis der Durchführung der Maßnahmen

Umfang:

• Die Darstellung der Ausgangslage (quantitativ sowie qualitativ) sollte zwischen zwei und drei Seiten umfassen.

• Pro Schwerpunkt (samt Zielen und Maßnahmen) erscheint eine Seite als angemessen.
Verfahren zur Erstellung der Verpflichtungserklärungen der Länder („Konsultationsverfahren“):


- Der Bund prüft die Verpflichtungserklärung. Er kann dem Land auf Arbeitsebene Empfehlungen und Änderungsvorschläge übermitteln (erstmals Januar bis Februar 2020).

- Offene Fragen werden zwischen dem Bund und dem Land geklärt und ggf. eine Überarbeitung der Verpflichtungserklärung besprochen (erstmals März bis April 2020).

- Auf Basis der Ergebnisse der bilateralen Gespräche sowie der Empfehlungen des Bundes überarbeitet das Land ggf. die Verpflichtungserklärung (erstmals April bis Mai 2020).


### Grundfinanzierung der Hochschulen im Sinne des Zukunftsvertrags *Studium und Lehre stärken* (Berichtsjahr 20xx)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kategorie</th>
<th>Haushaltskapitel /-titel bzw. Produktgruppe und Konzernebereich</th>
<th>Betrag IST in Mio. €</th>
<th>Ausführhinweise</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Grundhaushalte der Hochschulen</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1 Summe der &quot;direkten&quot; Hochschulkapitel/-produktgruppen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4 (-) Investitionen soweit in Zeile 1, 2 enthalten und im Haushalt ausgewiesen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Hochschulpakt 2020 (bis 2023)</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5 (-) Landesfinanzierung HSP soweit in Zeile 1 enthalten</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6 (+) gesondert ausgewiesene Programme aus HSP-Mitteln (einschließlich Bundeszuweisung und Landesfinanzierung)</td>
<td></td>
<td></td>
<td>Außerhalb der direkten Hochschulkapitel/-produktgruppen ausgewiesene Mittel aus dem HSP (Bundes- und Landesmittel).</td>
</tr>
<tr>
<td>7 (-) Bundesmittel HSP (soweit in Zeilen 1, 2, 6, 13, 14, 15 enthalten)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>8 (-) Landesfinanzierung HSP soweit in Zeilen 2, 6, 13, 14, 15 enthalten</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Anlage 3 zur Bund-Länder-Vereinbarung (BLV):**

**Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken**
Zukunftsvertrag (ab 2021)

9  (-) Landeskofinanzierung Zukunftsvertrag soweit in Zeile 1 enthalten

10 (+) gesondert ausgewiesene Programme aus Zukunftsvertragsmitteln (einschließlich Bundeszuweisung und Landeskofinanzierung)
     Außerhalb der direkten Hochschulkapital-/produktgruppen ausgewiesene Mittel aus dem Zukunftsvertrag (Bundes- und Landesmittel).

11 (-) Bundesmittel Zukunftsvertrag (soweit in Zeilen 1, 2, 10, 13, 14, 15 enthalten)

12 (-) Landeskofinanzierung Zukunftsvertrag soweit in Zeilen 2, 10, 13, 14, 15 enthalten

Sonstige Mittel für die Hochschulen

13 (+) Zuführungen an Hochschulen aus Fonds oder Sondervermögen
     Auch hier können HSP/Zukunftsvertragsmittel enthalten sein.

14 (+) sonstige Zurechnungen (z. B. QSL-Mittel und Ähnliches)
     Auch hier können HSP/Zukunftsvertragsmittel enthalten sein.

15 (+) Zuschuss an staatlich anerkannte, staatlich refinanzierte Hochschulen
     Auch hier können HSP/Zukunftsvertragsmittel enthalten sein.

16 (-) sonstige Absetzungen (z. B. BAföG-Verwaltung, Drittmittel)
     Mittel, die an die Hochschulen fließen, aber nicht der Grundfinanzierung im Sinne des Zukunftsvertrags zuzuordnen sind.
     (soweit in Zeile 1 enthalten)

17 (=) Ergebnis: Grundfinanzierung im Sinne des Zukunftsvertrags

Nachrichtlich:
Ausgangslage Grundfinanzierung i. d. Zukunftsvertrags im Jahr 2020

Das ist der Basiswert gemäß § 6 Absatz 2.

Anlage 3 zur Bund-Länder-Vereinbarung (BLV):
Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken
### Zukunftsvertrag *Studium und Lehre stärken*

Übersicht über die Mittelbereitstellung und -verwendung im Jahr 20xx

<table>
<thead>
<tr>
<th>Betrag</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Bereitgestellte Mittel (Gesamtsumme)</td>
</tr>
<tr>
<td>davon Bundesmittel</td>
</tr>
<tr>
<td>davon Landesmittel</td>
</tr>
<tr>
<td>Vom Land zugewiesene Mittel nach Schwerpunkten bzw. Maßnahmen gemäß Verpflichtungserklärung (Gesamtsumme bzw. nur Bundesmittel) (^1)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

\(^1\) Die Teilsummen addieren sich zur Gesamtsumme.

BAnz. AT 15. April 2015 B6

Präambel


Zudem setzen die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland ihre gemeinsamen Anstrengungen in der Förderung von Wissenschaft und Forschung und zur Stärkung der Forschung insbesondere an Hochschulen mit der in den ersten beiden Programmphasen des Hochschulpakts seit 2007 etablierten Finanzierung von Programmpauschalen für indirekte, zusätzliche und variable Projektausgaben bei der Förderung von Forschungsprojekten durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) fort.
Artikel 1
Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger

§ 1
Ziele und Grundlage der Förderung


(2) Die Länder schaffen die gemäß Absatz 1 notwendigen zusätzlichen Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen und gewährleisten den Studierenden ein qualitativ hochwertiges Hochschulstudium.


Die Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verpflichten sich außerdem, die Studienanfängerkapazität des Jahres 2005 in den Fächern Human- und Zahnmedizin aufrechtzuerhalten.

(3) Bei der Verwendung der Mittel setzen die Länder Schwerpunkte in der Einstellung zusätzlichen Personals an den Hochschulen. Dabei verfolgen sie das Ziel, den Anteil von Frauen bei der Besetzung von Professuren und sonstigen

---

\(^1\) Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden nur die männliche Form verwendet. Es sind jedoch stets Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gleichermaßen gemeint.

§ 2
Finanzbereitstellung

(1) Bund und Länder halten zur Erreichung der Ziele nach § 1 einen Betrag von 26 000 Euro pro zusätzlichen Studienanfänger für erforderlich. Wie in der zweiten Programmphase ist darin ein Beitrag zur Verbesserung der Qualität der Lehre enthalten.

(2) Der Bund beteiligt sich bis zu der in § 1 Absatz 1 genannten Zahl zusätzlicher Studienanfänger an den erforderlichen Maßnahmen mit 13 000 Euro pro zusätzlichen Studienanfänger, die er in einheitlichen Jahresraten verteilt auf vier Jahre bereitstellt.

(3) Der Bund stellt, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften, in den Jahren 2015 bis 2023 einen Höchstbetrag in Höhe von insgesamt bis zu 14,152 Milliarden Euro bereit. Davon dienen


b) in den Jahren 2016 bis 2020 bis zu 6,252 Milliarden Euro dem Ausbau der Studienangebote für die nach der KMK-Vorausberechnung von 2014 erwarteten zusätzlichen Studienanfänger der dritten Programmphase (2016 bis 2020) sowie

c) in den Jahren 2021 bis 2023 bis zu 2,530 Milliarden Euro der Ausfinanzierung der in der dritten Programmphase aufgenommenen zusätzlichen Studienanfänger gemäß Absatz 2.
(4) Die Summe der Bundesmittel gemäß Absatz 2 und 3 ist höchstens auf die Finanzierung der in § 1 Absatz 1 genannten Zahl der zusätzlichen Studienanfänger begrenzt. Grundsätze der Verteilung werden in § 3 geregelt. Sollte die Zahl der statistisch nachgewiesenen zusätzlichen Studienanfänger die aus der KMK-Vorausberechnung von 2014 berechnete Zahl zusätzlicher Studienanfänger, ergänzt um die endgültige Meldung des Statistischen Bundesamts für das Studienjahr 2013, übersteigen, so werden hierfür keine Bundesmittel bereitgestellt.


Die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verpflichteten sich, ergänzend zu Absatz 5 Satz 1 zusätzliche finanzielle Leistungen in Höhe von 55,8096 vom Hundert der Pauschale gemäß § 3 Absatz 2 zur anteiligen Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der Pauschale zu erbringen.

(7) Das Saarland verpflichtet sich, zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der Ziele nach § 1 zusätzliche finanzielle Leistungen zu erbringen, die einem Anteil von 60 vom Hundert der erhaltenen Bundesmittel für zusätzliche Studienanfänger gegenüber dem Referenzjahr 2005 entsprechen.

§ 3
Zahlung der Bundesmittel

(1) Die gemäß § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 2 erforderlichen Bundesmittel werden den einzelnen Ländern ab 2015 entsprechend den auf Grundlage der KMK-Vorausberechnung von 2014, ergänzt um die endgültige Meldung des Statistischen Bundesamts für das Studienjahr 2013, berechneten zusätzlichen Studienanfängern eines jeden Jahres und unter Berücksichtigung der Pauschalen nach Absatz 2 und 3 jährlich als Höchstbetrag zur Verfügung gestellt. Die Ermittlung der Bundesmittel für das Saarland erfolgt ohne Berücksichtigung der Pauschalen nach Absatz 2 und 3. Die jahresweise Verteilung der Bundesmittel auf die Länder ergibt sich aus der Anlage 1, die mit Blick auf die jährliche Gesamtsumme der Bundesmittel vorbehaltlich einer etwaigen Minderung nach Absatz 4 verbindlicher Bestandteil dieser Vereinbarung ist.

(2) Die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erhalten in den Jahren 2016 bis 2023 zur Erreichung der Ziele nach § 1 Absatz 2 Satz 2 eine Pauschale von zusammen 7,3528 vom Hundert der jährlichen an die Länder ausgeschütteten Bundesmittel für die dritte Programmphase, höchstens jedoch 726,488 Millionen Euro. Davon entfallen auf Brandenburg 12,1473 vom Hundert, Mecklenburg-Vorpommern 11,0032 vom Hundert, Sachsen 38,5155 vom Hundert, Sachsen-Anhalt 19,0344 vom Hundert und Thüringen 19,2996 vom Hundert.


Hochschulpakt III

Endmeldung für das Studienjahr 2020 weitere Änderungen, so werden diese zu zwei Dritteln mit den Zahlungen für 2022 und zu einem Drittel mit den Zahlungen für 2023 verrechnet.

§ 4

Länderinterner Zwischenausgleich der Bundesmittel im Jahr 2017


(2) Ansprüche von Ländern, die die Studienanfängerzahlen der Vorausberechnung nicht erreichen (Minderleistung), werden zugunsten der Länder, die die Studienanfängerzahlen der Vorausberechnung übertreffen (Mehrleistung), übertragen. Beim Ausgleich zwischen den Ländern werden nur ganze zStA-Äquivalente, die mit dem berechneten Durchschnittspreis vergütet werden, getauscht.

Die Höhe der Mittel, für die ein Land durch eine Mehrleistung zusätzlicher Studienanfänger zusätzliche Ansprüche innerhalb der zur Verfügung stehenden Bundesmittel erwirbt, berechnet sich entsprechend seinem Anteil an den von allen Ländern erbrachten Mehrleistungen ohne Einbeziehung der Minderleistungen und den für einen Ausgleich verfügbaren Minderleistungen.

Die Höhe der Mittel, in der ein Land durch eine Minderleistung zusätzlicher Studienanfänger Mittel abgeben muss, berechnet sich entsprechend seinem Anteil an den von allen Ländern erbrachten Minderleistungen ohne Einbeziehung der Mehrleistungen und den für einen Ausgleich verfügbaren Mehrleistungen.

Darüber hinaus können die Länder im Jahr 2017 für die Jahre 2018 bis 2023 einen weiteren Ausgleich von Bundesmitteln für zusätzliche Studienanfänger vereinbaren.
(3) Gemäß dem Ergebnis der Ausgleichsbetrachtung nach Absatz 1 und 2 erfolgt eine Anpassung der länderspezifischen Mittelzuweisungen des Bundes, wobei die aus dem Ausgleich resultierenden länderspezifischen Ansprüche innerhalb der insgesamt zur Verfügung stehenden Bundesmittel zu gleichen Teilen mit den Zahlungen der Jahre 2018 bis 2020 an die einzelnen Länder verrechnet werden.

§ 5
Abschließender länderinterner Ausgleich der Bundesmittel


§ 6
Zuweisung der Bundesmittel

(1) Der Bund weist die von ihm zur Verfügung zu stellenden Mittel den einzelnen Ländern zur eigenen Bewirtschaftung zu. Die Mittel sind zweckgebunden für Maßnahmen nach § 1. Die Länder führen das Programm administrativ durch. Zinsen für Überzahlungen im Fall einer Unterschreitung der vorausberechneten Zahl zusätzlicher Studienanfänger gemäß § 3 Absatz 4 werden nicht erhoben.

(2) Die Länder belegen dem Bund die zweckentsprechende Verwendung der Mittel durch ihre Berichte nach § 7. Sie prüfen die Verwendungsnachweise, soweit die Mittel als Zuwendung nach den einschlägigen Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung bzw. jeweiligen Landeshaushaltsordnung an Dritte weitergegeben werden.

§ 7
Berichtspflicht


Artikel 2

Programm zur Finanzierung von Programmpauschalen für von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Forschungsvorhaben

§ 1

Ziel und Gegenstand der Förderung von Programmpauschalen

Die Antragsteller der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsvorhaben erhalten einen pauschalen Zuschlag zur Deckung der mit der Förderung verbundenen indirekten, zusätzlichen und variablen Projektausgaben (Programmpauschale). Dabei handelt es sich um Ausgaben, die bei betriebswirtschaftlicher Betrachtung durch die Forschungsprojekte verursacht werden, aber diesen nicht unmittelbar und ausschließlich direkt zurechenbar sind.

§ 2

Umfang der Förderung und Finanzierung von Programmpauschalen


(3) Die Mittel werden der DFG von Bund und Ländern als Sonderfinanzierung ergänzend zur institutionellen Förderung zur Verfügung gestellt, wobei die Bewirtschaftungsgrundsätze der DFG, insbesondere mit Blick auf Deckungsfähigkeit und die Möglichkeit zur überjährigen Mittelverwendung, auch auf diese Sonderfinanzierung Anwendung finden. Vorbehaltlich der Mittelbereit-

2 Dies umfasst nicht die Finanzierung von Stipendien, Kongressbeiträge in Deutschland, Hilfseinrichtungen der Forschung, Mitgliedsbeiträgen an internationale Organisationen sowie die Förderung der internationalen Forschungsverbünde/der Wahrnehmung internationaler Verpflichtungen.

(4) Eine Veränderung der Stimmverhältnisse von Bund und Ländern in den Ausschüssen der DFG ist mit der Programmepauschale nicht verbunden.

§ 3
Verwendung der Programmepauschale

Über die Verwendung der Programmepauschale entscheidet die Hochschule oder die Forschungseinrichtung unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben. Bund und Länder erwarten eine transparente Verwendung der Mittel aus den Pauschalen an den einzelnen Einrichtungen durch eine vollständige Vereinnahmung in ihrem allgemeinen Haushalt sowie durch eine transparente und sachgerechte Verteilung.

Artikel 3
Geltungsbereich, Inkrafttreten


(3) Die Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung durch alle Vertragsschließen- den in Kraft.
### Gesamtfinanzierung des Hochschulpakts 2020 (Programmphasen I - III)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>IST</th>
<th>PLAN</th>
<th>Summe (T €)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2023</td>
<td>18.632.851</td>
<td>18.342.543</td>
<td>18.439.111</td>
</tr>
<tr>
<td>2022</td>
<td>18.632.851</td>
<td>18.342.543</td>
<td>18.439.111</td>
</tr>
<tr>
<td>2016</td>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>2013</td>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>2012</td>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
</tbody>
</table>

#### Bundesmittel (Plan)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bundesmittel (Plan)</th>
<th>Bundesmittel (Soll)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>18.632.851</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.439.111</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
</tbody>
</table>

#### Landesmittel (Plan)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Landesmittel (Plan)</th>
<th>Landesmittel (Soll)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>18.632.851</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.439.111</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
</tbody>
</table>

#### Ländermittel (Plan)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Ländermittel (Plan)</th>
<th>Ländermittel (Soll)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>18.632.851</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.439.111</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
<tr>
<td>18.342.543</td>
<td>18.342.543</td>
</tr>
</tbody>
</table>

#### Darunter

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bundesland</th>
<th>Plan</th>
<th>Soll</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BW</td>
<td>7.213</td>
<td>6.000</td>
</tr>
<tr>
<td>BY</td>
<td>45.344</td>
<td>22.918</td>
</tr>
<tr>
<td>BE</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>BB</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>HB</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>HE</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>MV</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>NI</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>NW</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>RP</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>SL</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>SN</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>ST</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>SH</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
<tr>
<td>TH</td>
<td>24.95</td>
<td>13.494</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Anlage 1 zur Bund-Länder-Vereinbarung - Teil 1 -
Bundesmittel im Hochschulpakt 2020 (Programmphasen I - III)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BY</td>
<td>5.462</td>
<td>15.890</td>
<td>27.351</td>
<td>38.920</td>
<td>123.319</td>
<td>213.625</td>
<td>315.586</td>
<td>254.113</td>
<td>242.086</td>
<td>279.483</td>
<td>316.264</td>
<td>256.067</td>
<td>256.865</td>
<td>248.742</td>
<td>183.553</td>
<td>118.423</td>
<td>56.104</td>
<td>2.951.839</td>
</tr>
<tr>
<td>HH</td>
<td>735</td>
<td>2.143</td>
<td>3.689</td>
<td>5.249</td>
<td>62.840</td>
<td>78.396</td>
<td>69.342</td>
<td>65.189</td>
<td>55.456</td>
<td>78.626</td>
<td>98.810</td>
<td>74.446</td>
<td>73.014</td>
<td>53.933</td>
<td>35.528</td>
<td>17.516</td>
<td>849.763</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>RP</td>
<td>1.730</td>
<td>5.044</td>
<td>8.682</td>
<td>12.354</td>
<td>49.133</td>
<td>57.128</td>
<td>71.783</td>
<td>66.179</td>
<td>65.738</td>
<td>88.068</td>
<td>110.948</td>
<td>87.337</td>
<td>84.167</td>
<td>61.946</td>
<td>40.309</td>
<td>19.504</td>
<td>917.509</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>SN</td>
<td>1.687</td>
<td>4.917</td>
<td>8.464</td>
<td>12.044</td>
<td>27.586</td>
<td>52.162</td>
<td>86.258</td>
<td>94.307</td>
<td>90.955</td>
<td>87.490</td>
<td>91.790</td>
<td>64.399</td>
<td>61.748</td>
<td>59.919</td>
<td>44.180</td>
<td>28.380</td>
<td>13.527</td>
<td>829.812</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Anlage 1 zur Bund-Länder-Vereinbarung - Teil 2**
Hochschulpakt III

Anlage 2
zur Bund-Länder-Vereinbarung

Finanzierung des Programms zur Finanzierung von Programmpauschalen 2016 bis 2020

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Bund</th>
<th>Länder</th>
<th>Gesamt</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2016</td>
<td>397,90</td>
<td>4,44</td>
<td>402,34</td>
</tr>
<tr>
<td>2017</td>
<td>394,70</td>
<td>15,72</td>
<td>410,42</td>
</tr>
<tr>
<td>2018</td>
<td>406,50</td>
<td>26,80</td>
<td>433,30</td>
</tr>
<tr>
<td>2019</td>
<td>418,70</td>
<td>36,32</td>
<td>455,02</td>
</tr>
<tr>
<td>2020</td>
<td>431,30</td>
<td>41,28</td>
<td>472,58</td>
</tr>
<tr>
<td>Summen</td>
<td>2.049,10</td>
<td>124,56</td>
<td>2.173,66</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Aufteilung des Länderanteils auf die Länder (nach dem Königsteiner Schlüssel für 2014)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Land</th>
<th>Anteil KS</th>
<th>%</th>
<th>2016</th>
<th>2017</th>
<th>2018</th>
<th>2019</th>
<th>2020</th>
<th>Summe</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Baden-Württemberg</td>
<td>12,97496</td>
<td>0,58</td>
<td>2,04</td>
<td>3,48</td>
<td>4,71</td>
<td>5,36</td>
<td>16,16</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bayern</td>
<td>15,33048</td>
<td>0,68</td>
<td>2,41</td>
<td>4,11</td>
<td>5,57</td>
<td>6,33</td>
<td>19,10</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berlin</td>
<td>5,04557</td>
<td>0,22</td>
<td>0,79</td>
<td>1,35</td>
<td>1,83</td>
<td>2,08</td>
<td>6,28</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Brandenburg</td>
<td>3,08092</td>
<td>0,14</td>
<td>0,48</td>
<td>0,83</td>
<td>1,12</td>
<td>1,27</td>
<td>3,84</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bremen</td>
<td>0,94097</td>
<td>0,04</td>
<td>0,15</td>
<td>0,25</td>
<td>0,34</td>
<td>0,39</td>
<td>1,17</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hamburg</td>
<td>2,52738</td>
<td>0,11</td>
<td>0,40</td>
<td>0,68</td>
<td>0,92</td>
<td>1,04</td>
<td>3,15</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hessen</td>
<td>7,31557</td>
<td>0,32</td>
<td>1,15</td>
<td>1,96</td>
<td>2,66</td>
<td>3,02</td>
<td>9,11</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Mecklenburg-Vorpommern</td>
<td>2,04165</td>
<td>0,09</td>
<td>0,32</td>
<td>0,55</td>
<td>0,74</td>
<td>0,84</td>
<td>2,54</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Niedersachsen</td>
<td>9,35696</td>
<td>0,42</td>
<td>1,47</td>
<td>2,51</td>
<td>3,40</td>
<td>3,86</td>
<td>11,66</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nordrhein-Westfalen</td>
<td>21,24052</td>
<td>0,94</td>
<td>3,34</td>
<td>5,69</td>
<td>7,71</td>
<td>8,77</td>
<td>26,46</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Rheinland-Pfalz</td>
<td>4,83472</td>
<td>0,21</td>
<td>0,76</td>
<td>1,30</td>
<td>1,76</td>
<td>2,00</td>
<td>6,02</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Saarland</td>
<td>1,21566</td>
<td>0,05</td>
<td>0,19</td>
<td>0,33</td>
<td>0,44</td>
<td>0,50</td>
<td>1,51</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sachsen</td>
<td>5,10067</td>
<td>0,23</td>
<td>0,80</td>
<td>1,37</td>
<td>1,85</td>
<td>2,11</td>
<td>6,35</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sachsen-Anhalt</td>
<td>2,85771</td>
<td>0,13</td>
<td>0,45</td>
<td>0,77</td>
<td>1,04</td>
<td>1,18</td>
<td>3,56</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Schleswig-Holstein</td>
<td>3,38791</td>
<td>0,15</td>
<td>0,53</td>
<td>0,91</td>
<td>1,23</td>
<td>1,40</td>
<td>4,22</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Thüringen</td>
<td>2,74835</td>
<td>0,12</td>
<td>0,43</td>
<td>0,74</td>
<td>1,00</td>
<td>1,13</td>
<td>3,42</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Insgesamt</td>
<td>100,00000</td>
<td>4,44</td>
<td>15,72</td>
<td>26,80</td>
<td>36,32</td>
<td>41,28</td>
<td>124,56</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

KS = Königsteiner Schlüssel
Förderung von Fachhochschulen / Hochschulen für angewandte Wissenschaften
Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen nach Artikel 91b des Grundgesetzes


§ 1 Gegenstand, Zweck und Ziele der gemeinsamen Förderung


(3) Ziel ist es, die Alleinstellungsmerkmale und Erfolgsfaktoren der Fachhochschulforschung weiter zu schärfen. Vorrangige Ziele sind die Beschleunigung und Intensivierung des anwendungsnahen Wissens- und Technologietransfers durch Kooperationen mit Unternehmen (insbesondere mit kleinen und mittleren Unternehmen [KMU]) oder anderen Praxispartnern und die intensivere Verzahnung von Lehre und Forschung durch forschungsnahe Qualifizierung von Personal und Studierenden in den Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Dabei soll auch das Innovationspotenzial berücksichtigt werden, das sich aus der Einbeziehung von Gender- und Diversity-Aspekten in die Forschung...

§ 2
Antragsberechtigung und Verfahren

(1) Antragsberechtigt sind Fachhochschulen/Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, jeweils vertreten durch ihre Leitung.\(^1\) Anträge sind über die zuständige oberste Landesbehörde des Sitzlandes an den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) beauftragten Projektträger zu richten, es sei denn, diese hat gegenüber dem BMBF schriftlich auf die Vorlage verzichtet.

(2) Im Rahmen von gemeinsamen Verbundprojekten unter der Konsortialführung einer Fachhochschule sind auch Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft – vorrangig KMU –, Universitäten, außerhochschulische Forschungseinrichtungen sowie weitere an Verbundvorhaben beteiligte Partner (Verbundpartner) antragsberechtigt. Die Verbundpartner können dann gefördert werden, wenn dies zur Erreichung der in § 1 Absatz 3 genannte Zielstellungen sinnvoll ist, der Zweck der Förderung in § 1 Absatz 2 erfüllt wird und die Mitwirkung der Verbundpartner der strategischen Ausrichtung der Fachhochschule selbst zu Gute kommt (z. B. hinsichtlich der regionalen Vernetzung, des Ergebnistransfers und zur Ausschöpfung der Verwertungspotenziale). Die jährlichen Zuwendungen an Fachhochschulen sollen nicht unter dem Niveau von 2018 liegen. Vorausgesetzt die finanziellen und fachlichen Rahmenbedingungen sind gegeben, sollen Fachhochschulen mindestens 80 Prozent der je Förderlinie vorgesehenen Mittel erhalten.

(3) Über die Anträge entscheidet das BMBF im Rahmen eines wissenschaftsgeleiteten Begutachtungsverfahrens. Die in der Regel überjährigen Bewilligungen erfolgen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

\(^1\) Einschließlich der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, der Hochschule Geisenheim, der Berufsakademie Sachsen, der Dualen Hochschule Thüringen sowie der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (in der die Hochschule Lausitz (FH) gemäß Artikel 1 § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz aufgegangen ist).
§ 3

Zuwendungsfähige Ausgaben

(1) Die finanzielle Förderung der in das Programm aufgenommenen Projekte erstreckt sich auf die durch die Projekte unmittelbar entstandenen Ausgaben und umfasst:

– Personalausgaben,
– sächliche Verwaltungsausgaben,
– Ausgaben für Geräte und andere projektbezogene Investitionen.

Hochschulen wird bei Forschungsprojekten zusätzlich eine Projektpauschale in Höhe von 20 Prozent der Projekt-ausgaben gewährt.

(2) Aus dem Programm werden auch die Kosten der Projektträgerschaft sowie für Evaluierungen getragen.

§ 4

Mittelvolumen; Finanzierung

Der Bund finanziert die gemäß § 3 dieser Vereinbarung zuwendungsfähigen Ausgaben der durch das Programm geförderten Projekte in Höhe von jährlich mindestens 60 Millionen Euro aus den für diesen Zweck im Haushaltsplan des Bundes festgelegten Mitteln. Das Sitzland beteiligt sich an den vorhabenbezogenen Gesamtausgaben im Rahmen der Finanzierung der Grundausstattung.

§ 5

Durchführung des Programms

Das Programm wird vom BMBF durchgeführt. Das BMBF legt die Einzelheiten des Förderverfahrens in Absprache mit den Ländern fest.

§ 6

Laufzeit, Inkrafttreten


Vereinbarung zwischen Bund und Ländern
gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes
über ein Programm zur Förderung der
Gewinnung und Entwicklung von professoralem Personal
an Fachhochschulen

Präambel

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland beschließen, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften, auf der Grundlage von Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes das Programm zur Förderung der Gewinnung und Entwicklung von professoralem Personal an Fachhochschulen1.


Aufgrund der hochschulspezifischen Verschiedenartigkeit der Problemsituationen sind sich Bund und Länder einig, dass es keine einheitliche Lösung für alle Fälle gibt. Deshalb ist eine konzeptbasierte Förderung vorgesehen, die weitgehend die Empfehlungen des Wissenschaftsrats „zur Personalgewinnung und -entwicklung an Fachhochschulen“ vom Oktober

---

1 Der Begriff „Fachhochschulen“ wird im Folgenden als allgemeine Bezeichnung verwendet und schließt z. B. Hochschulen für angewandte Wissenschaften ein.
2016 aufgreift. Mögliche Maßnahmen sind in einem Instrumentenkasten zusammengefasst, der erweitert werden kann und offen für die Förderung innovativer Ideen ist.


§ 1

Programmziele

Mit dem Programm verfolgen Bund und Länder die Ziele

1. die Leistungsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems zu erhöhen, indem Fachhochschulen bei der Gewinnung hochqualifizierten professoralen Personals unterstützt werden,

2. in Fachhochschulen einen hochschulspezifischen Strategieprozess zu initiieren und zu unterstützen, der auf eine an den tatsächlichen Gegebenheiten und Bedarfen ausgerichtete, systemisch nachhaltige Personalgewinnung von Professorinnen und Professoren zielt,

3. Fachhochschulen dabei zu unterstützen, einen Prozess zu starten, in dem neue Rekrutierungs- und Qualifizierungswege entwickelt, getestet und bei Erfolg nachhaltig etabliert werden,

4. Fachhochschulen dabei zu unterstützen, ihre Sichtbarkeit und Attraktivität als Arbeitgeber für Professorinnen und Professoren zu erhöhen,
5. Fachhochschulen dabei zu unterstützen, Vernetzung effektiv für die Qualifizierung und Rekrutierung professoralen Nachwuchses auf- oder auszubauen und zu nutzen,

6. die Chancengerechtigkeit, Diversität und Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern,


§ 2

Gegenstand der Förderung

(1) Aus den Mitteln des Programms können optional im Rahmen einer Konzeptbildung insbesondere gefördert werden:

a) Maßnahmen der Hochschule zur Analyse ihrer jeweiligen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken (Stärken-Schwächen-Analyse) vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Rahmenbedingungen sowie

b) die Entwicklung eines darauf aufbauenden hochschulspezifischen Personalgewinnungs- und -entwicklungskonzepts für Professorinnen und Professoren. Dies umfasst die unmittelbar und maßgeblich zur Lösung der von der betreffenden Hochschule auf Grundlage der Stärken-Schwächen-Analyse adressierten Problemstellung (weiter-) entwickelten Strategien sowie deren organisatorische Realisierung und Verankerung in der Hochschule.


(3) Zielgruppenspezifisch werbende und imagebildende Maßnahmen zur Steigerung der Sichtbarkeit und Attraktivität der Fachhochschulprofessur als Beruf können im Einzelfall auch Teil der Vernetzungs- bzw. Rekrutierungstätigkeit und somit Gegenstand der Förderung sein. Sie müssen be-
sonders begründet sein, sich in das Konzept zur Gewinnung professoralen Personals einfügen und sich klar von üblicher Öffentlichkeitsarbeit der Hochschule abheben.

§ 3
Antragsberechtigung

(1) Antragsberechtigt sind Fachhochschulen in staatlicher Trägerschaft, einschließlich der Hochschulen in Trägerschaft einer Stiftung des öffentlichen Rechts, sowie staatlich anerkannte Fachhochschulen, die staatlich refinanziert werden.\(^2\)

(2) Eine gemeinsame Antragstellung mehrerer Fachhochschulen als Verbund ist möglich, wenn eine Fachhochschule als Koordinatorin benannt ist. Jede Fachhochschule kann entweder nur einen Antrag als Einzelbewerberin oder in einem Verbund stellen.

(3) Im Rahmen des Antrags einer Hochschule oder eines Verbundes von Hochschulen können auch Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Universitäten, gleichgestellte Hochschulen, andere Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie gemeinnützige Organisationen und Vereine gefördert werden. Antragsberechtigte Hochschulen müssen mindestens 70 vom Hundert der je kooperativer Maßnahme insgesamt beantragten Zuwendung erhalten. Ausländische Partner können grundsätzlich einge bunden werden; eine finanzielle Förderung ausländischer Partner aus Mitteln des Programms ist jedoch ausgeschlossen.

§ 4
Förderkriterien

(1) Konzeptbildung

Voraussetzung der Förderung ist ein schlüssiger, kurz gefasster Antrag, der den angestrebten personalstrategischen Fortschritt der Fachhochschule darstellt, mit Aussagen dazu,

a) wie die Stärken-Schwächen-Analyse erstellt werden soll,

---

\(^2\) Einschließlich der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (soweit es die Hochschule Lausitz (FH) betrifft, die gemäß Artikel 1 § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz in der BTU aufgegangen ist), der Hochschule Geisenheim, der Berufsakademie Sachsen und der Dualen Hochschule Thüringen.
b) wie darauf aufbauend das jeweilige hochschulspezifische Konzept zur Gewinnung professoralen Personals entwickelt werden soll,

c) welche Schritte und Vorgehensweisen dazu beabsichtigt sind,

d) welcher angemessene finanzielle Mehrbedarf dafür entsteht.

Mit der Förderung soll den Fachhochschulen ermöglicht werden, sich intensiv mit dem Thema der Gewinnung von professoralem Personal zu befassen, um eine belastbare und datengestützte Stärken-Schwächen-Analyse zu erstellen und hierauf aufbauend ein strategisch überzeugendes und nachhaltiges Konzept zu entwickeln. Dadurch soll die Grundlage geschaffen werden, dass die Förderung der Umsetzungsphase eine langfristig positive Wirkung auf die Personalsituation an Fachhochschulen haben wird.

(2) Umsetzungsphase


Darauf aufbauend legt die Fachhochschule dar, welche konkreten Maßnahmen mit Strukturwirkung sie beantragt. Beantragte Maßnahmen werden danach bewertet, ob sie mit Blick auf die hochschulspezifische Ausgangslage und den begründeten Bedarf der einzelnen Fachhochschule zur Erreichung der in § 1 genannten Ziele geeignet sind. Dabei werden insbesondere folgende Kriterien berücksichtigt:

a) qualitativer Mehrwert im Vergleich zur dargelegten Ausgangslage,

b) Konsistenz und Einbettung in Profil und Leitbild der Fachhochschule und in das regionale Umfeld,

c) bedarfsgerechte Nachhaltigkeit der Maßnahmen,
d) Überlegungen zur Prozessbegleitung und -anpassung sowie Ziel-
erreichung,

e) Konsistenz und Erfolgswahrscheinlichkeit im Hinblick auf Chancen-
gerechtigkeit, Diversität und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

(3) Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen. Förderfähig sind nur
Maßnahmen, für die noch keine anderweitige Förderung erfolgt oder in
Aussicht gestellt wurde. Erforderlich ist die Vorlage einer entsprechenden
Erklärung der Hochschule und des jeweiligen Landes. Bestehende Initiativen
von Ländern oder Hochschulen schließen gleichartige oder ähnliche Maßnah-
men in anderen Zusammenhängen bzw. an anderen Hochschulen oder
Professuren nicht aus.

(4) Für die vergleichende Bewertung im Auswahlverfahren gilt weder ein
Präjudiz für genannte noch für nicht genannte Instrumente.

(5) Im Falle einer gemeinsamen Antragstellung mehrerer Fachhochschulen
müssen die zu erwartenden Synergieeffekte und die Ziele der Kooperation
überzeugend dargestellt werden. Bei Kooperationen mit nichtfach-
hochschulischen Partnern sind die ziel führende Bedeutung des Zusammen-
wirkens mit dem jeweiligen Partner und die Eignung des Beitrags zur
Erreichung der Ziele im Sinne von § 1 maßgebend.

(6) Die beantragten Mittel müssen bezüglich der bedarfsgerechten Durch-
führung der geplanten Vorhaben in einem angemessenen Verhältnis stehen.

(7) Von der Förderung ausgeschlossen sind Maßnahmen, die keinen unmittel-
baren Bezug zu den Programmzielen nach § 1 haben. Hierzu gehören

a) beispielsweise übliche Fortbildungs-, Trainings- und Coachingangebote
insbesondere für Erstberufene, bei Übernahme eines Wahlamtes oder
beim Aufbau und der Leitung von Forschungsgruppen,

b) die Höherbewertung von bestehenden oder die Einrichtung neuer
Professuren, es sei denn, diese dienen der Kompensation des ent-
fallenden Deputats insbesondere bei Schwerpunktprofessuren oder es
handelt sich um die Einrichtung neuer Professorenstellen mit der
Wertigkeit W1 im Rahmen der Tandemprogramme nach § 2 Absatz 2,

c) die Förderung von Stellen des akademischen Mittelbaus, sofern diese
nicht im Einzelfall nachweislich auf die fachliche Qualifizierung für eine
Fachhochschulprofessur zielen.
§ 5

Verfahren

(1) Konzeptbildung

Fachhochschulen können vor dem Beginn der Umsetzungsphase für die Konzeptbildung einmalig eine Unterstützung in Höhe von maximal 50 000 Euro erhalten. Die Verwendung der Mittel muss dem Ziel einer umfassenden Stärken-Schwächen-Analyse und des darauf aufbauenden Konzepts zur Gewinnung und Entwicklung professoralen Personals dienen.

Voraussetzung ist ein kurzgefasster Antrag der jeweiligen Hochschule. Der Bewilligung geht eine Prüfung voraus, ob die dargestellten Maßnahmen schlüssig einen Mehrwert für die Personalstrategiefindung erwarten lassen und ob die beantragten Mittel angemessen sind. Die Förderlaufzeit ist auf maximal acht Monate begrenzt.

Die Beteiligung ist keine Voraussetzung für eine Förderung in der Umsetzungsphase.

(2) Umsetzungsphase:


Wird in der zweiten Bewilligungsrounde der Anteil eines Landes an der Förderung nicht ausgeschöpft, stehen die nicht ausgeschöpften Mittel für Anträge von Fachhochschulen aus dem Land zur Verfügung, die in der ersten Bewilligungsrounde als förderwürdig bewertet, aber nicht vollumfänglich bewilligt wurden. Ist damit weiterhin der Anteil eines Landes nicht ausgeschöpft, stehen die nicht ausgeschöpften Mittel Fachhochschulen anderer Länder zur Verfügung. Die Förderpriorität dieser Anträge empfehlen die Expertinnen und Experten (Buchstabe d) im bundesweiten Vergleich der Anträge.

c) Die Antragsberechtigten richten ihre Förderanträge über die für Wissenschaft zuständige oberste Behörde des Sitzlandes an den Projekträger
(§ 5, Absatz 4). Bei der Weiterleitung bestätigt diese für ihr Sitzland, dass die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des im Antrag vorgestellten Konzepts gegeben sind oder notwendige Anpassungen vorgenommen werden. Die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen müssen bei Förderbeginn vorliegen.

d) Die Förderanträge werden auf der Grundlage der nach § 4 maßgeblichen Kriterien in einem wissenschaftsgeleiteten Verfahren von den Expertinnen und Experten eines Auswahlgremiums begutachtet und auf ihre Förderwürdigkeit hin bewertet. Das Auswahlgremium entscheidet in einem wettbewerblichen Verfahren über die Förderung der als förderwürdig bewerteten Anträge und über die Förderhöhe im Rahmen der je Bewilligungs­runde verfügbaren Programmmittel.


f) Bund und Länder legen gemeinsam mit dem Auswahlgremium die Ausgestaltung des Begutachtungsverfahrens fest.

(3) Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) veröffentlicht auf der Grundlage dieser Verwaltungsvereinbarung in Abstimmung mit den Ländern zu den Nummern 1 und 2 jeweils eine Förderbekanntmachung.

(4) Zur Programmdurchführung beauftragt das BMBF aus den Programmmitteln einen Projektträger, der das Programm administrativ betreut sowie das Begutachtungs- und Auswahlverfahren unterstützt.

(5) Die Förderung erfolgt als Zuwendung durch das BMBF an die Hochschulen. Das BMBF stellt bei der Bewilligung in geeigneter Weise dar, dass es sich um eine gemeinsame Förderung von Bund und Ländern handelt.
§ 6
Mittelbereitstellung, Umfang und Dauer der Förderung


(3) Zuwendungen werden im Wege der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt. Förderfähig sind die direkten, durch die Projekte verursachten Personal- und Sachausgaben.

(4) Maßnahmen nach § 2 Absatz 2 können je Bewilligungs­runde für einen Zeitraum von bis zu sechs Jahren gefördert werden.

(5) Das jeweilige Sitzland stellt die Gesamtfinanzierung sicher.


§ 7
Rahmenbedingungen

Jedes Land stellt sicher, dass

a) die im jeweiligen Sitzland für die Umsetzung der im Antrag der Hochschulen dargestellten Maßnahmen die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen gegeben sind,

b) es zu keinen kompensatorischen Kürzungen kommt,
c) die von Länderseite zugesagte Unterstützung der im Antrag vorgesehenen Maßnahmen erfolgt,
d) die Fachhochschulen Grundmittel für die Personalgewinnung und -entwicklung einsetzen können.

§ 8 Evaluation


(2) Mit ihrem Antrag erklären die Fachhochschule und das jeweilige Land ihre Bereitschaft, die für das Monitoring und die Evaluation erforderlichen Daten zu erheben und für das Monitoring und die Evaluation zur Verfügung zu stellen.

§ 9 Laufzeit, Inkrafttreten

(1) Die Vereinbarung wird bis zum 31. Dezember 2028 geschlossen.

Zu § 2: Gegenstand der Förderung

In der Umsetzungsphase können aus den Mitteln des Programms Maßnahmen gefördert werden, die sich auf die hochschulspezifische Strategie beziehen. Beispielhaft können folgende Instrumente gefördert werden:

a) Schwerpunktprofessuren:


b) Kooperative Promotionen/Promotionskollegs/Kooperationsplattformen:

Promovierenden erfolgt gemeinsam durch Universitäts- und Fachhochschulprofessorinnen und -professoren.

c) Tandem-Programme:


Die Zielgruppe umfasst zum anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die mit Ausnahme der Berufspraxis die Voraussetzungen für die Besetzung einer Fachhochschulprofessur erfüllen. Sie sollen diese Berufspraxis in Partnereinrichtungen erwerben können.

Die jeweilige Gewichtung der Tätigkeiten in Fachhochschulen und Unternehmen sollte zielgruppenorientiert ausfallen. Entscheidend bleibt, dass den qualitativen Anforderungen an eine qualifizierte Berufserfahrung als Berufungsvoraussetzung hinreichend Rechnung getragen wird.

d) Etablierung oder Ausbau von Vernetzungsstrukturen/Kooperationsplattformen:


e) Experimentierfeld für innovative Maßnahmen:

Hier können neue Modelle getestet werden, um fach- oder standortspezifische Lösungen sowie innovative Rekrutierungskonzepte zu erproben.
Förderung von Universitäten
Verwaltungsvereinbarung
zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1
des Grundgesetzes zur Förderung von Spitzenforschung an
Universitäten
– „Exzellenzstrategie“ –
gemäß Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs
BAnz. AT 27. Oktober 2016 B6

Präambel

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland beschließen, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften, auf der Grundlage von Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes ihre insbesondere durch die Exzellenzinitiative begonnenen Anstrengungen zur Stärkung der Universitäten durch die Förderung wissenschaftlicher Spitzenleistungen, Profilbildungen und Kooperationen im Wissenschaftssystem fortzusetzen und weiterzuentwickeln, um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern und die erfolgreiche Entwicklung fortzuführen, die die Ausbildung von Leistungsspitzen in der Forschung und die Anhebung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandorts Deutschland in der Breite zum Ziel hat. In gemeinsamer Verantwortung und Finanzierung wollen Bund und Länder die mit der Exzellenzinitiative erreichte neue Dynamik im deutschen Wissenschaftssystem erhalten und ausbauen sowie eine längerfristige Zukunftsperspektive für erfolgreiche Projekte der Exzellenzinitiative ermöglichen. Ferner soll zur Stärkung der Universitäten deren fachliche und strategische Profilierung unterstützt werden, die sich auf alle Leistungsbereiche beziehen kann.

§ 1
Gegenstand und Umfang der Förderung

(1) Die gemeinsame Förderung durch die Vertragschließenden erstreckt sich auf die wissenschaftsbezogenen Aktivitäten der erfolgreichen Universitäten und ihrer Kooperationspartner in Fällen überregionaler Bedeutung in den Förderlinien:

a) Exzellenzcluster: Mit ihr werden international wettbewerbsfähige Forschungsfelder an Universitäten bzw. Universitätsverbünden projektbezogen gefördert.
b) Exzellenzuniversitäten: Diese Förderlinie dient der dauerhaften Stärkung der Universitäten als Institution bzw. einem Verbund von Universitäten und dem Ausbau ihrer internationalen Spitzenstellung in der Forschung auf Basis erfolgreicher Exzellenzcluster.

(2) In beiden Förderlinien kann eine Antragstellung durch eine einzelne Universität sowie durch einen Verbund mehrerer Universitäten (Universitätsverbund) erfolgen, die als gemeinsame Antragsteller auftreten, um in einer kooperativen Struktur exzellente Forschung voranzubringen. Die sichtbare und schon bisher gelebte übergreifende Zusammenarbeit, die Synergien sowie wissenschaftlicher und struktureller Mehrwert müssen für jede an der Antragstellung beteiligte Universität deutlich erkennbar sein. Die institutionell nachhaltige strategische Zusammenarbeit muss in einem verbindlichen, expliziten Regelwerk festgelegt sein. Universitäten und Universitätsverbünde können weitere Kooperationspartner wie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Wirtschaft und andere gesellschaftliche Akteure einbeziehen.


§ 2

Allgemeine Verfahrensgrundsätze

(1) Antragsteller und Empfänger der Fördermittel sind Universitäten bzw. Universitätsverbünde, jeweils vertreten durch ihre Leitung. Anträge sind über
die für Wissenschaft zuständigen Behörden der Länder für Exzellenzcluster an die DFG, für Exzellenzuniversitäten an den Wissenschaftsrat zu richten.

(2) Die Antragsberechtigung besteht jeweils für ein oder mehrere Exzellenzcluster und zusätzlich für einen Antrag als Exzellenzuniversität.

(3) Die DFG führt das Verfahren für die Förderlinie der Exzellenzcluster, der Wissenschaftsrat das Verfahren für die Förderlinie der Exzellenzuniversitäten nach Maßgabe dieser Vereinbarung durch. DFG und Wissenschaftsrat wirken für das Programm zusammen. Sie verpflichten sich, in den jeweiligen Gutachtergruppen Expertise aus der jeweils anderen Organisation zu berücksichtigen.

(4) Es werden ein Expertengremium und eine Exzellenzkommission gebildet, die von DFG und Wissenschaftsrat organisatorisch unterstützt werden.


(5) Die stimmberechtigten Mitglieder des Expertengremiums entscheiden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. In der Exzellenzkommission führen die stimmberechtigten Mitglieder des Expertengremiums und die Ministerinnen und Minister der Länder jeweils eine Stimme, die Bundesministerin oder der Bundesminister führt sechzehn Stimmen.

Für Entscheidungen der Exzellenzkommission über Exzellenzcluster ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Für Entscheidungen über Exzellenzuniversitäten ist eine einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder des Expertengremiums sowie eine Mehrheit von mindestens 25 Stimmen der Ministerinnen und Minister des Bundes und der Länder erforderlich.

Enthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

(6) Das Expertengremium legt die Förderbedingungen unter Beachtung der nach Absatz 7 und den §§ 3 und 4 maßgeblichen Kriterien fest. Die DFG und der Wissenschaftsrat schreiben die Förderlinien aus.


(8) Die Förderentscheidungen werden von den für Wissenschaft zuständigen Ministerinnen und Ministern des Bundes und der Länder gemeinsam bekannt gegeben.

§ 3

Exzellenzcluster

Es werden für 45 bis 50 Förderfälle Mittel für antragsabhängige Förderhöhen zwischen jeweils 3 bis 10 Mio. Euro jährlich veranschlagt.


(3) In Ergänzung zu § 1 Absatz 2 Satz 1 und § 2 Absatz 7 gelten für Exzellenzcluster folgende weitere übergreifende Kriterien:

a) Ausgewiesene Exzellenz der Forschung und der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im jeweiligen thematischen Forschungsfeld;

b) Wissenschaftliche Exzellenz und Kohärenz des Forschungskonzepts zur Entwicklung des thematischen Forschungsfelds, zur interdisziplinären Zusammenarbeit und zur internationalen Vernetzung;

c) Besonderheit, Originalität und Risikobereitschaft der Forschung;

d) Kohärenz und Qualität der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses;

e) Qualität der Konzepte zur professionellen Personalentwicklung und zur Chancengleichheit in der Wissenschaft;

f) Qualität des strategischen Entwicklungskonzepts zur Organisation und Weiterentwicklung des Exzellenzclusters (Governance) und Passfähigkeit dieser Entwicklungsstrategie zu derjenigen der Universität bzw. des Verbunds;

g) Gegebenenfalls Leistungsfähigkeit der beteiligten Partner und Kohärenz und Qualität des Kooperationskonzepts auf Basis verbindlicher Vereinbarungen;

h) Gegebenenfalls Qualität der beantragten Maßnahmen zur forschungsorientierten Lehre im thematischen Forschungsfeld (mit besonderem Fokus auf die Vermittlung guter wissenschaftlicher Praxis);

i) Gegebenenfalls Qualität der beantragten Maßnahmen zum Ideen- und Wissenstransfer;

j) Gegebenenfalls Qualität der beantragten Maßnahmen zur Nutzung von Forschungsinfrastrukturen.


(7) Die finanzielle Förderung der Exzellenzcluster erfolgt im Rahmen einer Bund-Länder-Sonderfinanzierung über die DFG als befristete Projektförderung nach ihren Bewirtschaftungsgrundsätzen.

§ 4

Exzellenzuniversitäten

(1) Ab der ersten Ausschreibungsrunde stellen Bund und Länder für die Förderung von Exzellenzuniversitäten jährlich insgesamt rund 148 Mio. Euro für elf Förderfälle bei Erfolg im wettbewerblichen Verfahren zur Verfügung. In der zweiten Ausschreibungsrunde mit Förderbeginn 2026 werden bei Erfolg im wettbewerblichen Verfahren vier neue Förderfälle aufgenommen. Falls nach

Die Förderung als Exzellenzuniversität setzt die Förderung von mindestens zwei Exzellenzclustern an derselben Universität voraus. Bei Verbünden mehrerer Universitäten erhöht sich die Zahl der erforderlichen Exzellenzcluster auf mindestens drei, wobei jede der am Verbund beteiligten Universitäten über mindestens ein Exzellenzcluster verfügen oder an einem gemeinsamen Exzellenzcluster beteiligt sein muss.

Exzellenzcluster, die im Rahmen eines Universitätsverbundes gemäß § 1 Absatz 2 gefördert werden, werden jeder der am Verbund beteiligten Universitäten als Fördervoraussetzung für eine Exzellenzuniversität angerechnet.

In der Förderlinie Exzellenzuniversitäten werden aufgrund der dauerhaften Förderung keine Programm­pauschalen und keine Universitätspauschalen gewährt.


(3) In Ergänzung zu § 1 Absatz 2 Satz 1 und § 2 Absatz 7 gelten für Exzellenzuniversitäten folgende weitere übergreifende Kriterien:

a) Bisherige exzellente Forschungsleistungen der antragstellenden Universität bzw. des Verbundes, die nach Parametern der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit unter transparenter Einbeziehung von vorliegenden statistischen Daten (z. B. Drittmittel, Forschungspreise, DFG-Förderatlas, Leistungen in den bisherigen Runden der Exzellenzinitiative) im Rahmen der Begutachtung bewertet werden;

b) Kohärenz und Qualität eines strategischen institutionenbezogenen Gesamtkonzepts mit Aussagen u. a. zur Governance der Universität bzw. zwischen den beteiligten Partnern, zu forschungsorientierter Lehre, zur Nutzung von Forschungsinfrastrukturen, zur Attraktion der weltweit führenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Rahmen einer ge-
Exzellenzstrategie
gabenensfalls gemeinsamen Berufungs- bzw. Personalgewinnungs-
strategie, zu Personalentwicklung und Chancengleichheit. Weitere Kriterien
sind: Struktureller Mehrwert und institutioneller Reifegrad; Vorhandensein
einer für den weiteren Ausbau der Spitzenforschung auf internationalem
Niveau notwendigen kritischen Masse; Qualität des Konzepts zur dauer-
haften Erneuerungsfähigkeit und zum Erhalt der Innovationskraft der Exzel-
lenzuniversität; internationale Spitzenstellung und Sichtbarkeit, intern-
nationale Vernetzung, überregionale Bedeutung der Exzellenzuniversität.

(4) Das Expertengremium gibt zu den Anträgen eine Empfehlung auf der
Grundlage wissenschaftlicher Begutachtungen und den nach Absatz 3 und § 2
Absatz 7 maßgeblichen Kriterien ab.

(5) Die Exzellenzkommission entscheidet auf der Grundlage dieser Empfeh-
lungen über die Anträge. Dabei legt sie auch die Höhe der dauerhaften Förde-
 rung pro Exzellenzuniversität fest.

§ 5

Finanzierungsmodalitäten von Exzellenzuniversitäten

(1) Exzellenzuniversitäten werden vorbehaltlich des Ergebnisses der Evalu-
ation nach § 6 dauerhaft gefördert. Die verfassungsmäßige Zuständigkeit für
allgemeine Hochschulfragen des Sitzlandes bleibt unberührt. Der Bund nimmt
auf die Verfassetheit und Steuerung der Universitäten keinen Einfluss. Die aus
dieser Vereinbarung resultierenden Aufgaben und Befugnisse des Bundes
bleiben unberührt.

(2) Die gemeinsame Förderung von Exzellenzuniversitäten durch Bund und
Sitzland erfolgt auf Basis des in der Exzellenzkommission entschiedenen
Finanzierungsplans. Im Rahmen eines regelmäßigen Statusgesprächs
zwischen Bund und Sitzland werden der inhaltliche Fortschritt, der Einsatz der
zusätzlichen Mittel und die weitere Planung erörtert.

(3) Zur gemeinsamen Förderung der einzelnen Exzellenzuniversitäten weist
der Bund dem jeweiligen Sitzland den jährlichen Bundesanteil zu. Das jeweilige
Sitzland ruft die jährliche Zuweisung bedarfsgerecht ab. Die Förderung der
Exzellenzuniversitäten erfolgt nach den Regelungen des jeweiligen Sitzlandes
für die Grundfinanzierung der Universitäten, soweit nichts anderes vereinbart
ist. Rücklagen beim Land dürfen aus Bundesmitteln nicht gebildet werden. Der
Landeshaushalt weist die Höhe des jeweiligen Bundes- und Landesanteils
unter dem Förderzweck „Exzellenzuniversität“ getrennt von den sonstigen Uni-
versitätsmitteln aus. Auch im Haushalt der Exzellenzuniversität ist hinreichende
Transparenz hinsichtlich der Höhe des Bundes- und des Länderanteils.
herzustellen und die Zweckbindung sicherzustellen. Das Land prüft die zweck-
entsprechende Verwendung und berichtet dem Bund im Rahmen eines verein-
fachten Verwendungsnachweises darüber. Die Zuweisung der Bundesmittel
ist zu erstatten, soweit die Finanzierung der Exzellenzuniversität durch das
Sitzland nach Verwaltungsverfahrensrecht, insbesondere nach den §§ 48, 49
des Verwaltungsverfahrensgesetzes, oder anderen Rechtsvorschriften mit
Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst
unwirksam wird. Der zuständige Landesrechnungshof ist der des Sitzlandes; er
unterrichtet den Bundesrechnungshof, dessen Rechte nach § 91 der Bundes-
haushaltsordnung unberührt bleiben.

(4) Über die Umsetzung der gemeinsamen Förderung wird jährlich im GWK-
Ausschuss von Bund und dem jeweiligen Sitzland berichtet.

§ 6

Evaluation der Exzellenzuniversitäten,
Ende der gemeinsamen Förderung von Exzellenzuniversitäten

(1) Exzellenzuniversitäten werden regelmäßig alle sieben Jahre einer unab-
hängigen und externen Evaluation mit selektivem Charakter unterzogen, die
vom Wissenschaftsrat organisiert und vom Expertengremium bewertet wird.
Dabei wird insbesondere geprüft, ob die Voraussetzungen einer gemeinsamen
Förderung gemäß § 4 Absatz 1 und Absatz 3 weiterhin gegeben sind, und eine
entsprechende Empfehlung vorgelegt.

(2) Das Ergebnis der Evaluation wird der Exzellenzkommission vorgelegt. Sind
die Voraussetzungen einer gemeinsamen Förderung weiterhin erfüllt, so
wird die gemeinsame Förderung fortgesetzt. Kommt die Evaluation zu einem
negativen Ergebnis, so entscheiden Bund und Sitzland über die Modalitäten
des Ausscheidens der Exzellenzuniversität aus der gemeinsamen Förderung.

(3) Wird eine gemeinsame Förderung einer Exzellenzuniversität gemäß
Absatz 2 eingestellt, erhält die Exzellenzuniversität eine degressive, auf
höchstens drei Jahre begrenzte Auslauffinanzierung von Bund und dem jewei-
ligen Sitzland.

(4) Scheidet eine Exzellenzuniversität aus der dauerhaften gemeinsamen
Förderung aus oder werden im Rahmen der Förderlinie Exzellenzuniversitäten
Mittel anderweitig verfügbar, so beschließt die Exzellenzkommission eine Aus-
schreibung durch den Wissenschaftsrat für Neuanträge. Für die zweite Förderrunde
mit Förderbeginn 2026 erfolgt eine Ausschreibung für vier Neuanträge
durch den Wissenschaftsrat.
§ 7

Überbrückungsfinanzierung


§ 8

Übergeordnete Evaluation

(1) Das Expertengremium legt der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz regelmäßig, erstmals zum 30. Juni 2027, einen Bericht über die Erfahrungen mit den Förderlinien vor.

(2) Über die Auswirkungen des Programms auf das Wissenschaftssystem und sich daraus gegebenenfalls ergebenden Anpassungsbedarf beraten Bund und Länder in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz.

§ 9

Laufzeit, Inkrafttreten


(2) Die Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung durch alle Vertragschließenden in Kraft.
Verwaltungsvereinbarung
zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1
des Grundgesetzes über ein Programm zur Förderung des
wissenschaftlichen Nachwuchses
gemäß Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs
BAnz. AT 27. Oktober 2016 B8

Präambel
Bund und Länder bauen ihre Zusammenarbeit in Fällen überregionaler Be-
deutung bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung aus und be-
schließen das Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körper-

Ziel des Programms ist es, die Karrierewege des wissenschaftlichen Nach-
wuchses an Universitäten und gleichgestellten Hochschulen (im Folgenden: Universitäten) besser planbar und transparenter zu gestalten. Jungen Wissen-
schaftlerinnen und Wissenschaftlern soll früher als bisher eine Entscheidung über den dauerhaften Verbleib im Wissenschaftssystem ermöglicht werden. Das Programm soll zudem dazu beitragen, die Attraktivität des deutschen Wissenschaftssystems im internationalen Wettbewerb zu steigern und die Universitäten stärker dabei zu unterstützen, die besten Nachwuchswissen-
schaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus dem In- und Ausland zu gewinnen und möglichst dauerhaft zu halten. Bund und Länder sind sich einig, dass eine Vielzahl von Maßnahmen verschiedener Akteure erforderlich ist, um dieses Ziel zu erreichen.

Dieses Programm setzt den Schwerpunkt darauf, die Tenure-Track-Professur als eigenständigen Karriereweg neben dem herkömmlichen Berufungsverfah-
ren auf eine Professur an deutschen Universitäten stärker zu verankern und
dauerhaft in Deutschland zu etablieren. Die mit dem Programm geförderten 1 000 zusätzlichen Tenure-Track-Professuren wollen Bund und Länder inner-
halb des Gesamtbestandes von Professuren an Universitäten dauerhaft erhal-
ten und die Zahl der unbefristeten Professuren an Universitäten in gleicher Anzahl erhöhen.

Gleichzeitig wollen Bund und Länder mit diesem Programm den mit der Etab-
lierung der Tenure-Track-Professur verbundenen Kulturwandel fördern und die
Personalstruktur des wissenschaftlichen Personals an den Universitäten so weiterentwickeln, dass sie den neuen Karriereweg optimal ergänzt.

§ 1
Programmziele

Mit dem Programm werden Bund und Länder

a) die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems erhöhen, indem mit der Tenure-Track-Professur\(^1\) ein international bekannter und akzeptierter Karriereweg etabliert wird,

b) die Tenure-Track-Professur strukturell als zusätzlichen Karriereweg zur Professur stärker etablieren, dadurch die Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs planbarer und transparenter gestalten und 1 000 Tenure-Track-Professuren fördern,

c) die Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs erweitern durch die Schaffung von mehr dauerhaften Professuren in gleicher Anzahl,

d) eine im Durchschnitt frühere Entscheidung über einen dauerhaften Verbleib von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern im Wissenschaftssystem ermöglichen,

e) den mit der Etablierung der Tenure-Track-Professur verbundenen Kulturwandel fördern und die Personalstruktur des wissenschaftlichen Personals an der gesamten Universität so weiterentwickeln, dass sie den neuen Karriereweg optimal ergänzt und auch Karrierewege außerhalb der Professur aufzeigt und

f) die Chancengerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern.

§ 2
Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind Universitäten und ihnen gleichgestellte Hochschulen der Länder (im Folgenden Universitäten), jeweils vertreten durch ihre Leitung.

---

\(^1\) Tenure-Track-Professur gemäß den in § 4 geregelten Anforderungen. Im Folgenden Tenure-Track-Professur.
§ 3

Gegenstand der Förderung

Aus den Mitteln des Programms können gefördert werden:


2. Personalaufwendungen für Anschlussstellen (W 2- oder W 3-äquivalent) für bis zu zwei Jahre bei positiver Tenure-Evaluation;

3. Ausstattungsausgaben für die nach den Nummern 1 und 2 geschaffenen Positionen;

4. sowie ein Strategieaufschlag in Höhe von 15 % auf die Förderung der in den Nummern 1 bis 3 genannten Fördergegenstände. Damit können Aufwendungen gefördert werden zur Implementierung der Tenure-Track-Professur, zur Beförderung des mit ihrer Etablierung verbundenen Kulturwandels und zur Weiterentwicklung der Personalstruktur des wissenschaftlichen Personals an der gesamten Universität, so dass der neue Karrierekarriereweg optimal ergänzt wird und auch Karrierewege außerhalb der Professur aufgezeigt werden.

§ 4

Anforderungen an die Tenure-Track-Professur

(1) Folgende Anforderungen und Merkmale sind mit der Tenure-Track-Professur verbunden:

– Die Strukturen, Verfahren und Qualitätsstandards für Tenure-Track-Professuren sind satzungsförmig zu regeln,
Tenure-Track-Professuren sind auf eine Dauer von bis zu sechs Jahren befristet. § 3, Nummer 1, Sätze 2 bis 4 bleiben davon unberührt. Sie können in W 1 oder W 2 ausgewiesen werden,

die Stellenausschreibung erfolgt in der Regel international und unter Hinweis auf die vorgesehene Tenure-Track-Zusage, die nicht unter Stellenvorbehalt steht, 

Bewerberinnen und Bewerber auf eine Tenure-Track-Professur sollen nach der Promotion die Universität gewechselt haben oder mindestens zwei Jahre außerhalb der berufenden Hochschule wissenschaftlich tätig gewesen sein,

die Besetzung von Tenure-Track-Professuren verlangt ein reguläres, qualitätsgesichertes Berufungsverfahren oder ein vergleichbares Verfahren, bei dem international ausgewiesene Gutachterinnen und Gutachter beteiligt werden. Wenn dies vom fachlichen Profil der Professur her geboten erscheint, sind auch ausländische Gutachterinnen und Gutachter zu beteiligen,

Inhaber von Positionen mit Tenure Track nehmen ihre Aufgaben als Professorinnen und Professoren in Forschung und Lehre selbständig wahr. Daher ist die Tenure-Track-Professur mit einer angemessenen Ausstattung verbunden und


(2) Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die sich im Anschluss an die Promotion bereits auf dem Karriereweg zur Professur befinden, sollen bei der Besetzung von Tenure-Track-Professuren adäquat berücksichtigt werden. Erforderlich ist in jedem Fall die erfolgreiche Teilnahme an einem qualitätsgesicherten Berufungsverfahren für eine Tenure-Track-Professur, wie es in Absatz 1 dargelegt ist. Das weitere Verfahren regeln die

---

2 Der Verzicht auf einen Stellenvorbehalt bedeutet, dass die Übernahme auf eine Lebenszeitprofessur nicht – zusätzlich zur erfolgreichen Evaluierung – auch davon abhängig ist, dass zum Zeitpunkt des Auslaufens der Tenure-Track-Professur eine freie Lebenszeitstelle an der Hochschule zur Verfügung steht. Erfolgt die Tenure-Track-Zusage unter Stellenvorbehalt, liegt eine bloße Tenure-Track-Option vor, die in diesem Programm nicht gefördert wird.
Universitäten in eigener Verantwortung. Sie beachten dabei die Grundsätze, die in Absatz 1 dargelegt sind.

§ 5

Förderkriterien

(1) Voraussetzung für die Teilnahme am Programm ist eine verbindliche Grundsatzentcheidung der Antragstellerin für die Implementierung des Karrierewegs der Tenure-Track-Professur gemäß den in § 4 geregelten Anforderungen. Außerdem wird vorausgesetzt, dass Personalentwicklung für den wissenschaftlichen Nachwuchs und das gesamte wissenschaftliche Personal ein strategisches Handlungsfeld der Universitätsleitung ist und sie über ein Personalentwicklungskonzept verfügt, das Aussagen zu Standards, zum Grad der institutionellen Verankerung und Stand der Umsetzung enthält.

(2) Für die Antragstellung erstellt die Antragstellerin ein Gesamtkonzept, das Aussagen zu folgenden Punkten enthält:

a) Bestandsaufnahme der Personalstruktur und des Berufungs- und Karrieresystems, das auch den aktuellen Stand der Implementierung von Tenure-Track-Modellen umfasst,

b) Weiterentwicklung der Personalstruktur und der Karrierewege des wissenschaftlichen Nachwuchses, einschließlich Aussagen über die Zusammenhänge zwischen den strategischen Zielen für die Implementierung der Tenure-Track-Professur und den Zielen und Maßnahmen der Nachwuchsförderung und Personalentwicklungsplanung der Universität,

c) Implementierung des neuen Karrierewegs der Tenure-Track-Professur einschließlich von systemischen Instrumenten für ihre Verstetigung, sowie Aussagen zu konkreten Zielen, Maßnahmen und Meilensteinen zur Schaffung bzw. Verbesserung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen und

d) bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf dem Weg zur Professur, gegebenenfalls zur Ausgestaltung und zu Maßnahmen zur Umsetzung der in § 3 Nummer 1 Satz 2 bis 3 genannten Verlängerungsjahre bei Geburt oder Adoption eines Kindes.

(3) Das Gesamtkonzept wird danach bewertet, ob es geeignet ist, die in § 1 genannten Ziele zu erreichen. Die Qualität des Gesamtkonzepts gemäß Absatz 2 wird insbesondere nach folgenden Kriterien bewertet:

a) Qualität der Rahmenbedingungen und Maßnahmen für die strukturelle und nachhaltige Implementierung der Tenure-Track-Professur,
b) Integration der Tenure-Track-Professur in die Nachwuchsförderung, Personalentwicklung und Strukturentwicklung der Universität,

c) Verbesserung der Transparenz und Planbarkeit der Karrierewege des wissenschaftlichen Nachwuchses und

d) Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

§ 6

Verfahren


(2) Über die Förderung der als förderwürdig bewerteten Anträge und über die Förderhöhe entscheidet ein Auswahlgremium in einem wettbewerblichen Verfahren im Rahmen der verfügbaren Programmmittel. Maßstab der Förderentscheidung sind die in § 5 genannten Förderkriterien.

(3) Der Anteil der Gesamtförderung, der für die Universitäten eines Landes je Bewilligungsrunde höchstens zur Verfügung steht, bemisst sich zu 50 % nach dem Königsteiner Schlüssel des Landes für das Jahr 2016 und zu 50 % nach dem Anteil des Landes an den Professorinnen und Professoren an Universitäten und gleichgestellten Hochschulen, gemittelt über die Jahre 2012 bis 2014.3

(4) Ist als Ergebnis der nach Absätzen 2 und 3 erfolgten Förderentscheidung in der zweiten Bewilligungsrunde der Anteil eines Landes an der Gesamtförderung nach Absatz 3 nicht ausgeschöpft, so stehen die nicht ausgeschöpften Mittel für von den Expertinnen und Experten als förderwürdig bewertete Anträge von Universitäten anderer Länder zur Verfügung. Die Förderpriorität dieser Anträge empfehlen die Expertinnen und Experten im bundesweiten Vergleich der Anträge.

(5) Das Auswahlgremium setzt sich zusammen aus zwölf ausgewiesenen Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, dem Hochschulmanagement, Vertreterinnen und Vertretern des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie zwei Vertreterinnen und Vertretern des Bundes und vier Vertreterinnen und Vertretern der Länder. Die Expertinnen und Experten werden von Bund und Ländern einvernehmlich unter Einbeziehung der Hochschulrektorenkonferenz,

3 Nach Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.4, Tab. 7.


(7) Zur Programmdurchführung beauftragt das Bundesministerium für Bildung und Forschung einen Projektträger, der im Begutachtungsverfahren mit dem Auswahlgremium zusammenwirkt.


§ 7

Mittelbereitstellung, Umfang und Dauer der Förderung

(1) Zur Finanzierung des Programms stellt der Bund, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften, ab dem Jahr 2017 ein Gesamtvolumen von bis zu 1 Mrd. Euro für die Gesamtlaufzeit des Programms bis 2032 zur Verfügung. Für Bewilligungen in der ersten Bewilligungsrunde stehen bis zu 50 % der Mittel, für Bewilligungen in der zweiten Bewilligungsrunde die übrigen Mittel zur Verfügung.

(2) Die Förderung erfolgt als Zuwendung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an die Universitäten.

(3) Die Zuwendung an die Universität wird innerhalb der Gesamtlaufzeit des Programms für einen Zeitraum von bis zu dreizehn Jahren gewährt.

(4) Der Bund finanziert die in § 3 geregelten Fördergegenstände in Form einer Pauschale in Höhe von insgesamt 118 045 Euro pro Jahr. Für die Berechnung der Pauschale werden folgende Teilbeträge zugrunde gelegt:
- Teilbetrag für Besoldung basierend auf den am 30. Juni 2016 gültigen monatlichen W 1-Grundgehältern in jedem Land, bezogen auf einen Zeitraum von 12 Monaten und gewichtet nach dem Anteil des jeweiligen Landes an den Professoren an Universitäten und gleichgestellten Hochschulen in 2014⁴,
- Teilbetrag für Beamtenversorgung in Höhe von 30 % des Teilbetrags für Besoldung⁵,
- Teilbetrag für Personalnebenkosten⁶,
- Teilbetrag für anteilige Ausstattung in Höhe von 35 100 Euro und
- ein Strategieaufschlag in Höhe von 15 % der Summe dieser Teilbeträge.

Die Pauschale wird pro Person, welche eine gemäß § 3 Nummer 1 geförderte Tenure-Track-Professur bzw. eine gemäß § 3 Nummer 3 geförderte Anschlussstelle bekleidet, wie folgt zur Verfügung gestellt:

- Im Fall der positiven Tenure-Evaluation für bis zu acht Jahre; bei Nutzung der in § 3 Nummer 1 Satz 2 bis 3 genannten Verlängerungsjahre bei Geburt oder Adoption eines Kindes durch die geförderte Universität für bis zu zwei weitere Jahre;
- im Fall der negativen Tenure-Evaluation für bis zu sieben Jahre; bei Nutzung der in § 3 Nummer 1 Satz 2 bis 3 genannten Verlängerungsjahre bei Geburt oder Adoption eines Kindes durch die geförderte Universität für bis zu zwei weitere Jahre;
- im Fall einer gesetzlich vorgesehenen Beurlaubung ist eine kostenneutrale Verlängerung der Mittelverwendung des Einzelfalls um bis zu zwei Jahre möglich.

(5) Sobald eine Person, welche eine geförderte Tenure-Track-Professur bzw. eine geförderte Anschlussstelle bekleidet, die Universität verlässt oder beurlaubt oder freigestellt wird, stoppt die Zahlung der Pauschale. Sofern die Person unterjährig die Universität verlässt oder beurlaubt oder freigestellt wird, wird die Pauschale monatlich anteilig gewährt. Wird die Stelle der Tenure-Track-Professorin/des Tenure-Track-Professors nachbesetzt bzw. ist eine Tenure-Track-Professorin/ein Tenure-Track-Professor gemäß den in § 4 genannten Anforderungen bereits an der Universität tätig, werden die verbleibenden Mittel des Einzelfalls entsprechend § 3 in Verbindung mit § 7 Absatz 4 gewährt.

⁵ Gemäß den Ergänzenden Durchführungshinweisen Abschnitt II. Nummer 1 zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag (GMBI 2011, Nr. 7).
(6) Sofern die verfügbaren Programmmittel des Bundes für die Finanzierung der in § 3 Nummer 1 Satz 2 bis 3 genannten Verlängerungsjahre bei Geburt oder Adoption eines Kindes ausgeschöpft sind, werden die dafür zusätzlich erforderlichen Mittel seitens der geförderten Universität erbracht.

(7) Die geförderten Universitäten haben die Möglichkeit, die ihnen im Rahmen der Förderung gewährten Tenure-Track-Professuren gestaffelt innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren zu besetzen.

(8) Das jeweilige Sitzland stellt die Gesamtfinanzierung sicher.

(9) Die Universität weist die Personen, welche eine geförderte Tenure-Track-Professur innehaben, in einer Personalübersicht nach, aus der die Namen und Beschäftigungszeiträume der einzelnen Personen zu entnehmen sind.


§ 8

Rahmenbedingungen


(2) Jedes Land stellt zudem sicher, dass die Gesamtzahl der Tenure-Track-Professorinnen und -Professoren an seinen gemäß § 2 antragsberechtigten Universitäten während der Laufzeit des Programms um die Zahl der durch das Programm geförderten Tenure-Track-Professuren erhöht wird und der mit diesem Programm erreichte Umfang an Tenure-Track-Professuren auch nach Ende des Programms erhalten bleibt.

(3) Außerdem sagt jedes Land zu, dass sich die Anzahl der unbefristeten Professorinnen und Professoren an seinen antragsberechtigten Universitäten insgesamt nach Ende des Programms im Umfang der durch das Programm geschaffenen Tenure-Track-Professuren gegenüber dem Stichtag 1. Dezember 2014 unter Berücksichtigung von Absatz 1 Satz 2 erhöht hat.

(5) Die Länder wirken, wo noch erforderlich, darauf hin, die notwendigen Rahmenbedingungen für die in § 3 Nummer 1 Satz 2 bis 3 genannten zusätzlichen Verlängerungsjahre bei Geburt oder Adoption eines Kindes zu schaffen.

§ 9
Evaluation


(2) Mit ihrem Antrag erklärt die Universität ihre Bereitschaft, die für das Monitoring und die Evaluation erforderlichen Daten zu erheben und für das Monitoring und die Evaluation zur Verfügung zu stellen.

(3) Die Kosten für das programmbegleitende Monitoring und die Evaluation trägt der Bund aus den Programmmitteln.

§ 10
Laufzeit, Inkrafttreten

(1) Die Vereinbarung wird bis zum 31. Dezember 2032 geschlossen.

(2) Die Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung durch alle Vertragschließenden in Kraft.
Übergreifende Themen und Förderung
Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen
über die Gleichstellung von Frauen und Männern
bei der gemeinsamen Forschungsförderung

– Ausführungsvereinbarung Gleichstellung (AV-Glei) –

geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) beschließt aufgrund von
Artikel 3 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern
über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-
Abkommen) zu § 4 Absatz 2 der Anlage zu diesem Abkommen folgende Aus-
führungsvereinbarung:

§ 1
Gegenstand

(1) Bund und Länder verpflichten sich, die Gleichstellung von Frauen und
Männern in den von ihnen gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen
und -vorhaben (im Sinne des GWK-Abkommens) entsprechend den in den
Gleichstellungsgesetzen des Bundes und der Länder zum Ausdruck kommen-
den Grundsätzen zu fördern. Ihr Ziel ist es, die Gleichstellung von Männern und
Frauen zu verwirklichen, bestehende Benachteiligungen aufgrund des Ge-
schlechts, insbesondere Benachteiligungen von Frauen, zu beseitigen und
künftige Benachteiligungen zu verhindern, sowie die Familienfreundlichkeit
sowie die Vereinbarkeit von Familie, Pflege- und Berufstätigkeit für Frauen und
Männer zu verbessern.

(2) Die GWK wird bei der institutionellen Förderung durch Vereinbarungen
gewährleisten, dass die Zuwendungsempfänger gemäß § 1 Absatz 1 Ziffer 1
bis 8 der Anlage zum GWK-Abkommen die in der Anlage zu dieser Vereinba-
rung niedergelegten Grundsätze beachten, soweit gesetzliche Regelungen
nicht entgegenstehen.

Die GWK wird im Rahmen der jährlichen Fortschreibung des Datenmaterials
to Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtun-
gen ihre bisherige Berichterstattung fortsetzen.
§ 2
Laufzeit, Inkrafttreten


(2) Bei Außerkrafttreten des GWK-Abkommens tritt auch diese Vereinbarung außer Kraft.

1. Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Grundsätze sind:

1. Arbeitsplätze: Ausbildungsplätze, Stellen, Planstellen sowie Beschäftigungsposten, die mit Beschäftigten im Sinne dieser Grundsätze besetzbar sind und für deren personelle Ausführung lediglich finanzielle Mittel benötigt werden, unabhängig davon, ob die Beschäftigung aus für Stellen und Planstellen bereitgestellten oder sonstigen Haushaltsmitteln - auch Drittmitteln - finanziert wird;

2. Bereiche: Besoldungs- und Entgeltgruppen oder Laufbahngruppen, Laufbahnen und Fachrichtungen, Berufsausbildungen sowie Ebenen mit Vorgesetzten- oder Leitungsaufgaben;

3. beruflicher Aufstieg: Beförderungen, Höhergruppierungen, Höherreihungen sowie Übertragungen höher bewerteter Arbeitsplätze;

4. Beschäftigte: Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Auszubildender;

5. Einrichtungen: privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich verfasste juristische Personen, die Zuwendungsempfänger im Rahmen der gemeinsamen Förderung von Bund und Ländern sind;

6. Familienaufgaben: die tatsächliche Betreuung von mindestens einem Kind unter 18 Jahren durch Beschäftigte; dies schließt auch die Inanspruchnahme einer Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz ein;

7. Pflegeaufgaben: die tatsächliche, nicht erwerbsmäßige häusliche Pflege oder Betreuung einer im Sinne von § 61 Absatz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch pflegebedürftigen Person durch Beschäftigte; dies schließt auch die Inanspruchnahme einer Pflegezeit nach dem Pflegezeitgesetz sowie die Inanspruchnahme einer Familienpflegezeit nach dem Familienpflegezeitgesetz ein;

8. Qualifikation: Eignung, Befähigung und fachliche Leistung;
9. unterrepräsentiert: Status von Frauen oder Männern, wenn ihr jeweiliger Anteil an den Beschäftigten in einem einzelnen Bereich nach Nummer 2 unter 50 Prozent liegt; bei einer ungeraden Anzahl an Beschäftigten sind Frauen oder Männer unterrepräsentiert, wenn das Ungleichgewicht zwischen beiden Geschlechtern mindestens zwei Personen des gleichen Geschlechts betrifft; maßgeblich für die Bestimmung einer Unterrepräsentanz ist die aktuelle Situation in demjenigen Bereich, auf den sich die angestrebte Maßnahme oder Entscheidung hauptsächlich bezieht.

2. Allgemeine Pflichten

(2) Allgemeine Regelungen sowie schriftliche und digitale Veröffentlichungen der Einrichtungen sollen die Gleichstellung von Frauen und Männern auch sprachlich zum Ausdruck bringen.

3. Grundsatz; Anwendungshinweis
(1) Die Vorschriften dieses Abschnitts sind nur dann nicht anzuwenden, wenn die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung für die auszuübende Tätigkeit ist.

(2) Die Beteiligungsrechte der Personal-/Betriebsräte und die der Schwerbehindertenvertretung bleiben unberührt.

4. Arbeitsplatzausschreibung
(2) Liegt Unterrepräsentanz in einzelnen Bereichen vor, soll ein freier Arbeitsplatz ausgeschrieben werden, um die Zahl von Bewerbungen des unterrepräsentierten Geschlechts zu erhöhen. Die Ausschreibung soll öffentlich erfolgen, wenn dieses Ziel mit einer internen oder einrichtungs- bzw. vorhaben-übergreifenden Ausschreibung nicht erreicht werden kann.

(3) Arbeitsplatzausschreibungen müssen die Anforderungen des zu besetzenden Arbeitsplatzes und das erforderliche Qualifikationsprofil festlegen.

5. Bewerbungsgespräche

(1) Liegen in ausreichender Zahl Bewerbungen von Frauen vor, die das in der Ausschreibung vorgegebene Anforderungs- und Qualifikationsprofil aufweisen, müssen bei der Besetzung von Arbeitsplätzen in einem Bereich, in dem Frauen unterrepräsentiert sind, mindestens ebenso viele Frauen wie Männer zu Vorstellungsgesprächen oder besonderen Auswahlverfahren eingeladen werden. § 82 Satz 2 und 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt. Für die Besetzung von Arbeitsplätzen in einem Bereich, in dem Männer aufgrund struktureller Benachteiligung\(^1\) unterrepräsentiert sind, gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.

(2) In Vorstellungsgesprächen und besonderen Auswahlverfahren sind insbesondere Fragen nach dem Familienstand, einer bestehenden oder geplanten Schwangerschaft sowie nach bestehenden oder geplanten Familien- oder Pflegeaufgaben unzulässig.

(3) Auswahlkommissionen sollen geschlechterparitätisch besetzt sein. Ist eine paritätische Besetzung aus triftigen Gründen nicht möglich, sind die jeweiligen Gründe aktenkundig zu machen.

6. Auswahlentscheidungen bei Einstellung, beruflichem Aufstieg und der Vergabe von Ausbildungsplätzen

(1) Sind Frauen in einem bestimmten Bereich nach Ziffer 1 Nummer 2 unterrepräsentiert, hat die Einrichtung sie bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen, bei Einstellung und beruflichem Aufstieg bevorzugt zu berücksichtigen. Voraussetzung für die Bevorzugung ist, dass Bewerberinnen die gleiche Qualifikation aufweisen wie ihre männlichen Mitbewerber. Die Bevorzugung ist ausgeschlossen, wenn rechtlich schützenswerte Gründe überwiegen, die in der

---
\(^1\) Ein Beispiel für strukturelle Benachteiligung von Frauen ist, dass Arbeitgeber häufig unterstellen, dass Frauen Kinder gebären werden und/oder die Hauptlast für Erziehung und Pflege von Kindern tragen und deswegen dem Arbeitgeber nicht im gewünschten Ausmaß zur Verfügung stehen werden.
Person eines männlichen Mitbewerbers liegen. Sind Männer strukturell benachteiligt und in dem jeweiligen Bereich unterrepräsentiert, gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend.

(2) Absatz 1 gilt insbesondere für

1. die Besetzung von Stellen von Beamtinnen und Beamten, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Auszubildenden;

2. den beruflichen Aufstieg, es sei denn, die Entscheidung über diesen Aufstieg erfolgt durch eine Wahl oder unter Mitwirkung eines Wahlausschusses.

Satz 1 schließt auch Arbeitsplätze mit Vorgesetzten- oder Leitungsaufgaben ungeachtet der Hierarchieebene ein.

7. Qualifikation von Bewerberinnen und Bewerbern

(1) Die Qualifikation einer Bewerberin oder eines Bewerbers wird anhand der Anforderungen und des Qualifikationsprofils des zu besetzenden Arbeitsplatzes ermittelt. Die Dauer der Beschäftigung und der Zeitpunkt der letzten Höhergruppierung oder Beförderung von Bewerberinnen und Bewerbern dürfen nur insoweit berücksichtigt werden, wie sie für die Qualifikation für den betreffenden Arbeitsplatz von Bedeutung sind.

(2) Folgende Umstände dürfen nicht Teil der vergleichenden Bewertung sein:

1. durch die Wahrnehmung von Familien- oder Pflegeaufgaben bedingte
   a) Unterbrechungen der Berufstätigkeit,
   b) geringere Anzahl aktiver Dienst- oder Beschäftigungsjahre,
   c) Reduzierungen der Arbeitszeit oder Verzögerungen beim Abschluss einzelner Ausbildungsgänge,
   d) zeitliche Belastungen,

2. die Einkommenssituation des Ehegatten, der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners, der Lebensgefährtin oder des Lebensgefährten,

3. die Absicht, von der Möglichkeit der Arbeitszeitreduzierung oder einer Beurlaubung zur Wahrnehmung von Familien- oder Pflegeaufgaben Gebrauch zu machen.

---

2   s.o.

- 220 -
8. Fortbildung


(2) Frauen und Männer sollen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Zielgruppe der Fortbildung berücksichtigt werden.

9. Maßnahmen zur gleichstellungsfördernden Personalgewinnung und -entwicklung


10. Arbeitszeiten und sonstige Rahmenbedingungen

11. Verbot von Benachteiligungen

(1) Folgende Umstände dürfen die Einstellung sowie die berufliche Entwicklung einschließlich des beruflichen Aufstiegs nicht beeinträchtigen und sich insbesondere nicht nachteilig auf die dienstliche Beurteilung auswirken:

1. Teilzeitbeschäftigung,
2. Telearbeit, mobiles Arbeiten sowie die Teilnahme an flexiblen Arbeits- oder Präsenzzeiten,
3. eine bestehende Schwangerschaft,
4. schwangerschafts- oder mutterschaftsbedingte Abwesenheiten aufgrund mutterschutzrechtlicher Beschäftigungsverbote,
5. Beurlaubungen aufgrund von Familien- oder Pflegeaufgaben.

Dies schließt nicht aus, dass Zeiten nach Satz 1 Nummer 1 anders behandelt werden als Zeiten nach Satz 1 Nummer 4 und 5.

12. Gleichstellungsbeauftragte

(1) In jeder Einrichtung (Arbeitgeber) ist aus dem Kreis der weiblichen Beschäftigten mindestens eine Gleichstellungsbeauftragte und mindestens eine Stellvertreterin nach geheimer Wahl durch die weiblichen Beschäftigten von der Leitung der Einrichtung zu bestellen. Die Stellvertreterin hat ausschließlich im Vertretungsfall dieselben Rechte und Pflichten wie die Gleichstellungsbeauftragte.

(2) Für Teilinstitute und sonstige Einrichtungen ist als Ansprechpartnerin für die Beschäftigten und für die zuständige Gleichstellungsbeauftragte eine Vertrauensfrau zu bestellen. Ihre Aufgaben beschränken sich auf die Vermittlung von Informationen zwischen den Beschäftigten und der zuständigen Gleichstellungsbeauftragten.


(4) Über die Dauer der Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterin, ihre Wiederwahl sowie das Verfahren für den Ausfall von Kandidatinnen sollen einrichtungsadäquate Vereinbarungen auf der Grundlage der jeweiligen Regelungen des Bundesgleichstellungsgesetzes getroffen werden.

13. Zusammenlegung, Aufspaltung und Eingliederung


14. Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte ist in der Ausübung ihrer Tätigkeit weisungs- frei und übt ihr Amt ohne Minderung ihrer bisherigen Bezüge oder ihres bisherigen Arbeitsentgeltes aus.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte ist von anderweitigen dienstlichen Tätigkeiten soweit zu entlasten, wie es nach Art und Größe der Einrichtung zur ordnungsgemäßen Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Ihr ist die notwendige personelle, räumliche und sachliche Ausstattung zur Verfügung zu stellen.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte, ihre Stellvertreterin und die Vertrauensfrau dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten nicht behindert und wegen ihrer Tätigkeit in ihrer beruflichen Entwicklung nicht benachteiligt oder begünstigt werden. Vor Kündigung, Versetzung und Abordnung sind die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Stellvertreterin wie Mitglieder der Personalvertretung geschützt.

(4) Im Vertretungsfalle gelten die Rechte und Pflichten der Gleichstellungsbeauftragten nach den Absätzen 1 und 2 Satz 1 sowie nach den Ziffern 15 bis 18 auch für die Stellvertreterinnen.

15. Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte hat die Aufgabe, die Ziele gemäß § 1 Absatz 1 AV-Glei und ihre Umsetzung zu fördern und zu überwachen.

(2) Sie wirkt bei allen personellen, organisatorischen und sozialen Maßnahmen mit, die die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit sowie den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz betreffen. In diesem Sinn hat sie auch Beratungs- und Unterstützungsfunktion für einzelne Beschäftigte.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte kann nach Anzeige gegenüber der Leitung jährlich mindestens eine Versammlung einberufen und mit Rederecht an Betriebsversammlungen der Einrichtungen teilnehmen, für die sie als Gleichstellungsbeauftragte zuständig ist, auch wenn sie nicht Angehörige dieser Einrichtung ist.

(4) Bei Maßnahmen gemäß Absatz 2, die vom jeweiligen Aufsichtsgremium der Einrichtung beschlossen werden oder dessen Zustimmung bedürfen, legt die Leitung dem Aufsichtsgremium gleichzeitig mit ihrem Entscheidungsvorschlag die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten vor. Die Gleichstellungsbeauftragte ist von dem Aufsichtsgremium auf ihr Verlangen mündlich zu hören.

16. Beteiligung und Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten

(1) Die Einrichtung beteiligt die Gleichstellungsbeauftragten frühzeitig, insbesondere bei

1. personellen Angelegenheiten; dies betrifft die Vorbereitung und Entscheidung über
   a) die Vergabe von Ausbildungsplätzen,
   b) die Einstellung sowie die Abordnung, Versetzung und Umsetzung von Beschäftigten für jeweils mehr als drei Monate,
   c) die Fortbildung und den beruflichen Aufstieg von Beschäftigten,
   d) die Abmahnung,
   e) Kündigung sowie Aufhebungsvertrag, Entlassung, Versetzung in den Ruhestand und vergleichbare Entscheidungen,

2. organisatorischen und sozialen Angelegenheiten,
3. der Abfassung von Beurteilungsrichtlinien sowie bei Besprechungen, die die einheitliche Anwendung dieser Richtlinien in der Einrichtung sicherstellen sollen,

4. Verfahren zur Besetzung von Gremien, sofern keine Organisationseinheit zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Einrichtung eingerichtet ist, sowie

5. der Erstellung und Evaluierung des Personalentwicklungskonzepts.

(2) Eine frühzeitige Beteiligung nach Absatz 1 liegt vor, wenn die Gleichstellungsbeauftragte mit Beginn des Entscheidungsprozesses aufseiten der Einrichtung beteiligt wird und die jeweilige Entscheidung oder Maßnahme noch gestaltungsfähig ist.

17. Zusammenarbeit und Information

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte ist zur Durchführung ihrer Aufgaben unverzüglich und umfassend zu unterrichten. Insbesondere sind ihr die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Unterlagen, vor allem Bewerbungsunterlagen, vergleichende Übersichten und Auswahlvermerke frühestmöglich vorzulegen und die erbetenen Auskünfte zu erteilen. Sie hat im Rahmen ihrer Aufgaben Einsichtsrecht in die entscheidungsrelevanten Teile von Personalakten.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte hat unmittelbares Vortragsrecht und unmittelbare Vortragspflicht bei der Leitung der Einrichtung und wird von dieser bei der Durchführung ihrer Aufgaben unterstützt. In allen Fragen, die ihrer Mitwirkung unterliegen, hat die Gleichstellungsbeauftragte ein Initiativrecht. Ihre Mitwirkung erfolgt regelmäßig durch schriftliches Votum, das zu den Akten zu nehmen ist. Folgt die Einrichtung dem Votum der Gleichstellungsbeauftragten nicht, so hat sie dieser die Gründe auf Verlangen schriftlich mitzuteilen.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte, ihre Stellvertreterin sowie die Vertrauensfrau sind hinsichtlich persönlicher Verhältnisse der Beschäftigten und anderer vertraulicher Angelegenheiten in der Einrichtung ab dem Zeitpunkt ihrer Bestellung sowie über die Zeit ihrer Bestellung hinaus zum Stillschweigen verpflichtet.

18. Zusammenarbeit in Konfliktfällen

(1) Bei Verstößen gegen diese Grundsätze oder gegen andere Vorschriften über die Gleichstellung von Frauen und Männern hat die Gleichstellungsbeauftragte gegenüber der Leitung der Einrichtung ein Einspruchsrecht. Der


(3) Für Maßnahmen, die vom jeweiligen Aufsichtsgremium der Einrichtung beschlossen werden oder dessen Zustimmung bedürfen, gilt Ziffer 15 Absatz 4.
Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern
gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes
über die Einrichtung einer Kommission für Forschungsinformationen in Deutschland (KFiD)

Präambel

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland schließen, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften, auf der Grundlage von Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes die nachfolgende Verwaltungsvereinbarung.

Das Wissenschaftssystem Deutschlands befindet sich in einem umfassenden digitalen Wandel. Die Verbesserung der Datennutzung und -nutzbarkeit ist dabei von zentraler Bedeutung. Wissenschaftliche Einrichtungen stehen vor der Aufgabe, ihr Forschungsinformationsmanagement zu professionalisieren und effizienter zu gestalten, um die im Wissenschaftssystem generierten (Verwaltungs-)Daten über die Forschung adäquat sammeln, aufbereiten und vorhalten zu können. Auf der anderen Seite müssen sich datenabfragende Einrichtungen auf vertrauenswürdige und vergleichbare Forschungsinformationen verlassen können, um im Zuge von Anfragen für sie relevante und in einem standardisierten Format vorliegende Daten erhalten oder ihre Systeme an maschinenlesbare (Verwaltungs-)Datenströme anschließen zu können.

Der Kerndatensatz Forschung – Standard für Forschungsinformationen in Deutschland (KDSF-Standard) bietet eine Basis für die Professionalisierung und Standardisierung der datengestützten Berichterstattung der wissenschaftlichen Einrichtungen. Der KDSF-Standard ist ein zwischen zentralen Akteuren des Wissenschaftssystems stetig konsentierter, lebender Standard. Um das Potenzial des KDSF-Standards auszuschöpfen, setzen Bund und Länder ihre gemeinsamen Anstrengungen fort, die flächendeckende Implementierung und Nutzung des KDSF-Standards zum Zwecke der Harmonisierung der Forschungsinformationslandschaft zu befördern. Diesen Zwecken dient die Einrichtung und Förderung einer „Kommission für Forschungsinformationen in Deutschland (KFiD)“. 

§ 1

Ziele und Gegenstand der Förderung

(1) Die Einrichtung und Förderung der KFiD zielen darauf ab, die Implementierung und Nutzung des KDSF-Standards durch wissenschaftliche Einrichtungen und datenabfragende Stellen in der Breite des deutschen Wissenschaftssyss-
tems zu intensivieren, um dadurch auf Synergieeffekte und eine Harmonisierung der Forschungsberichterstattung hinzuwirken sowie einer zunehmenden Kommerzialisierung und Fragmentierung bei der Sammlung, Bereitstellung und Bewertung von Forschungsinformationen entgegenzuwirken.

(2) Bund und Länder finanzieren gemeinsam zu gleichen Teilen die KFiD samt administrativer Unterstützung durch eine Geschäftsstelle. Zuwendungszweck ist die Einrichtung der KFiD sowie einer rechtlich unselbständigen, die KFiD bei Verwirklichung der Ziele nach § 1 Absatz 1 administrativ unterstützenden Geschäftsstelle.

§ 2
Aufgaben der KFiD

Die KFiD hat folgende Aufgaben:


c) Schaffung eines adressatengerechten Beratungs- und Informationsangebots zur Nutzung des KDSF-Standards und zur Forschungsberichterstattung generell, d.h. der datengestützten Berichterstattung im Bereich Forschung und Transfer. Das Beratungsangebot für Nutzerinnen und Nutzer soll Erfahrungswissen in den Einrichtungen im Hinblick auf organisatorische, kommunikative, technische, rechtliche und andere Aspekte der Umsetzung des KDSF-Standards systematisieren und verfügbar machen.

d) Unterstützung der wissenschaftlichen Einrichtungen (Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen) bei der Professionalisierung ihres Forschungsinformationsmanagements.

e) Hinwirken auf einen Übergang zu konsequenten Datenabfragen im KDSF-Format, damit sich Entlastungseffekte durch die Nutzung des KDSF-Standards auch in der Praxis entfalten können.


g) Erarbeitung von Vorschlägen zu Themen, die im Wege einer von der KFiD-Geschäftsstelle organisatorisch unabhängigen Begleitforschung verfolgt werden sollten, und deren Empfehlung an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK).

h) Erstellung eines jährlichen Tätigkeitsberichts und Vorlage zur Kenntnisnahme an die GWK. Die Tätigkeitsberichte werden nach der Kenntnisnahme durch die GWK veröffentlicht.

§ 3
Zusammensetzung und Arbeitsweise der KFiD

(1) Die KFiD setzt sich zusammen aus:

a) jeweils einer Vertretung der vier großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren, Leibniz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft),

b) einer Vertretung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 

c) vier durch die Hochschulrektorenkonferenz zu benennenden Hochschulvertretungen,

d) zwei Vertretungen des Bundes und zwei Vertretungen der Länder,
e) vier Vertretungen ausgewählter Organisationen, die Daten von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen abfragen.


(2) Die Organisationen gemäß Absatz 1 Buchstabe a bis c unterbreiten der GWK einen über die Allianz der Wissenschaftsorganisationen abgestimmten Benennungsvorschlag für ihre Vertretungen. Die Vertretungen gemäß Absatz 1 Buchstabe d werden von der GWK benannt. Für Vertretungen gemäß Absatz 1 Buchstabe e unterbreiten die KFiD-Mitglieder nach Buchstabe a bis d der GWK schnellstmöglich eine Vorschlagsliste mit zur Mitwirkung in der KFiD bereiten Personen. Bei allen Vorschlagslisten ist auf die paritätische Besetzung von Frauen und Männern und eine ausgewogene regionale Verteilung zu achten. Bis zur Ernennung der Mitglieder nach Buchstabe e ist die KFiD mit den Mitgliedern gemäß Buchstabe a bis d beschlussfähig.

(3) Für alle Mitglieder erfolgt die Ernennung ad personam durch die GWK und die Berufung durch die Vorsitzenden der GWK für die erste Amtszeit bis Ende des Jahres 2024 und danach für jeweils drei Jahre. Wiederberufungen sind möglich. Scheidet ein Kommissionsmitglied vorzeitig aus, ist der GWK baldmöglichst eine Nachfolge durch die unter Absatz 2 vorgesehene Instanz vorzuschlagen.

(4) Die KFiD gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung der GWK bedarf. Die KFiD wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitz.

(5) Die Mitglieder der KFiD arbeiten unabhängig und sind keinen fachlichen Weisungen unterworfen.

(6) Die Mitglieder der KFiD sind ehrenamtlich tätig.

§ 4

KFiD-Geschäftsstelle

(2) Die Leitung der KFiD-Geschäftsstelle ist fachliche Vorgesetze/Vorgesetzter des Personals der KFiD-Geschäftsstelle.

(3) Die Leitung der KFiD-Geschäftsstelle ist gegenüber der Trägerinstitution für die Erfüllung der Pflichten verantwortlich, die sich aus dem Zuwendungsverhältnis gegenüber Bund und Ländern ergeben.

(4) Die KFiD-Geschäftsstelle nimmt folgende Aufgaben wahr:

   a) Unterstützung der KFiD bei ihrer Aufgabenerfüllung nach § 2 durch Vor- und Nachbereitung der Beratungen und Erledigung der laufenden Geschäfte.

   b) Nachweis der Mittelverwendung gegenüber der Trägerinstitution.

§ 5

Trägerinstitution für die KFiD-Geschäftsstelle

(1) Die rechtlich unselbständige KFiD-Geschäftsstelle wird für die Laufzeit gemäß § 9 unter dem Dach einer bestehenden rechtsfähigen Trägerinstitution eingerichtet.

(2) Zur Identifizierung einer geeigneten Trägerinstitution führen Bund und Länder ein Interessenbekundungsverfahren durch.

(3) Eine für die Ansiedlung der KFiD-Geschäftsstelle geeignete Trägerinstitution muss

   a) in ein geeignetes wissenschaftliches Umfeld sowohl hinsichtlich der Anbieter- wie auch der Nutzerbezüge auf dem Gebiet der Forschungsberichterstattung eingebettet sein;

   b) fachliche Expertise auf dem Gebiet der Forschungsberichterstattung vorweisen;

   c) die Unabhängigkeit der KFiD gewährleisten. Die Trägerinstitution muss nachweislich in der Lage und dazu bereit sein, die KFiD-Geschäftsstelle als organisatorisch getrennte Einheit einzurichten und ihr und ihren Vertreterinnen und Vertretern im Rahmen ihrer Geschäftsordnung inhaltliche, wirtschaftliche und organisatorische Eigenständigkeit zu gewährleisten;

   d) angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung stellen können,

   e) die Gewähr für eine zuverlässige Projektabwicklung über die gesamte Laufzeit bieten und

   f) bundesweit gut erreichbar sein.
(4) Die Trägerinstitution erhält vom Sitzland die Zuwendungen, die für die KFiD-Geschäftsstelle vorgesehen sind, und stellt sie der KFiD-Geschäftsstelle ohne Abzüge bereit. Die Pflicht zum Nachweis der Mittelverwendung wird im Innenverhältnis abschließend durch die KFiD-Geschäftsstelle wahrgenommen. Für die interne Berechnung von wechselseitig erbrachten Leistungen treffen die Trägerinstitution und die KFiD-Geschäftsstelle allgemeine Regelungen, die mit dem Sitzland abzustimmen sind. Soweit das Handeln der KFiD-Geschäftsstelle die Trägerinstitution rechtlich verpflichtet, geht diese Verpflichtung intern zu Lasten der KFiD-Geschäftsstelle.

§ 6
Verfahren zur Auswahl der Trägerinstitution für die KFiD-Geschäftsstelle

(1) Die GWK wählt auf Grundlage der nach § 5 Absatz 3 maßgeblichen Kriterien eine Trägerinstitution für die KFiD-Geschäftsstelle aus.

(2) Die Trägerinstitution übernimmt in Abstimmung mit dem KFiD-Vorsitz die Personalrekrutierung für die KFiD-Geschäftsstelle gemäß § 4 Absatz 1. Bis zum Arbeitsantritt der Geschäftsstellenleitung erfolgt die organisatorische Betreuung der KFiD durch die Trägerinstitution.

§ 7
Mittelbereitstellung, Umfang und Dauer der Förderung

(1) Die finanzielle Förderung der KFiD wird von Bund und Ländern auf Grundlage dieser Verwaltungsvereinbarung im Wege der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuschüsse zur Deckung der zuwendungsfähigen Ausgaben geleistet. Dazu gehören Personalkosten (eine Stelle für die Leitung der KFiD-Geschäftsstelle (bis zu EG 15 TV-L/TVöD), zwei Referentenstellen (bis zu EG 14 TV-L/TVöD), eine Stelle in der Sachbearbeitung (bis zu EG 12 TV-L/TVöD) und eine Stelle für die Bürosachbearbeitung (bis zu EG 9 TV-L/TVöD)). Neben diesen Personalkosten einschließlich Neben- und Sachkosten sind eventuelle Kosten für die räumliche Unterbringung, Reisekosten (für Kommissionsmitglieder und Geschäftsstellenmitarbeiter) sowie Konferenzen, Arbeitsgespräche, Workshops und Kosten für externe Aufträge, Beratungen und Dienstleistungen zuwendungsfähig.

(2) Die zuwendungsfähigen Ausgaben werden von Bund und Ländern, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften, im Verhältnis 50 zu 50 getragen. Die Länder erbringen ihren Anteil nach dem
Königsteiner Schlüssel. Das Sitzland der Trägerinstitution übernimmt die Ver- einnahmung der von Bund und den Ländern zu erbringenden Mittel. Das Sitzland stimmt sich mit dem Bund über zuwendungsrelevante Aspekte ab.


(4) Für die Jahre 2021 bis 2022 wird ein Förderbetrag von zusammen bis zu 300 000 Euro und für die Jahre 2023 bis 2027 ein Förderbetrag von jährlich bis zu 600 000 Euro zur Verfügung gestellt. Mit diesem Betrag sind insbesondere etwaige Tarifsteigerungen abgegolten.

§ 8
Evaluation

(1) Die GWK bittet den Wissenschaftsrat, eine Evaluation zur Wirkung und Funktionalität der KFiD durchzuführen und eine Empfehlung unter anderem zur Weiterführung der KFiD zu übermitteln.


§ 9
Laufzeit, Inkrafttreten

(1) Die Vereinbarung wird bis zum 31. Dezember 2027 geschlossen.

(2) Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Evaluation gemäß § 8 entscheidet die GWK im Jahr 2027 über die weitere Förderung der KFiD ab 2028.

(3) Diese Vereinbarung tritt nach Beschlussfassung durch die GWK in Kraft.
Präambel

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland beschließen, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften, auf der Grundlage von Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes, die folgende Verwaltungsvereinbarung zu Aufbau und Förderung einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI).

Der Zugang zu digital verfügbarem Wissen und der Umgang mit Forschungsdaten aus öffentlich geförderter Wissenschaft sind zentrale Herausforderungen für Forschung und Transfer in Deutschland.

Damit aus Forschungsdaten wissenschaftlich breit nutzbare Datenschatze mit gesellschaftlichem Mehrwert werden, braucht Deutschland eine NFDI.


¹ FAIR ist ein Akronym für Findable, Accessible, Interoperable and Re-Useable. The FAIR Data Principles; https://www.force11.org/group/fairgroup/fairprinciples
Dabei setzt die NFDI auf bestehende Verantwortlichkeiten auf und ergänzt die existierende Finanzierung. Davon unbenommen können derzeit projektförmige Finanzierungsmodelle in langfristige Finanzierungen überführt werden.

Durch die NFDI entsteht ein Mehrwert für das gesamte Wissenschaftssystem, denn bereits existierende Datensammlungen und Dienste sollen zum Aufbau der NFDI beitragen und integriert werden. Der Mehrbedarf für die NFDI entsteht u. a. durch diese Integration, die zu entwickelnden übergreifenden Dienste und die sich daraus ergebenden Lösungen für das Forschungsdatenmanagement in Deutschland. In den Wissenschaftsbereichen, in denen noch keine Datensammlungen und Dienste eingeführt sind, sollen Verfahren zum Datenmanagement etabliert werden. Die NFDI wird zudem einen wesentlichen Beitrag leisten zur Beantwortung neuer interdisziplinärer Forschungsfragenstellungen mit hoher gesellschaftlicher Relevanz.

Die NFDI soll mit europäischen und internationalen Forschungsdateninfrastrukturen eng zusammenarbeiten, wo immer dies zum wechselseitigen Nutzen möglich ist.

§ 1

Ziele der Förderung

Mit der Förderung der NFDI werden die Ziele der Etablierung und Fortentwicklung eines übergreifenden Forschungsdatenmanagements und die Steigerung der Effizienz des gesamten Wissenschaftssystems verfolgt. Dazu gehören insbesondere

a) Aufbau einer koordinierten, vernetzten Informationsinfrastruktur zur Entwicklung eines nachhaltigen interoperablen Forschungsdatenmanagements;

b) Etablierung von in den wissenschaftlichen Disziplinen akzeptierten Prozessen und Verfahren zum standardisierten Umgang mit Forschungsdaten;

c) Schaffung eines verlässlichen und nachhaltigen Dienste-Angebots, welches übergreifende und fachspezifische Bedarfe des Forschungsdatenmanagements in Deutschland abdeckt;

d) Entwicklung disziplinübergreifender Metadatenstandards zur flächendeckenden (Nach-)Nutzbarkeit von Forschungsdaten;

e) Anbindung der deutschen Forschungsdateninfrastrukturen an europäische und internationale Plattformen;
f) Optimierung der Nachnutzbarkeit bereits erhobener Forschungsdaten wie auch der Infrastrukturen, in die sie eingebettet sind; dadurch Generierung zusätzlichen Wissens ohne den hohen Aufwand einer Datenneuerhebung;

g) Schaffung einer gemeinsamen Basis für Datenschutz sowie der Souveränität, Integrität, Sicherheit und Qualität von Daten.

§ 2

Ausgestaltung der NFDI

In der NFDI wirken Konsortien, die Konsortialversammlung, der Wissenschaftliche Senat sowie das Direktorat zusammen. Die Mitgliedseinrichtungen in den Konsortien arbeiten in einer vernetzten Struktur unter Wahrung ihrer rechtlichen Selbstständigkeit zusammen.

§ 3

Gegenstand der gemeinsamen Förderung

(1) Bund und Länder fördern die NFDI gemeinsam.


(3) Die Förderung beinhaltet auch die Kosten des Verfahrens und der Evaluation sowie einer möglichen wissenschaftlichen Begleitforschung zu strukturellen Fragen der NFDI.

§ 4

Antragsberechtigung

(1) Antragsberechtigt mit dem Ziel, als Konsortien gefördert zu werden, sind Verbünde, die staatliche und staatlich anerkannte Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Ressortforschungseinrichtungen,
Akademien und andere öffentlich geförderte Informationsinfrastruktureinrichtungen oder weitere entsprechende Akteure umfassen können. Eine Beteiligung einzelner Einrichtungen an mehreren Konsortien ist möglich.

(2) Antragsberechtigt für die Förderung des Direktorats ist die Trägereinrichtung, an der das Direktorat angesiedelt ist. Nach Gründung einer Rechtspersönlichkeit ist diese antragsberechtigt.

§ 5

Förderkriterien

Kriterien für die Förderung von Konsortien sind:

a) fachliche Relevanz und Qualität der geplanten Maßnahmen;

b) erwartbarer Mehrwert für die Entwicklung disziplinübergreifender Metadatenstandards und die Schaffung eines verlässlichen und nachhaltigen Dienste-Angebots im Konsortium;

c) die Verankerung des Konsortiums in der jeweiligen Fachgemeinschaft und Einbindung der relevanten Partner;

d) strukturelle Bedeutung für die NFDI und das Wissenschaftssystem;

e) Effizienz und Nachhaltigkeit;

f) internationale Anschlussfähigkeit;

g) ein stimmiges Konzept zu Datennutzung und -zugang sowie Auffindbarkeit und Nachnutzbarkeit der Daten, welches entlang der FAIR-Prinzipien ausgerichtet ist;

h) ein den Bedürfnissen von Nutzern und Anbietern angemessenes Betriebsmodell (ggf. einschließlich moderater Nutzungsgebühren).

§ 6

Verfahren

(1) Bund und Länder beabsichtigen, in drei Ausschreibungsrunden die Auswahl von insgesamt bis zu 30 Konsortien vorzunehmen.

(2) Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) führt das Verfahren zur Begutachtung der Konsortien nach Maßgabe dieser Vereinbarung durch. Die Begutachtung folgt den Prinzipien eines wissenschaftsgeleiteten Ver-
fahrens. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) entscheidet auf Grundlage der Förderempfehlung der DFG. Voraussetzung für die Förderung von Konsortien im Rahmen der NFDI ist ein positives Votum aus dem Begutachtungsverfahren.

(3) Zur Durchführung des Begutachtungsprozesses setzt die DFG im Benehmen mit Bund und Ländern ein Expertengremium NFDI ein. Zu dessen Aufgabe gehören insbesondere die Bewertung der Anträge auf der Grundlage einer fachwissenschaftlichen und infrastrukturbegrenzten Begutachtung sowie die Formulierung der Förderempfehlungen an die GWK. Das Expertengremium setzt sich zusammen aus in der Forschung auf verschiedenen Wissenschaftsgebieten ausgewiesenen Expertinnen und Experten, die auch über langjährige Erfahrung im Ausland, im Wissenschaftsmanagement, in wissenschaftlichen Infrastrukturen oder in der Wirtschaft verfügen.

§ 7

Entscheidungen durch Bund und Länder

(1) Die GWK trifft alle grundsätzlichen finanzwirksamen Entscheidungen zur NFDI. Sie beschließt auf der Grundlage der Begutachtungsergebnisse über die Aufnahme von Konsortien in die NFDI-Förderung sowie deren Ausscheiden aus der Förderung. Die GWK entscheidet über die jeweilige Förderhöhe jedes einzelnen Konsortiums im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel auf der Grundlage von § 8 Absatz 2.

(2) Die GWK entscheidet über die Höhe der finanziellen Zuwendungen an das Direktorat auf der Grundlage eines Antrags im Rahmen der nach § 8 Absatz 3 zur Verfügung stehenden Mittel.

(3) Die GWK entscheidet über die Rechtsform und den Sitz der NFDI.


§ 8

Mittelbereitstellung, Art und Umfang der Förderung

(1) Bund und Länder stellen, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften, im Zeitraum von 2019 bis 2028 bis zu
90 Millionen Euro pro Jahr im Endausbau für die Projektförderung der NFDI zur Verfügung. In dieser Summe enthalten sind neben den Kosten der Förderung von Konsortien und Direktorat einschließlich Programmpauschalen auch die Kosten des Verfahrens und der Evaluation sowie einer möglichen wissenschaftlichen Begleitforschung zu strukturellen Fragen der NFDI. Investitionsausgaben sind nur in Ausnahmefällen zuwendungsfähig.


(4) Bund und Länder stellen während der Projektförderphase im Rahmen einer jährlichen Sonderfinanzierung an die DFG die Mittel für die Förderung der Konsortien zur Verfügung. Die Mittel werden im Rahmen einer flexiblen Mittelbewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Bund und Länder werden sich bemühen, nicht ausgegebene Mittel im Rahmen der für die Förderfälle gebenen Finanzierungszusagen erneut zur Verfügung zu stellen. Die Zuwendung an die Konsortien erfolgt in der Projektförderphase durch die DFG. Die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung erfolgt über die DFG.


(6) Bund und Länder tragen die Kosten des Verfahrens, insbesondere die Verwaltungskosten bei der DFG und die Kosten der Evaluation sowie einer möglichen wissenschaftlichen Begleitforschung zu strukturellen Fragen der NFDI im Verhältnis 90 : 10; die Länder tragen ihren Anteil nach dem Königsteiner Schlüssel.
(7) Die DFG und das BMBF stellen bei der Bewilligung in geeigneter Weise dar, dass es sich um eine gemeinsame Förderung von Bund und Ländern handelt.

§ 9

Konsortien


(3) Die Konsortien setzen die in den Anträgen formulierten und durch die Begutachtung bzw. Förderentscheidung bestätigten Maßgaben um und wirken dabei mit den Gremien der NFDI zusammen.

(4) Die Konsortien stellen die Sprech- und Handlungsfähigkeit in der Partnerschaft zwischen wissenschaftlicher Fachgemeinschaft und beteiligten Infrastrukturbetreibern her; sie entwickeln und fördern eine Kultur des DatenTeilens und der Informationskompetenz gemäß den FAIR-Prinzipien; sie tragen Sorge dafür, dass technische Dienste für die Datenbereitstellung, -archivierung und -erschließung aufgebaut, gepflegt und die dafür notwendigen Datenspeicherungs- und Hardware-Kapazitäten zur Wahrnehmung der nationalen Aufgaben angepasst werden.
§ 10
Konsortialversammlung

(1) Die Konsortialversammlung besteht aus den gewählten Sprecherinnen/Sprechern jedes Konsortiums. Sie bestimmt die inhaltlich-technischen Grundsätze für die übergeordnete Arbeit der Konsortien.

(2) Die Konsortialversammlung sorgt für einen konsortienübergreifenden Austausch; sie unterbreitet dem Wissenschaftlichen Senat Entscheidungsvorschläge zu konsortienübergreifenden Standards, Metadatenstandards und Formaten; sie definiert die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der vom Wissenschaftlichen Senat bestimmten Standards in den Konsortien und die Schnittstellen für generische Dienste in den beteiligten Diensten.

(3) Die Konsortialversammlung nimmt Stellung zu strategischen Fragen der NFDI und zur Einbindung der NFDI in internationale Entwicklungen.

(4) Die Konsortialversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung, die initial der Zustimmung von Bund und Ländern bedarf.

§ 11
Wissenschaftlicher Senat

(1) Der Wissenschaftliche Senat ist das inhaltlich-strategische Gremium der NFDI und insbesondere verantwortlich für die strategische Gesamtansicht der NFDI, unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf das Wissensschaftssystem.

(2) Der Wissenschaftliche Senat entscheidet auf Vorschlag der Konsortialversammlung über konsortienübergreifende Standards, Metadatenstandards und Formate.

(3) Der Wissenschaftliche Senat berät auf Basis einer regelmäßigen Berichterstattung aus den Konsortien die Projektfortschritte der Konsortien unter Berücksichtigung der übergeordneten Ziele der NFDI und entscheidet über die Aufnahme und Integration von übergreifenden Diensten in die NFDI.

(4) Der Wissenschaftliche Senat besteht aus insgesamt 13 Personen. Er setzt sich zusammen aus der Direktorin/dem Direktor als der/dem Vorsitzenden; vier Vertreterinnen und Vertretern der Konsortialversammlung, die aus ihrer Mitte benannt werden; vier Expertinnen und Experten aus Mitgliedsorganisationen der Allianz der Wissenschaftsorganisationen, die von der Allianz benannt werden, sowie weiteren vier von der GWK benannten
Expertinnen und Experten. Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Senats werden durch die GWK ernannt.

(5) Der Wissenschaftliche Senat gibt sich eine Geschäftsordnung, die initial der Zustimmung von Bund und Ländern bedarf.

§ 12

Direktorat


(3) Die Direktorin/der Direktor vertritt die NFDI nach innen und außen.

§ 13

Evaluation

(1) Um die Wirksamkeit der NFDI zu überprüfen, soll der Wissenschaftsrat eine Strukturevaluation zur Frage durchführen, inwieweit die in § 1 definierten Ziele erreicht sind bzw. erreicht werden können.

und ihnen das Ergebnis dieser Strukturevaluation bis zum 31. Dezember 2025 vorzulegen.

(3) Die Konsortien werden in regelmäßigen Abständen durch die DFG evaluiert. Auf der Grundlage der Evaluation entscheiden Bund und Länder in der GWK über die weitere Zugehörigkeit zur NFDI, eine weitere Förderung sowie gegebenenfalls über eine Verstetigung der Dienste oder ein Ausscheiden aus der NFDI. Wird die gemeinsame Förderung eingestellt, erhält das Konsortium eine degressive, auf höchstens zwei Jahre begrenzte Auslauffinanzierung von Bund und Ländern.

§ 14
Laufzeit, Verstetigung, Inkrafttreten


(2) Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Strukturevaluation durch den Wissenschaftsrat gemäß § 13 entscheidet die GWK im Jahr 2026 über die weitere Ausgestaltung der NFDI und über die Einzelheiten der weiteren Förderung ab dem Jahr 2029.

Bund-Länder-Vereinbarung über die gemeinsame Förderung der NAKO Gesundheitsstudie gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes


Präambel

Mit der Durchführung der NAKO Gesundheitsstudie wird in Deutschland eine einmalige Forschungsressource für die biomedizinische Forschung aufgebaut. Im Rahmen einer repräsentativ angelegten bevölkerungsbezogenen Langzeitbeobachtung sollen belastbare Aussagen über die Ursachen von Volkskrankheiten im Zusammenspiel von genetischer Veranlagung, Lebensgewohnheiten und umweltbedingten Faktoren getroffen werden. Das wissenschaftliche Konzept wurde in einer breiten Kooperation außeruniversitärer und universitärer Forschungseinrichtungen ausgearbeitet und von einem international besetzten Gutachtergremium positiv bewertet.

§ 1 Gegenstand der gemeinsamen Förderung

Gegenstand der Förderung ist das Projekt der NAKO Gesundheitsstudie, das universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gemeinsam durchführen. Diese gründen zur Durchführung der NAKO Gesundheitsstudie einen eingetragenen Verein (NAKO e. V.).

§ 2 Umfang der Förderung

(1) Die Durchführung der NAKO Gesundheitsstudie wird für einen zehnjährigen Förderzeitraum mit insgesamt bis zu 256 Millionen Euro - vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel durch die gesetzgebenden Körperschaften - unterstützt.

(2) Der Förderbedarf wird anteilig mit bis zu 85 Millionen Euro aus Zuwendungsmitteln der an der NAKO Gesundheitsstudie beteiligten Helmholtz-
Zentren\(^1\) und mit bis zu 171 Millionen Euro aus Projektmitteln des Bundes und der Länder (Vertragspartner) finanziert.

Grundlage für die Gesamtzuwendung ist jeweils ein fünfjähriger Projektantrag.


(4) Über Höhe und Modalitäten der Finanzierung der Forschungsaktivitäten der NAKO Gesundheitsstudie verständigen sich Bund, an der Finanzierung beteiligte Länder und Helmholtz-Zentren rechtzeitig vor der Beschlussfassung durch den Fachausschuss NAKO und durch weitere Gremien der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz.

(5) Im Hinblick auf die Gesamtkosten der NAKO Gesundheitsstudie werden die beteiligten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen Eigenleistungen erbringen. Diese werden im Finanzierungsplan der NAKO Gesundheitsstudie ausgewiesen, für den Förderzeitraum festgeschrieben und dürfen nicht überschritten werden.\(^2\)

\section*{§ 3 Finanzierungsanteile und -wege}

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, die Projektmittel des Bundes und der Länder (§ 2 Absatz 2 Satz 1) im Verhältnis 75 : 25 (Bund : Länder) bereitzustellen. Die anteiligen Finanzierungsbeiträge der Länder werden wie folgt aufgebracht: In Höhe von 25 % nach den Anteilen des Königsteiner Schlüssels, allerdings bis auf Weiteres ohne die Anteile der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen, und in Höhe von 75 % nach dem Anteil an den Ausgaben, der für die im jeweiligen Land durchgeführten Vorhaben anfällt.\(^2\) Die Länder weisen ihren jeweiligen Finanzierungsanteil nach der jeweiligen Landeshaushaltsordnung am Beginn des Haushaltsjahres dem Bund zu, der diese Mittel

---

\(^1\) Es werden dafür keine zusätzlichen Mittel für die HGF von Bund und Ländern bereitgestellt.

\(^2\) Die Eigenleistungen sind in Anlage 1 zu dieser Vereinbarung dargestellt. Die einrichtungsbezogenen Fördersummen und die jeweiligen Förderanteile der Länder werden nach Bewilligung der 2. Förderphase der NAKO Gesundheitsstudie vom Fachausschuss NAKO aktualisiert.
gemeinsam mit dem Bundesanteil an den Verein als Zuwendung im Sinne der §§ 23 und 44 Bundeshaushaltsordnung bewilligt.


(3) Der Verein leitet die nach den Absätzen 1 und 2 zugewendeten Finanzmittel nach Maßgabe der §§ 23, 44 Bundeshaushaltsordnung zeitnah an seine Mitglieder (Letztzuwendungsempfänger) weiter.

(4) Die anteilige Finanzierung der Länder und der beteiligten Helmholtz-Zentren kann auch über eine zusätzliche Bereitstellung von noch zu schaffenden Infrastrukturen realisiert werden, soweit diese nicht zur Deckung der Grundausstattung für die Forschung dienen. Die Vertragspartner werden sich über die Anrechnung im Rahmen des Verfahrens gemäß § 2 Absatz 3 verstehend.

§ 4
Fachausschuss NAKO

(1) Der Fachausschuss NAKO der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz begleitet die Umsetzung des Projekts. Er stellt die Zusammenarbeit mit dem NAKO e. V. sicher, der die Gesundheitsstudie durchführt. Der Fachausschuss verfügt dabei über abschließende Entscheidungskompetenz.


NAKO-

GWK-Abkommen gefasst. Dabei ist die jeweils aktuelle Anzahl der Stimmen des Bundes und der Länder zugrunde zu legen.

Der Fachausschuss wird bei Bedarf, mindestens aber zwei Mal im Kalenderjahr, von dem/der Vorsitzenden einberufen.

(3) Stellvertretend für die an der NAKO Gesundheitsstudie beteiligten Helmholtz-Zentren nimmt ein/eine von ihnen bestimmter/bestimmte und mandatiertem/mandatierte Vertreterin/Vertreter am Fachausschuss als Gast ohne Stimmrecht teil.

Der Vorstand des NAKO e.V. sowie der Geschäftsführer/die Geschäftsführerin des NAKO e. V. können an den Sitzungen des Fachausschusses ebenfalls als Gäste ohne Stimmrecht teilnehmen.

(4) In strategischen und wesentlichen finanziellen, organisatorischen und personellen Fragen mit Auswirkungen auf die Förderung der NAKO Gesundheitsstudie sind Vorstand und Mitgliederversammlung des NAKO e.V. verpflichtet, die Genehmigung des Fachausschusses NAKO einzuholen. Dies betrifft insbesondere die in Anlage 2 zusammengestellten Angelegenheiten. Der Fachausschuss NAKO ist berechtigt, der Mitgliederversammlung Satzungsänderungen vorzuschlagen.

(5) Der Fachausschuss kann in die Mitgliederversammlung des NAKO e. V. Vertreter/Vertreterinnen entsenden, die an der Sitzung ohne Stimmrecht beratend teilnehmen.

§ 5

Prüfung der Verwendungsnachweise, begleitendes Controlling


(2) Der Bund macht die Ansprüche auf der Grundlage der Verwendungsnachweissprüfung für die Vertragspartner gegenüber dem Verein geltend und verteilt den jeweiligen Länderanteil nach Rückzahlung/Erstattung entsprechend dem in § 3 Absatz 1 vereinbarten Schlüssel auf die Länder.

- 248 -
§ 6

Fördervoraussetzung


§ 7

Bestimmungen des Bundes

Bei den aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung zu übernehmenden Bestimmungen sind grundsätzlich die für den Bund geltenden Regelungen maßgeblich.

§ 8

Ansprüche Dritter

Rechtsansprüche Dritter werden durch diese Vereinbarung nicht begründet.

§ 9

Änderungen/Salvatorische Klausel

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform und der Zustimmung aller Vertragspartner. Das gilt auch für die Änderung dieser Schriftformklausel.

(2) Die Unwirksamkeit einer Bestimmung lässt die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen unberührt. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass die Vereinbarung eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt eine Regelung, die dem am
nächsten kommt, was die Vertragspartner gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck der Vereinbarung gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss der Vereinbarung oder der späteren Aufnahme der Bestimmung den Punkt bedacht hätten.

§ 10

Inkrafttreten, Kündigung


(2) Wird die Vereinbarung von einem der Vertragspartner gekündigt, so wird die gemeinsame Förderung der NAKO Gesundheitsstudie durch die übrigen Vertragspartner wie bisher fortgesetzt. Die übrigen Vertragspartner werden sich in diesem Fall unverzüglich über einen geänderten Finanzierungsschlüssel verstündigen, es sei denn, dass die übrigen Vertragspartner einvernehmlich eine Fortsetzung der gemeinsamen Förderung ablehnen.


(4) Über eine weitere Förderung der NAKO Gesundheitsstudie über den in Absatz 1 genannten Zeitraum hinaus werden die Vertragspartner zu gegebener Zeit verhandeln.
### Anlage 1 zur Bund-Länder-Vereinbarung
**"NAKO Gesundheitsstudie": Aktualisierte Finanzübersicht des EPC**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Standort</th>
<th>Einrichtungen</th>
<th>n  Projekt</th>
<th>Förder- summe (£)</th>
<th>Eigenleistung gesamt (£)</th>
<th>Δ Eigenleistung (£)</th>
<th>Eigenleistung / Förder- summe (%)</th>
<th>Gesamtkosten Bundes- land (£)</th>
<th>Bundes- land</th>
<th>Kommentar</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Augsburg</td>
<td>HMGU</td>
<td>20.000</td>
<td>36.235</td>
<td>4.744</td>
<td>0</td>
<td>13.09%</td>
<td>51.111</td>
<td>BY</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Regensburg</td>
<td>Uni Regensburg</td>
<td>10.000</td>
<td>7.614</td>
<td>2.518</td>
<td>0</td>
<td>33.07%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Mannheim</td>
<td>DKFZ / Uni Heidelberg</td>
<td>10.000</td>
<td>16.835</td>
<td>4.107</td>
<td>0</td>
<td>24.40%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Freiburg</td>
<td>Universität Freiburg</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.815</td>
<td>0</td>
<td>37.05%</td>
<td>41.335</td>
<td>BW/SL</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Saarbrücken</td>
<td>DKFZ / MGUV</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.362</td>
<td>0</td>
<td>31.05%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Essen</td>
<td>Uni Essen</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.950</td>
<td>0</td>
<td>38.85%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Münster</td>
<td>Uni Münster</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.477</td>
<td>0</td>
<td>32.56%</td>
<td>31.128</td>
<td>NW</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Düsseldorf</td>
<td>DZI / RUF</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.874</td>
<td>0</td>
<td>37.78%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Halle</td>
<td>Uni Halle</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.248</td>
<td>0</td>
<td>29.56%</td>
<td>9.854</td>
<td>ST</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Leipzig</td>
<td>Uni Leipzig</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.103</td>
<td>0</td>
<td>27.64%</td>
<td>9.711</td>
<td>SN</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berlin-Nord</td>
<td>MDK</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.668</td>
<td>0</td>
<td>37.70%</td>
<td>20.444</td>
<td>BE</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berlin-Mitte</td>
<td>Charite</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.360</td>
<td>0</td>
<td>31.02%</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Berlin-Süd</td>
<td>DUE</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.425</td>
<td>600</td>
<td>31.87%</td>
<td>10.033</td>
<td>BB</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hannover</td>
<td>MZU / Tübingen</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.359</td>
<td>0</td>
<td>31.01%</td>
<td>9.967</td>
<td>NI</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Hamburg</td>
<td>UKI</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>2.468</td>
<td>0</td>
<td>32.44%</td>
<td>10.025</td>
<td>HH</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bremen</td>
<td>BIPS</td>
<td>10.000</td>
<td>7.608</td>
<td>3.000</td>
<td>742</td>
<td>40.72%</td>
<td>10.708</td>
<td>HB</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Kiel</td>
<td>Uni Kiel / Uni Lübeck</td>
<td>10.000</td>
<td>7.617</td>
<td>2.665</td>
<td>0</td>
<td>34.99%</td>
<td>10.282</td>
<td>SH</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Neubrandenburg</td>
<td>Uni Greifswald</td>
<td>20.000</td>
<td>18.544</td>
<td>5.630</td>
<td>0</td>
<td>30.36%</td>
<td>24.174</td>
<td>MV</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**MRT-Imaging an 4 Standorten**
- 19.902
- 6.428
- 28.330

**Treuhandsstellen, Kompetenzzentrum Sekundärdiagnostik und Kompetenznetzwerke**
- 3.480
- 0
- 3.480

**Tumorgewebsbank**
- 570
- 0
- 570

**Externes Qualitätsmanagement**
- 2.234
- 0
- 2.234

<p>| | | | | | | |</p>
<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>211.951</td>
<td>59.554</td>
<td>271.435</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

*Anteil der Eigenleistung, der nicht von der Einrichtung getragen werden kann

- Zusage der Einrichtung, bezw. des Landes zur Übernahme der Eigenleistung
- Übernahme der Eigenleistung durch die Einrichtung oder die übergeordnete Forschungsorganisation unter Umständen möglich, wird noch geprüft

Anlage 2
zur Bund-Länder-Vereinbarung
"NAKO Gesundheitsstudie"

Der Genehmigung durch den Fachausschuss bedürfen:

- die Aufnahme neuer Mitglieder des NAKO e. V.
- der Ausschluss von Mitgliedern des NAKO e. V.
- wesentliche Abweichungen von den von der Gutachterkommission im Be-
gutachtungsverfahren zur Errichtung der NAKO Gesundheitsstudie sowie
in den weiteren Evaluationsverfahren gegebenen Empfehlungen nach
voreriger Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats
- Genehmigung des Wirtschaftsplans
- Beitrags- und Nutzungsordnungen sowie die Ordnung über die Nutzung,
den Schutz und die Verwertung von Arbeitsergebnissen
- der Jahresabschluss
- Beschlüsse der Mitgliederversammlung zu Satzungsänderungen, zur Än-
derung des Vereinszwecks und zur Auflösung des Vereins
Finanzierung von Wissenschaft und Forschung
Finanzierungsschlüssel
Gemeinsame Förderung von Bund und Ländern auf Grundlage von Artikel 91b Abs. 1 GG

I. Förderung von Hochschulen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Einrichtungen/ Fördermaßnahme</th>
<th>Anteil Bund</th>
<th>Anteil Länder</th>
<th>Aufbringung des Länderanteils</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. Exzellenzstrategie</td>
<td>75 %</td>
<td>25 %</td>
<td>Sitzland</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen</td>
<td>100 %</td>
<td></td>
<td>Das Sitzland beteiligt sich an den vorhabenbezogenen Gesamtausgaben im Rahmen der Finanzierung der Grundausstattung.</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Forschungsbauten, Großgeräte und Nationales Hochleistungsrechnen</td>
<td>50 %</td>
<td>50 %</td>
<td>Sitzland¹</td>
</tr>
<tr>
<td>4. Hochschulpakt III (Programmlinie: Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger)</td>
<td>≥ 50 %</td>
<td>≤ 50 %</td>
<td>Der Bund beteiligt sich mit 13.000 € an den rechnerischen Kosten pro zusätzlichen Studienanfänger. Die Länder stellen die Gesamtfinanzierung sicher und erbringen verbindlich finanzielle Leistungen, die denen des Bundes vergleichbar sind.</td>
</tr>
<tr>
<td>5. Innovation in der Hochschullehre</td>
<td>100 %</td>
<td></td>
<td>alle Länder nach Königsteiner Schlüssel</td>
</tr>
<tr>
<td>2021 – 2023</td>
<td>73,33 %</td>
<td>26,66 %</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

¹ Nationales Hochleistungsrechnen: vorläufig bis 2025
6. Innovative Hochschule 90 % 10 % Sitzland
7. KI in der Hochschulbildung 90 % 10 % Sitzland
8. Personal an Fachhochschulen 71 % 29 % Sitzland
9. Professorinnenprogramm III 50 % 50 % Sitzland
10. Qualitätsoffensive Lehrerbildung 100 %
11. Wissenschaftlicher Nachwuchs 100 % Das jeweilige Sitzland stellt die Gesamtfinanzierung sicher
12. Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken 50 % 50 % Sitzland

II. Förderung von außerhochschulischen Wissenschaftseinrichtungen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Einrichtungen/ Fördermaßnahme</th>
<th>Anteil</th>
<th>Anteil</th>
<th>Aufbringung des Länderanteils</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Bund</td>
<td>Länder</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1. acatech</td>
<td>1/3</td>
<td>2/3</td>
<td>50 % durch den Freistaat Bayern und 50 % durch alle Länder nach Königsteiner Schlüssel.</td>
</tr>
<tr>
<td>Grundförderung²</td>
<td>58 %</td>
<td>42 %</td>
<td>alle Länder nach Königsteiner Schlüssel</td>
</tr>
<tr>
<td>Programmpauschalen</td>
<td>²/₂₂</td>
<td>²/₂₂</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3. DZHW</td>
<td>70 %</td>
<td>30 %</td>
<td>alle Länder nach Königsteiner Schlüssel</td>
</tr>
</tbody>
</table>

² In der Darstellung bleibt unberücksichtigt, dass ein geringer Teil der von der DFG an Empfänger von Bewilligungen in der Allgemeinen Forschungsförderung ausgezahlten Mittel aus den Zuwendungen für WGL-Einrichtungen (nach den für die WGL-Einrichtungen geltenden Finanzierungsschlüsseln) finanziert wird.
4. FhG  
90 %  10 %  
2/3 entsprechend dem Verhältnis des Zuwendungsbedarfs der Einrichtungen der FhG, die in einem Land ihren Sitz haben; 1/3 beteiligte Länder entsprechend Königsteiner Schlüssel

- Ausbaumaßnahmen  
(Sonderfinanzierungen)  
50 %  50 %  
Sitzland

5. HGF  
90 %  10 %  
Der Länderanteil wird i.d.R. vom jeweiligen Sitzland aufgebracht, abweichende Regelungen für einzelne Zentren

6. Leibniz-Einrichtungen  
i.d.R.  
50 %  50 %  
Große Baumaßnahmen: Sitzland; im Übrigen:
- Einrichtungen, die in erheblichem Umfang wissenschaftliche Infrastrukturaufgaben wahrnehmen:
  25 % Sitzland, 75 % alle Länder nach Königsteiner Schlüssel;
- übrige Einrichtungen:
  75 % Sitzland, 25 % alle Länder nach Königsteiner Schlüssel

7. Leopoldina  
80 %  20 %  
Sitzland

8. MPG  
50 %  50 %  
50 % Sitzland der Einrichtung, 50 % alle Länder nach Königsteiner Schlüssel

9. Wissenschaftskolleg zu Berlin  
50 %  50 %  
Sitzland

---

4 Davon abweichend Zuwendungen zur Förderung der Jungen Akademie im Verhältnis 90 : 10; Länderanteil je zur Hälfte durch Sachsen-Anhalt und Berlin.
5 Wegen Abweichung im Einzelfall vgl. AV-MPG, Seite 57 - Seite 66.
### III. Weitere Arbeitsgebiete

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fördermaßnahme</th>
<th>Bund</th>
<th>Länder</th>
<th>Aufbringung des Länderanteils</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Akademienprogramm</td>
<td>50 %</td>
<td>50 %</td>
<td>Sitzland der Arbeitsstelle des jeweiligen Akademienvorhabens</td>
</tr>
<tr>
<td>KFiD Kommission für Forschungsinformationen in Deutschland</td>
<td>50 %</td>
<td>50 %</td>
<td>alle Länder nach Königsteiner Schlüssel</td>
</tr>
<tr>
<td>NAKO Gesundheitsstudie</td>
<td>75 %</td>
<td>25 %</td>
<td>75 % nach Anteil der Vorhaben des jeweils beteiligten Landes an den Gesamtausgaben. 25 % nach Königsteiner Schlüssel (ohne die nicht beteiligten Länder)</td>
</tr>
<tr>
<td>NFDI Nationale Forschungsdateninfrastruktur</td>
<td>90 %</td>
<td>10 %</td>
<td>alle Länder nach Königsteiner Schlüssel</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Königsteiner Schlüssel

Der Königsteiner Schlüssel regelt die Aufteilung des Länderanteils bei gemeinsamen Finanzierungen. Er wird vor allem für die Aufteilung des Anteils der Länder an den Zuschüssen für die DFG, die MPG, die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft und der acatech angewandt (§ 4 Abs. 1 AV-DFG, § 4 Abs. 2 AV-MPG, § 5 Nr. 1 AV-WGL und § 4 AV-acatech).

Die Bezeichnung geht zurück auf das Königsteiner Staatsabkommen der Länder von 1949, mit dem dieser Schlüssel zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen eingeführt worden ist.


Die Berechnung des Königsteiner Schlüssels wird jährlich vom Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz durchgeführt; der Schlüssel wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und kann im Internet unter www.gwk-bonn.de abgerufen werden.